

Bundesgesetzblatt ¹⁶⁶⁵

Teil II

G 1998

2003 **Ausgegeben zu Bonn am 15. Dezember 2003** **Nr. 34**

Tag	Inhalt	Seite
10.12.2003	Gesetz zu dem Übereinkommen vom 17. Oktober 2000 über die Anwendung des Artikels 65 des Übereinkommens über die Erteilung europäischer Patente <small>GESTA: XC004</small>	1666
10.12.2003	Gesetz zu dem Vertrag vom 25. Februar 2002 über die Änderung des Grenzvertrages vom 8. April 1960 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande <small>GESTA: XJ003</small>	1671
9.12.2003	Verordnung über Bestimmungen über die Prospektion und Erforschung polymetallischer Knollen im Gebiet	1674
9.12.2003	Verordnung zu dem Abkommen vom 8. März 2001 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Weltgesundheitsorganisation, Regionalbüro für Europa, über den Sitz des Europäischen Zentrums für Umwelt und Gesundheit – Büro Bonn, WHO-Regionalbüro für Europa	1718
21.10.2003	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens von New York vom 31. März 1953 über die politischen Rechte der Frau	1721
23.10.2003	Bekanntmachung des deutsch-tadschikischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	1721
24.10.2003	Bekanntmachung des deutsch-nicaraguanischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit . . .	1723
24.10.2003	Bekanntmachung des deutsch-nicaraguanischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit . . .	1725
29.10.2003	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-slowakischen Abkommens über Soziale Sicherheit	1727
30.10.2003	Bekanntmachung des deutsch-ghanaischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	1727
30.10.2003	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche	1730
11.11.2003	Bekanntmachung von Fehlerverzeichnissen und Berichtigungen der Anlage zur 10. RID-Änderungsverordnung	1731
27.11.2003	Bekanntmachung der Neufassung der Anlagen A und B zu dem Europäischen Übereinkommen über die internationale Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße (ADR)	1743
1.12.2003	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Zusatzabkommens zum deutsch-belgischen Abkommen vom 11. April 1967 zur Vermeidung der Doppelbesteuerungen und zur Regelung verschiedener anderer Fragen auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen einschließlich der Gewerbesteuer und der Grundsteuern sowie zum dazugehörigen Schlussprotokoll	1744

Die Anlage zur Bekanntmachung der Neufassung der Anlagen A und B zu dem Europäischen Übereinkommen über die internationale Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße (ADR) vom 27. November 2003 wird als Anlageband zu dieser Ausgabe des Bundesgesetzblatts ausgegeben. Innerhalb des Abonnements werden Anlagebände auf Anforderung gemäß den Bezugsbedingungen des Verlags übersandt. Außerhalb des Abonnements erfolgt die Lieferung gegen Kostenerstattung.

Gesetz
zu dem Übereinkommen vom 17. Oktober 2000
über die Anwendung des Artikels 65
des Übereinkommens über die Erteilung europäischer Patente

Vom 10. Dezember 2003

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in London am 17. Oktober 2000 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Übereinkommen über die Anwendung des Artikels 65 des Übereinkommens über die Erteilung europäischer Patente wird zugestimmt. Das Übereinkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 6 Abs. 1 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 10. Dezember 2003

Der Bundespräsident
Johannes Rau

Der Bundeskanzler
Gerhard Schröder

Die Bundesministerin der Justiz
Brigitte Zypries

Der Bundesminister des Auswärtigen
J. Fischer

**Übereinkommen
über die Anwendung des Artikels 65
des Übereinkommens über die Erteilung europäischer Patente**

**Agreement
on the application of Article 65
of the Convention on the Grant of European Patents**

**Accord
sur l'application de l'article 65 de la
Convention sur la délivrance de brevets européens**

Die Vertragsstaaten dieses Übereinkommens

in ihrer Eigenschaft als Vertragsstaaten des Übereinkommens vom 5. Oktober 1973 über die Erteilung europäischer Patente (Europäisches Patentübereinkommen),

in Bekräftigung ihres Bestrebens, die Zusammenarbeit zwischen den europäischen Staaten auf dem Gebiet des Schutzes der Erfindungen zu verstärken,

gestützt auf Artikel 65 des Europäischen Patentübereinkommens,

in Anerkennung der Bedeutung des Zieles, die im Zusammenhang mit der Übersetzung europäischer Patente entstehenden Kosten zu senken,

unter Hinweis auf die Notwendigkeit, dieses Ziel umfassend zu verfolgen,

entschlossen, wirksam zu einer solchen Kostensenkung beizutragen

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

**Verzicht auf
Übersetzungserfordernisse**

(1) Jeder Vertragsstaat dieses Übereinkommens, der eine Amtssprache mit einer der Amtssprachen des Europäischen Patentamts gemein hat, verzichtet auf die in Artikel 65 Absatz 1 des Europäischen Patentübereinkommens vorgesehenen Übersetzungserfordernisse.

(2) Jeder Vertragsstaat dieses Übereinkommens, der keine Amtssprache mit einer der Amtssprachen des Europäischen Patentamts gemein hat, verzichtet auf die in Artikel 65 Absatz 1 des Europäi-

The States parties to this Agreement,

in their capacity as Contracting States to the Convention on the Grant of European Patents (European Patent Convention) of 5 October 1973,

reaffirming their desire to strengthen co-operation between the States of Europe in respect of the protection of inventions,

having regard to Article 65 of the European Patent Convention,

recognising the importance of the objective to reduce the costs relating to the translation of European patents,

stressing the need for widespread adherence to that objective,

determined to contribute effectively to such cost reduction,

have agreed on the following provisions:

Article 1

**Dispensation with
translation requirements**

(1) Any State party to this Agreement having an official language in common with one of the official languages of the European Patent Office shall dispense with the translation requirements provided for in Article 65, paragraph 1 of the European Patent Convention.

(2) Any State party to this Agreement having no official language in common with one of the official languages of the European Patent Office shall dispense with the translation requirements provided for in

Les Etats parties au présent accord,

en leur qualité d'Etats parties à la Convention sur la délivrance de brevets européens (Convention sur le brevet européen) du 5 octobre 1973;

réaffirmant leur désir de renforcer la coopération entre les Etats européens dans le domaine de la protection des inventions;

vu l'article 65 de la Convention sur le brevet européen;

reconnaissant l'importance de l'objectif visant à réduire les coûts liés à la traduction des brevets européens;

soulignant la nécessité d'une large adhésion à cet objectif;

déterminés à contribuer efficacement à une telle réduction des coûts;

sont convenus des dispositions suivantes:

Article premier

Renonciation aux exigences en matière de traduction

(1) Tout Etat partie au présent accord ayant une langue officielle en commun avec une des langues officielles de l'Office européen des brevets renonce aux exigences en matière de traduction prévues à l'article 65, paragraphe 1 de la Convention sur le brevet européen.

(2) Tout Etat partie au présent accord n'ayant aucune langue officielle en commun avec une des langues officielles de l'Office européen des brevets renonce aux exigences en matière de traduction pré-

schen Patentübereinkommens vorgesehene Übersetzungserfordernisse, wenn das europäische Patent in der von diesem Staat vorgeschriebenen Amtssprache des Europäischen Patentamts erteilt oder in diese Sprache übersetzt und nach Maßgabe des Artikels 65 Absatz 1 des Europäischen Patentübereinkommens eingereicht worden ist.

(3) Die in Absatz 2 genannten Staaten behalten das Recht zu verlangen, dass eine Übersetzung der Patentansprüche in eine ihrer Amtssprachen nach Maßgabe des Artikels 65 Absatz 1 des Europäischen Patentübereinkommens eingereicht wird.

(4) Dieses Übereinkommen ist nicht so auszulegen, als schränke es das Recht der Vertragsstaaten dieses Übereinkommens ein, auf ein Übersetzungserfordernis ganz zu verzichten oder großzügigere Übersetzungserfordernisse festzulegen, als sie in den Absätzen 2 und 3 angeführt sind.

Artikel 2

Übersetzungen im Fall von Streitigkeiten

Dieses Übereinkommen ist nicht so auszulegen, als schränke es das Recht der Vertragsstaaten dieses Übereinkommens ein, den Patentinhaber im Fall von Streitigkeiten über ein europäisches Patent zu verpflichten, auf eigene Kosten

- a) auf Antrag eines vermeintlichen Patentverletzers eine vollständige Übersetzung in eine Amtssprache des Staates vorzulegen, in dem die vermeintliche Patentverletzung stattgefunden hat,
- b) auf Verlangen des zuständigen Gerichts oder einer gerichtsähnlichen Behörde im Rahmen eines Verfahrens eine vollständige Übersetzung in eine Amtssprache des betreffenden Staates vorzulegen.

Artikel 3

Unterzeichnung – Ratifikation

(1) Dieses Übereinkommen liegt für die Vertragsstaaten des Europäischen Patentübereinkommens bis zum 30. Juni 2001 zur Unterzeichnung auf.

(2) Dieses Übereinkommen bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden bei der Regierung der Bundesrepublik Deutschland hinterlegt.

Artikel 4

Beitritt

Dieses Übereinkommen steht nach Ablauf der Unterzeichnungsfrist nach Artikel 3 Absatz 1 den Vertragsstaaten des Europäischen Patentübereinkommens und den Staaten zum Beitritt offen, die zum Beitritt zu jenem Übereinkommen berechtigt sind. Die Beitrittsurkunden werden bei der Regierung der Bundesrepublik Deutschland hinterlegt.

Article 65, paragraph 1 of the European Patent Convention, if the European patent has been granted in the official language of the European Patent Office prescribed by that State, or translated into that language and supplied under the conditions provided for in Article 65, paragraph 1 of the European Patent Convention.

(3) The States referred to in paragraph 2 shall continue to have the right to require that a translation of the claims into one of their official languages be supplied under the conditions provided for in Article 65, paragraph 1 of the European Patent Convention.

(4) Nothing in this Agreement shall be construed as restricting the right of the States parties to this Agreement to dispense with any translation requirement or to apply more liberal translation requirements than those referred to in paragraphs 2 and 3.

Article 2

Translations in case of dispute

Nothing in this Agreement shall be construed as restricting the right of the States parties to this Agreement to prescribe that, in the case of a dispute relating to a European patent, the patent proprietor, at his own expense,

- a) shall supply, at the request of an alleged infringer, a full translation into an official language of the State in which the alleged infringement took place,
- b) shall supply, at the request of the competent court or quasi judicial authority in the course of legal proceedings, a full translation into an official language of the State concerned.

Article 3

Signature – Ratification

(1) This Agreement shall be open for signature by any Contracting State to the European Patent Convention until 30 June 2001.

(2) This Agreement shall be subject to ratification. Instruments of ratification shall be deposited with the Government of the Federal Republic of Germany.

Article 4

Accession

This Agreement shall, on expiry of the term for signature mentioned in Article 3, paragraph 1, be open to accession by any Contracting State to the European Patent Convention and any State which is entitled to accede to that Convention. Instruments of accession shall be deposited with the Government of the Federal Republic of Germany.

vues à l'article 65, paragraphe 1 de la Convention sur le brevet européen, si le brevet européen a été délivré dans la langue officielle de l'Office européen des brevets prescrite par cet Etat, ou traduit dans cette langue et fourni dans les conditions prévues à l'article 65, paragraphe 1 de la Convention sur le brevet européen.

(3) Les Etats visés au paragraphe 2 conservent le droit d'exiger qu'une traduction des revendications dans une de leurs langues officielles soit fournie dans les conditions prévues à l'article 65, paragraphe 1 de la Convention sur le brevet européen.

(4) Le présent accord ne saurait être interprété en vue de restreindre le droit des Etats parties au présent accord de renoncer à toute exigence en matière de traduction ou d'appliquer en matière de traduction des règles moins contraignantes que celles visées aux paragraphes 2 et 3.

Article 2

Traductions en cas de litige

Le présent accord ne saurait être interprété en vue de restreindre le droit des Etats parties au présent accord de prescrire que, en cas de litige relatif à un brevet européen, le titulaire du brevet fournit, à ses frais,

- a) à la demande du prétendu contrefacteur, une traduction complète du brevet dans une langue officielle de l'Etat où la contrefaçon alléguée du brevet a eu lieu,
- b) à la demande de la juridiction compétente ou d'une autorité quasi-juridictionnelle dans le cadre d'une procédure, une traduction complète du brevet dans une langue officielle de l'Etat concerné.

Article 3

Signature – Ratification

(1) Le présent accord est ouvert jusqu'au 30 juin 2001 à la signature de tout Etat partie à la Convention sur le brevet européen.

(2) Le présent accord est soumis à ratification. Les instruments de ratification sont déposés auprès du gouvernement de la République fédérale d'Allemagne.

Article 4

Adhésion

Après l'expiration du délai de signature mentionné à l'article 3, paragraphe 1, le présent accord est ouvert à l'adhésion de tout Etat partie à la Convention sur le brevet européen et de tout Etat habilité à adhérer à ladite Convention. Les instruments d'adhésion sont déposés auprès du gouvernement de la République fédérale d'Allemagne.

Artikel 5**Ausschluss von Vorbehalten**

Kein Vertragsstaat kann Vorbehalte zu diesem Übereinkommen machen.

Artikel 6**Inkrafttreten**

(1) Dieses Übereinkommen tritt am ersten Tag des vierten Monats nach Hinterlegung der letzten Ratifikations- oder Beitrittsurkunde von acht Vertragsstaaten des Europäischen Patentübereinkommens einschließlich der drei Staaten, in denen 1999 die meisten europäischen Patente wirksam wurden, in Kraft.

(2) Jede Ratifikation oder jeder Beitritt nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens wird am ersten Tag des vierten Monats nach der Hinterlegung der Ratifikations- oder Beitrittsurkunde wirksam.

Artikel 7**Geltungsdauer des Übereinkommens**

Dieses Übereinkommen wird auf unbegrenzte Zeit geschlossen.

Artikel 8**Kündigung**

Jeder Vertragsstaat dieses Übereinkommens kann es jederzeit kündigen, nachdem es drei Jahre in Kraft war. Die Kündigung wird der Regierung der Bundesrepublik Deutschland notifiziert. Sie wird ein Jahr nach dem Tag der Notifikation wirksam. Vor dem Wirksamwerden der Kündigung erworbene Rechte werden davon nicht berührt.

Artikel 9**Anwendungsbereich**

Dieses Übereinkommen gilt für europäische Patente, für die der Hinweis auf die Erteilung nach dem Inkrafttreten des Übereinkommens für den betreffenden Staat im Europäischen Patentblatt bekannt gemacht worden ist.

Artikel 10**Sprachen des Übereinkommens**

Dieses Übereinkommen ist in einer Urschrift in deutscher, englischer und französischer Sprache abgefasst, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, und wird bei der Regierung der Bundesrepublik Deutschland hinterlegt.

Artikel 11**Übermittlungen und Notifikationen**

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland stellt beglaubigte Abschriften des Übereinkommens her und übermittelt sie den Regierungen aller anderen Staaten, die das Übereinkommen unterzeichnet haben oder ihm beigetreten sind.

Article 5**Prohibition of reservations**

No State party to this Agreement may make reservations thereto.

Article 6**Entry into force**

(1) This Agreement shall enter into force on the first day of the fourth month after the deposit of the last instrument of ratification or accession by eight Contracting States to the European Patent Convention, including the three States in which the most European patents took effect in 1999.

(2) Any ratification or accession after the entry into force of this Agreement shall take effect on the first day of the fourth month after the deposit of the instrument of ratification or accession.

Article 7**Duration of the Agreement**

This Agreement shall be concluded for an unlimited duration.

Article 8**Denunciation**

Any State party to this Agreement may denounce it at any time, once it has been in force for three years. Notification of denunciation shall be given to the Government of the Federal Republic of Germany. The denunciation shall take effect one year after the date of receipt of such notification. No rights acquired pursuant to this Agreement before the denunciation took effect shall thereby be impaired.

Article 9**Scope**

This Agreement shall apply to European patents in respect of which the mention of grant was published in the European Patent Bulletin after the Agreement entered into force for the State concerned.

Article 10**Languages of the Agreement**

This Agreement, drawn up in a single original in the English, French and German languages shall be deposited with the Government of the Federal Republic of Germany, the three texts being equally authentic.

Article 11**Transmissions and notifications**

(1) The Government of the Federal Republic of Germany shall draw up certified true copies of this Agreement and shall transmit them to the Governments of all signatory or acceding States.

Article 5**Interdiction des réserves**

Aucun Etat partie au présent accord ne peut faire de réserves à son égard.

Article 6**Entrée en vigueur**

(1) Le présent accord entre en vigueur le premier jour du quatrième mois suivant le dépôt du dernier des instruments de ratification ou d'adhésion de huit Etats parties à la Convention sur le brevet européen, dont les trois Etats dans lesquels le plus grand nombre de brevets européens a pris effet en 1999.

(2) Toute ratification ou adhésion postérieure à l'entrée en vigueur du présent accord prend effet le premier jour du quatrième mois suivant le dépôt de l'instrument de ratification ou d'adhésion.

Article 7**Durée de l'accord**

Le présent accord est conclu sans limitation de durée.

Article 8**Dénonciation**

Tout Etat partie au présent accord peut à tout moment le dénoncer, dès lors que ce dernier a été en vigueur pendant trois ans. La dénonciation est notifiée au gouvernement de la République fédérale d'Allemagne. Elle prend effet à l'expiration du délai d'une année à compter de la date de réception de cette notification. En ce cas, il n'est pas porté atteinte aux droits acquis antérieurement à la prise d'effet de cette dénonciation.

Article 9**Champ d'application**

Le présent accord s'applique aux brevets européens pour lesquels la mention de la délivrance a été publiée dans le Bulletin européen des brevets, après que l'accord est entré en vigueur pour l'Etat concerné.

Article 10**Langues de l'accord**

Le présent accord est rédigé en un exemplaire en langues allemande, anglaise et française, qui est déposé auprès du gouvernement de la République fédérale d'Allemagne, les trois textes faisant également foi.

Article 11**Transmissions et notifications**

(1) Le gouvernement de la République fédérale d'Allemagne établit des copies certifiées conformes du présent accord et les transmet aux gouvernements des Etats signataires ou adhérents.

(2) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland notifiziert den in Absatz 1 genannten Regierungen

- a) jede Unterzeichnung,
- b) die Hinterlegung jeder Ratifikations- oder Beitrittsurkunde,
- c) den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Übereinkommens,
- d) jede Kündigung nach Artikel 8 und den Zeitpunkt ihres Wirksamwerdens.

(3) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland lässt dieses Übereinkommen beim Sekretariat der Vereinten Nationen registrieren.

Zu Urkund dessen haben die hierzu ernannten Bevollmächtigten nach Vorlage ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten dieses Übereinkommen unterschrieben.

Geschehen zu London am 17. Oktober 2000 in einer Urschrift in deutscher, englischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

(2) The Government of the Federal Republic of Germany shall notify to the Governments of the States referred to in paragraph 1:

- (a) any signature;
- (b) the deposit of any instrument of ratification or accession;
- (c) the date of entry into force of this Agreement;
- (d) any denunciation received pursuant to Article 8 and the date on which it will take effect.

(3) The Government of the Federal Republic of Germany shall register this Agreement with the Secretariat of the United Nations.

In witness whereof, the Plenipotentiaries authorised thereto, having presented their Full Powers, found to be in good and due form, have signed this Agreement.

Done at London on 17 October 2000, in one original, in English, French and German, each text being equally authentic.

(2) Le gouvernement de la République fédérale d'Allemagne notifie aux gouvernements des Etats visés au paragraphe 1:

- a) les signatures;
- b) le dépôt de tout instrument de ratification ou d'adhésion;
- c) la date d'entrée en vigueur du présent accord;
- d) toute dénonciation reçue en application de l'article 8 et la date à laquelle celle-ci prend effet.

(3) Le gouvernement de la République fédérale d'Allemagne fait enregistrer le présent accord auprès du Secrétariat de l'Organisation des Nations Unies.

En foi de quoi les plénipotentiaires désignés à cette fin, après avoir présenté leurs pleins pouvoirs, reconnus en bonne et due forme, ont signé le présent accord.

Fait à Londres le dix-sept octobre deux mille en un exemplaire original, en allemand, anglais, et français, tous les textes faisant également foi.

**Gesetz
zu dem Vertrag vom 25. Februar 2002
über die Änderung des Grenzvertrages vom 8. April 1960
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Königreich der Niederlande**

Vom 10. Dezember 2003

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Venlo am 25. Februar 2002 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über die Änderung des Vertrages vom 8. April 1960 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über den Verlauf der gemeinsamen Landgrenze, die Grenzgewässer, den grenznahen Grundbesitz, den grenzüberschreitenden Binnenverkehr und andere Grenzfragen (Grenzvertrag) (BGBl. 1963 II S. 458, 463) wird zugestimmt. Der Vertrag wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 4 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 10. Dezember 2003

Der Bundespräsident
Johannes Rau

Der Bundeskanzler
Gerhard Schröder

Der Bundesminister
für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen
Manfred Stolpe

Der Bundesminister des Auswärtigen
J. Fischer

Vertrag
über die Änderung des Vertrages vom 8. April 1960
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Königreich der Niederlande
über den Verlauf der gemeinsamen Landgrenze, die Grenzgewässer,
den grenznahen Grundbesitz, den grenzüberschreitenden Binnenverkehr
und andere Grenzfragen (Grenzvertrag)

Verdrag
tot wijziging van het Verdrag van 8 april 1960
tussen de Bondsrepubliek Duitsland
en het Koninkrijk der Nederlanden
nopens het verloop van de gemeenschappelijke landgrens,
de grenswateren, het grondbezit in de nabijheid van de grens,
het grensoverschrijdende verkeer over land en via de binnenwateren
en andere met de grens verband houdende vraagstukken (Grensverdrag)

Die Bundesrepublik Deutschland
und
das Königreich der Niederlande –

De Bondsrepubliek Duitsland
en
het Koninkrijk der Nederlanden,

in der Absicht, den Vertrag vom 8. April 1960 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über den Verlauf der gemeinsamen Landgrenze, die Grenzgewässer, den grenznahen Grundbesitz, den grenzüberschreitenden Binnenverkehr und andere Grenzfragen zu ändern,

Voornemens het Verdrag van 8 april 1960 tussen de Bondsrepubliek Duitsland en het Koninkrijk der Nederlanden nopens het verloop van de gemeenschappelijke landgrens, de grenswateren, het grondbezit in de nabijheid van de grens, het grensoverschrijdende verkeer over land en via de binnenwateren en andere met de grens verband houdende vraagstukken te wijzigen,

in dem Wunsch, die guten nachbarschaftlichen Verbindungen zu fördern,

Geleid door de wens de goede nabuurschappelijke betrekkingen te bevorderen,

mit dem Ziel, unter Aufrechterhaltung der bisher im Grenzvertrag enthaltenen Sonderregelungen, die Transitstraße Schinveld-Königsbosch an das deutsche Straßennetz (Landesstraße 228, Bundesstraße 56 und Bundesstraße 56 n) anzuknüpfen und die Baulast an dieser Straße an den nach deutschem Recht jeweils zuständigen Baulasträger zu übertragen –

Met het doel, onder instandhouding van de tot dusver in het grensverdrag vervatte bijzondere bepalingen, de transitweg Schinveld-Königsbosch aan te sluiten aan het Duitse wegnet (Landesstraße 228, Bundesstraße 56 en Bundesstraße 56 n) en het onderhoud aan deze weg over te dragen aan de naar Duits recht bevoegde dienst belast met de bouw, het beheer en het onderhoud van wegen,

sind wie folgt übereingekommen:

Zijn het volgende overeengekomen:

Artikel 1

Artikel 1

1. Artikel 48 des Grenzvertrages wird ersatzlos gestrichen.
2. Artikel 49 des Grenzvertrages erhält folgende Fassung:

1. Artikel 48 van het Grensverdrag wordt doorgehaald en niet vervangen.
2. Artikel 49 van het Grensverdrag wordt als volgt opnieuw geformuleerd:

„Artikel 49

„Artikel 49

(1) Die zuständigen deutschen Behörden werden Verkehrsbeschränkungen auf der Straße Schinveld-Königsbosch nur im Einvernehmen mit dem niederländischen „Rijkswaterstaat“ anordnen.

1. De bevoegde Duitse autoriteiten zullen alleen in overeenstemming met de Nederlandse Rijkswaterstaat verkeersbepalingen gelasten op de weg Schinveld-Königsbosch.

(2) Zur Ausübung der Verkehrsaufsicht sowie der grenzpolizeilichen und zollrechtlichen Überwachung auf dieser Straße dürfen die zuständigen deutschen Polizei- und Zollbeamten niederländisches Hoheitsgebiet überqueren. Artikel 38 Satz 2 und Satz 3 gelten entsprechend. Unberührt hiervon bleiben Artikel 20 und 21 des Übereinkommens vom 18. Dezember 1997 aufgrund von Artikel K.3 des Vertrags über die Europäische Union über gegenseitige Amtshilfe und Zusammen-

2. Ten behoeve van de uitoefening van het verkeerstoelicht alsmede het politietoelicht en de grensbewaking en het douanetoezicht op deze weg mogen de bevoegde Duitse politie- en douanebeambten zich over Nederlands grondgebied begeven. De tweede en derde volzin van artikel 38 zijn van overeenkomstige toepassing. Dit laat onverlet de artikelen 20 en 21 van de Overeenkomst van 18 december 1997 opgesteld op grond van artikel K.3 van het Verdrag betreffende

arbeit der Zollverwaltungen (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nummer C 24/2 vom 23. Januar 1998) und Artikel 40 und 41 des Schengener Durchführungsübereinkommens vom 19. Juni 1990.“

3. Artikel 50 des Grenzvertrages erhält folgende Fassung:

„Artikel 50

Die in Artikel 33 Buchstabe a bis g bezeichneten Straßen werden, soweit sie im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland belegen sind, von dem nach deutschem Recht jeweils zuständigen Baulastträger in einer dem Verkehrsbedürfnis entsprechenden Weise ordnungsgemäß unterhalten und erneuert. Auf verkehrsrechtliche Besonderheiten der Straße Schinveld–Koningsbosch für den Transitverkehr wird durch ein Hinweisschild jeweils in Fahrtrichtung der Verkehrsteilnehmer auf deutschem und niederländischem Hoheitsgebiet hingewiesen.“

Artikel 2

Die Registrierung dieses Vertrages beim Sekretariat der Vereinten Nationen nach Artikel 102 Charta der Vereinten Nationen wird unverzüglich nach seinem Inkrafttreten von der Bundesrepublik Deutschland veranlasst. Der andere Vertragsstaat wird unter Angabe der VN-Registrierungsnummer von der erfolgten Registrierung unterrichtet, sobald diese vom Sekretariat der Vereinten Nationen bestätigt worden ist.

Artikel 3

Dieser Vertrag gilt für dieselbe Dauer wie der Grenzvertrag.

Artikel 4

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Berlin ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

Geschehen zu Venlo am 25. Februar 2002 in zwei Urschriften, jede in deutscher und niederländischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland

Christoph Zöpel
Hans Jürgen Huber

Für das Königreich der Niederlande

T. Netelenbos

de de Europese Unie inzake wederzijdse bijstand en samenwerking tussen de douaneadministraties (Publikatieblad van de Europese Gemeenschappen nummer C 24/2 van 23 januari 1998) en de artikelen 40 en 41 van de Overeenkomst ter uitvoering van het Akkoord van Schengen van 19 juni 1990.“

3. Artikel 50 van het Grensverdrag wordt als volgt opnieuw geformuleerd:

„Artikel 50

De in artikel 33, letters a tot en met g, genoemde wegen worden, voorzover zij gelegen zijn op het grondgebied van de Bondsrepubliek Duitsland door de naar Duits recht bevoegde dienst belast met de aanleg, het beheer en het onderhoud van wegen behoorlijk onderhouden en vernieuwd in overeenstemming met de verkeersbehoeften. Op verkeersrechtelijke bijzonderheden op de weg Schinveld–Koningsbosch voor transitverkeer wordt gewezen met behulp van verkeersborden per rijrichting van de verkeersdeelnemers op het Duitse en Nederlandse grondgebied.“

Artikel 2

Overeenkomstig artikel 102 van het Handvest van de Verenigde Naties doet de Bondsrepubliek Duitsland dit Verdrag onverwijld na de inwerkingtreding ervan registreren bij het Secretariaat van de Verenigde Naties. De andere Vertragsluitende Staat wordt onder vermelding van het VN-registratienummer in kennis gesteld van de registratie zodra deze bevestigd is door het Secretariaat van de Verenigde Naties.

Artikel 3

Dit Verdrag geldt voor dezelfde duur als het Grensverdrag.

Artikel 4

1. Dit Verdrag dient te worden bekrachtigd; de akten van bekrachtiging worden zo spoedig mogelijk uitgewisseld in Berlijn.

2. Dit Verdrag treedt in werking op de eerste dag van de tweede maand na de uitwisseling van de akten van bekrachtiging.

Gedaan te Venlo, op 25 februari 2002, in twee exemplaren, in de Duitse en de Nederlandse taal, zijnde beide teksten gelijkelijk authentiek.

**Verordnung
über Bestimmungen über die Prospektion
und Erforschung polymetallischer Knollen im Gebiet**

Vom 9. Dezember 2003

Auf Grund des § 7 Abs. 1 des Meeresbodenbergbaugesetzes vom 6. Juni 1995 (BGBl. I S. 778, 782) verordnet die Bundesregierung:

Artikel 1

Die in Kingston am 13. Juli 2000 von der Versammlung der Internationalen Meeresbodenbehörde angenommenen Bestimmungen über die Prospektion und Erforschung polymetallischer Knollen im Gebiet werden hiermit in Kraft gesetzt. Die Bestimmungen werden nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 9. Dezember 2003

Der Bundeskanzler
Gerhard Schröder

Der Bundesminister
für Wirtschaft und Arbeit
Wolfgang Clement

Beschluss der Versammlung
bezüglich der Bestimmungen über die Prospektion
und Erforschung polymetallischer Knollen im Gebiet

Decision of the Assembly
relating to the regulations on prospecting
and exploration for polymetallic nodules in the Area

(Übersetzung)

The Assembly of the International Seabed Authority,

Die Versammlung der Internationalen Meeresbodenbehörde
genehmigt

Having considered the regulations on prospecting and exploration for polymetallic nodules, as provisionally adopted by the Council at its 69th meeting, on 13 July 2000,*)

nach Prüfung der Bestimmungen über die Prospektion und Erforschung polymetallischer Knollen in der vom Rat vorläufig auf seiner 69. Sitzung am 13. Juli 2000 angenommenen Fassung*)

Approves the Regulations on Prospecting and Exploration for Polymetallic Nodules in the Area, as contained in the annex to the present document

die in der Anlage zu diesem Dokument enthaltenen Vorschriften über die Prospektion und Erforschung polymetallischer Knollen im Gebiet.

13 July 2000
76th meeting

13. Juli 2000
76. Sitzung

*) ISBA/6/C/12.

Anlage

Bestimmungen über die Prospektion und Erforschung polymetallischer Knollen im Gebiet

Annex

Regulations on Prospecting and Exploration for Polymetallic Nodules in the Area

Preamble

In accordance with the United Nations Convention on the Law of the Sea ("the Convention"), the seabed and ocean floor and the subsoil thereof beyond the limits of national jurisdiction, as well as its resources, are the common heritage of mankind, the exploration and exploitation of which shall be carried out for the benefit of mankind as a whole, on whose behalf the International Seabed Authority acts. The objective of this first set of Regulations is to provide for prospecting and exploration for polymetallic nodules.

Präambel

Gemäß dem Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen („dem Seerechtsübereinkommen“) sind der Meeresboden und der Meeresuntergrund jenseits der Grenzen des Bereichs nationaler Hoheitsbefugnisse sowie deren Ressourcen gemeinsames Erbe der Menschheit, dessen Erforschung und Ausbeutung zum Nutzen der ganzen Menschheit erfolgen soll, in deren Namen die Internationale Meeresbodenbehörde handelt. Ziel dieser ersten Bestimmungen ist die Schaffung einer Grundlage für die Prospektion und Erforschung polymetallischer Knollen.

Part I

Introduction

Regulation 1

Use of terms and scope

(1) Terms used in the Convention shall have the same meaning in these Regulations.

(2) In accordance with the Agreement relating to the Implementation of Part XI of the United Nations Convention on the Law of the Sea of 10 December 1982 ("the Agreement"), the provisions of the Agreement and Part XI of the United Nations Convention on the Law of the Sea of 10 December 1982 shall be interpreted and applied together as a single instrument. These Regulations and references in these Regulations to the Convention are to be interpreted and applied accordingly.

(3) For the purposes of these Regulations:

- (a) "Exploitation" means the recovery for commercial purposes of polymetallic nodules in the Area and the extraction of minerals therefrom, including the construction and operation of mining, processing and transportation systems, for the production and marketing of metals;
- (b) "Exploration" means searching for deposits of polymetallic nodules in the Area with exclusive rights, the analysis of such deposits, the testing of collecting systems and equipment, processing facilities and transportation systems, and the carrying out of studies of the environmental, technical, economic, commercial and other appropriate factors that must be taken into account in exploitation;
- (c) "Marine environment" includes the physical, chemical, geological and biological components, conditions and factors which interact and determine the productivity, state, condition and quality of the marine ecosystem, the waters of the seas and oceans and the airspace above those waters, as well as the seabed and ocean floor and subsoil thereof;

Teil I

Einleitung

Bestimmung 1

Begriffsbestimmungen und Geltungsbereich

(1) In dem Seerechtsübereinkommen verwendete Begriffe haben in diesen Bestimmungen dieselbe Bedeutung.

(2) Gemäß dem Übereinkommen zur Durchführung des Teils XI des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1982 („dem Durchführungsübereinkommen“) werden die Vorschriften des Durchführungsübereinkommens und Teil XI des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1982 gemeinsam als eine Übereinkunft ausgelegt und angewendet. Diese Bestimmungen und Bezugnahmen in diesen Bestimmungen auf das Seerechtsübereinkommen werden entsprechend ausgelegt und angewandt.

(3) Im Sinne dieser Bestimmungen

- a) bedeutet „Ausbeutung“ die Gewinnung für kommerzielle Zwecke von polymetallischen Knollen im Gebiet und die Gewinnung von Mineralien aus diesen einschließlich des Baus und des Betriebes von Abbau-, Verarbeitungs- und Transportsystemen für die Produktion und den Vertrieb von Metallen;
- b) bedeutet „Erforschung“ die Suche nach Lagerstätten polymetallischer Knollen im Gebiet mit ausschließlichen Rechten, die Analyse solcher Lagerstätten, die Erprobung von Aufsammler-Systemen und -geräten, Verarbeitungseinrichtungen und Transportsystemen und die Durchführung von Studien über umweltbezogene, technische, wirtschaftliche, kommerzielle und sonstige geeignete Faktoren, die bei der Ausbeutung berücksichtigt werden müssen;
- c) umfasst „Meeresumwelt“ die physikalischen, chemischen, geologischen und biologischen Komponenten, Bedingungen und Faktoren, die interagieren, und die Produktivität, den Zustand, die Bedingungen und die Qualität des Meeresökosystems, der Gewässer der Meere und der Ozeane und des Luftraums über diesen Gewässern sowie des Meeresbodens und des Meeresuntergrundes bestimmen;

- (d) "Polymetallic nodules" means one of the resources of the Area consisting of any deposit or accretion of nodules, on or just below the surface of the deep seabed, which contain manganese, nickel, cobalt and copper;
- (e) "Prospecting" means the search for deposits of polymetallic nodules in the Area, including estimation of the composition, sizes and distributions of polymetallic nodule deposits and their economic values, without any exclusive rights;
- (f) "Serious harm to the marine environment" means any effect from activities in the Area on the marine environment which represents a significant adverse change in the marine environment determined according to the rules, regulations and procedures adopted by the Authority on the basis of internationally recognized standards and practices.

(4) These Regulations shall not in any way affect the freedom of scientific research, pursuant to article 87 of the Convention, or the right to conduct marine scientific research in the Area pursuant to articles 143 and 256 of the Convention. Nothing in these Regulations shall be construed in such a way as to restrict the exercise by States of the freedom of the high seas as reflected in article 87 of the Convention.

(5) These Regulations may be supplemented by further rules, regulations and procedures, in particular on the protection and preservation of the marine environment. These Regulations shall be subject to the provisions of the Convention and the Agreement and other rules of international law not incompatible with the Convention.

- d) bedeutet „polymetallische Knollen“ eine der Ressourcen des Gebietes, die aus einer Lagerstätte oder einer Ablagerung von Knollen auf oder direkt unterhalb der Oberfläche des Tiefseebodens besteht, die Mangan, Nickel, Kobalt und Kupfer enthalten;
- e) bedeutet „Prospektion“ die Suche nach Lagerstätten polymetallischer Knollen im Gebiet einschließlich der Schätzung der Zusammensetzung, Größe und Verteilung von Lagerstätten polymetallischer Knollen und ihres wirtschaftlichen Wertes ohne ausschließliche Rechte;
- f) bedeutet „erheblicher Schaden an der Meeresumwelt“ jede Auswirkung infolge von Tätigkeiten im Gebiet auf die Meeresumwelt, die eine erhebliche negative Änderung der Meeresumwelt gemäß den auf der Grundlage international anerkannter Normen und Praktiken von der Behörde angenommenen Regeln, Bestimmungen und Verfahren darstellt.

(4) Diese Bestimmungen haben keinerlei Auswirkungen auf die Freiheit wissenschaftlicher Forschung gemäß Artikel 87 des Seerechtsübereinkommens oder auf das Recht, wissenschaftliche Meeresforschung im Gebiet gemäß Artikel 143 und 256 des Seerechtsübereinkommens zu betreiben. Nichts in diesen Bestimmungen soll in einer Weise ausgelegt werden, die die Ausübung der Freiheit der Hohen See durch die Staaten gemäß Artikel 87 des Seerechtsübereinkommens einschränkt.

(5) Diese Bestimmungen können durch weitere Regeln, Bestimmungen und Verfahren insbesondere über den Schutz und Erhalt der Meeresumwelt ergänzt werden. Diese Bestimmungen gelten vorbehaltlich der Bestimmungen des Seerechtsübereinkommens und des Durchführungsübereinkommens und weiterer Regeln des Völkerrechts, die mit dem Seerechtsübereinkommen nicht unvereinbar sind.

Part II

Prospecting

Regulation 2

Prospecting

(1) Prospecting shall be conducted in accordance with the Convention and these Regulations and may commence only after the prospector has been informed by the Secretary-General that its notification has been recorded pursuant to regulation 4, paragraph 2.

(2) Prospecting shall not be undertaken if substantial evidence indicates the risk of serious harm to the marine environment.

(3) Prospecting shall not be undertaken in an area covered by an approved plan of work for exploration for polymetallic nodules or in a reserved area; nor may there be prospecting in an area which the Council has disapproved for exploitation because of the risk of serious harm to the marine environment.

(4) Prospecting shall not confer on the prospector any rights with respect to resources. A prospector may, however, recover a reasonable quantity of minerals, being the quantity necessary for testing, and not for commercial use.

(5) There shall be no time limit on prospecting except that prospecting in a particular area shall cease upon written notification to the prospector by the Secretary-General that a plan of work for exploration has been approved with regard to that area.

(6) Prospecting may be conducted simultaneously by more than one prospector in the same area or areas.

Teil II

Prospektion

Bestimmung 2

Prospektion

(1) Die Prospektion erfolgt im Einklang mit dem Seerechtsübereinkommen und diesen Bestimmungen und darf erst beginnen, nachdem der Prospektor vom Generalsekretär darüber informiert wurde, dass ihre Mitteilung gemäß Bestimmung 4 Absatz 2 registriert wurde.

(2) Die Prospektion darf nicht durchgeführt werden, wenn stichhaltige Hinweise auf die Gefahr eines erheblichen Schadens an der Meeresumwelt vorliegen.

(3) Die Prospektion darf nicht in einem Feld, für das ein genehmigter Arbeitsplan zur Erforschung polymetallischer Knollen vorliegt, oder in einem reservierten Feld durchgeführt werden; darüber hinaus darf keine Prospektion in einem Feld erfolgen, dessen Ausbeutung der Rat wegen der Gefahr eines erheblichen Schadens an der Meeresumwelt nicht genehmigt hat.

(4) Die Prospektion überträgt keinerlei Rechte hinsichtlich von Ressourcen auf den Prospektor. Ein Prospektor darf jedoch eine angemessene für Prüfzwecke erforderliche Menge von Mineralien, nicht jedoch für kommerzielle Zwecke, gewinnen.

(5) Es gibt keine zeitliche Begrenzung für die Prospektion, abgesehen davon, dass die Prospektion in einem bestimmten Feld nach schriftlicher Mitteilung des Prospektors durch den Generalsekretär darüber, dass ein Arbeitsplan zur Erforschung für dieses Feld genehmigt wurde, beendet werden muss.

(6) Die Prospektion kann gleichzeitig von mehr als einem Prospektor in demselben Feld oder in denselben Feldern durchgeführt werden.

Regulation 3**Notification of prospecting**

(1) A proposed prospector shall notify the Authority of its intention to engage in prospecting.

(2) Each notification of prospecting shall be in the form prescribed in Annex 1 to these Regulations, addressed to the Secretary-General, and shall conform to the requirements of these Regulations.

(3) Each notification shall be submitted:

- (a) In the case of a State, by the authority designated for that purpose by it;
- (b) In the case of an entity, by its designated representative; and
- (c) In the case of the Enterprise, by its competent authority.

(4) Each notification shall be in one of the languages of the Authority and shall contain:

- (a) The name, nationality and address of the proposed prospector and its designated representative;
- (b) The coordinates of the broad area or areas within which prospecting is to be conducted, in accordance with the most recent generally accepted international standard used by the Authority;
- (c) A general description of the prospecting programme, including the proposed date of commencement and its approximate duration;
- (d) A satisfactory written undertaking that the proposed prospector will:
 - (i) Comply with the Convention and the relevant rules, regulations and procedures of the Authority concerning:
 - (a) Cooperation in the training programmes in connection with marine scientific research and transfer of technology referred to in articles 143 and 144 of the Convention; and
 - (b) Protection and preservation of the marine environment; and
 - (ii) Accept verification by the Authority of compliance therewith.

Regulation 4**Consideration of notifications**

(1) The Secretary-General shall acknowledge in writing receipt of each notification submitted under regulation 3, specifying the date of receipt.

(2) The Secretary-General shall review and act on the notification within 45 days of its receipt. If the notification conforms with the requirements of the Convention and these Regulations, the Secretary-General shall record the particulars of the notification in a register maintained for that purpose and shall inform the prospector in writing that the notification has been so recorded.

(3) The Secretary-General shall, within 45 days of receipt of the notification, inform the proposed prospector in writing if the notification includes any part of an area included in an approved plan of work for exploration or exploitation of any category of resources, or any part of a reserved area, or any part of an area which has been disapproved by the Council for exploitation because of the risk of serious harm to the marine environment, or if the written undertaking is not satisfactory, and shall provide the proposed prospector with a written statement of reasons. In

Bestimmung 3**Mitteilung einer Prospektion**

(1) Ein vorgeschlagener Prospektor teilt der Behörde seine Absicht mit, eine Prospektion durchzuführen.

(2) Jede Mitteilung über eine Prospektion ist in der in Anlage 1 zu diesen Bestimmungen beschriebenen Form an den Generalsekretär zu richten und muss den Anforderungen dieser Bestimmungen entsprechen.

(3) Jede Mitteilung wird vorgelegt:

- a) im Falle eines Staates durch die von ihm zu diesem Zweck benannte Behörde;
- b) im Falle eines Rechtsträgers durch dessen benannten Vertreter; und
- c) im Falle des Unternehmens durch dessen zuständige Stelle.

(4) Jede Mitteilung muss in einer der Sprachen der Behörde abgefasst sein und Folgendes enthalten:

- a) den Namen, die Staatsangehörigkeit und die Anschrift des vorgeschlagenen Prospektors und dessen benannten Vertreters;
- b) die Koordinaten des ungefähren Feldes beziehungsweise der Felder, innerhalb dessen beziehungsweise deren die Prospektion erfolgen soll, im Einklang mit der neuesten, allgemein anerkannten internationalen, von der Behörde verwendeten Norm;
- c) eine allgemeine Beschreibung des Prospektionsprogramms einschließlich des vorgeschlagenen Zeitpunktes des Beginns und der ungefähren Dauer;
- d) eine zufriedenstellende schriftliche Erklärung, in der sich der vorgeschlagene Prospektor dazu verpflichtet:
 - (i) das Seerechtsübereinkommen und die einschlägigen Regeln, Bestimmungen und Verfahren der Behörde hinsichtlich
 - a) Zusammenarbeit in den Ausbildungsprogrammen im Zusammenhang mit wissenschaftlicher Meeresforschung und der Weitergabe von Technologie gemäß Artikel 143 und 144 des Seerechtsübereinkommens; und
 - b) des Schutzes und des Erhalts der Meeresumwelt zu beachten; und
 - (ii) die Überprüfung der Beachtung derselben durch die Behörde zu akzeptieren.

Bestimmung 4**Prüfung von Mitteilungen**

(1) Der Generalsekretär bestätigt schriftlich den Erhalt jeder gemäß Bestimmung 3 vorgelegten Mitteilung unter Angabe des Zeitpunktes des Erhalts.

(2) Der Generalsekretär prüft und reagiert auf die Mitteilung innerhalb von 45 Tagen nach deren Erhalt. Wenn die Mitteilung den Anforderungen des Seerechtsübereinkommens und dieser Bestimmungen entspricht, trägt der Generalsekretär die Einzelheiten der Mitteilung in einem zu diesem Zwecke geführten Register ein und informiert den Prospektor schriftlich darüber, dass die Mitteilung in dieser Weise eingetragen wurde.

(3) Der Generalsekretär informiert innerhalb von 45 Tagen nach Erhalt der Mitteilung den vorgeschlagenen Prospektor schriftlich darüber, ob die Mitteilung sich auf einen Teil eines Feldes erstreckt, das von einem genehmigten Arbeitsplan zur Erforschung oder Ausbeutung irgendeiner Kategorie von Ressourcen erfasst ist, oder auf einen Teil eines reservierten Feldes oder einen Teil eines Feldes, dessen Ausbeutung der Rat wegen der Gefahr eines erheblichen Schadens an der Meeresumwelt nicht genehmigt hat, oder darüber, dass die schriftliche

such cases, the proposed prospector may, within 90 days, submit an amended notification. The Secretary-General shall, within 45 days, review and act upon such amended notification.

(4) A prospector shall inform the Secretary-General in writing of any change in the information contained in the notification.

(5) The Secretary-General shall not release any particulars contained in the notification except with the written consent of the prospector. The Secretary-General shall, however, from time to time inform all members of the Authority of the identity of prospectors and the general areas in which prospecting is being conducted.

Regulation 5

Annual report

(1) A prospector shall, within 90 days of the end of each calendar year, submit a report to the Authority on the status of prospecting. Such reports shall be submitted by the Secretary-General to the Legal and Technical Commission. Each such report shall contain:

- (a) A general description of the status of prospecting and of the results obtained; and
- (b) Information on compliance with the undertakings referred to in regulation 3, paragraph (4) (d).

(2) If the prospector intends to claim expenditures for prospecting as part of the development costs incurred prior to the commencement of commercial production, the prospector shall submit an annual statement, in conformity with internationally accepted accounting principles and certified by a duly qualified firm of public accountants, of the actual and direct expenditures incurred by the prospector in carrying out prospecting.

Regulation 6

Confidentiality of data and information from prospecting contained in the annual report

(1) The Secretary-General shall ensure the confidentiality of all data and information contained in the reports submitted under regulation 5 in accordance with the provisions of regulations 35 and 36.

(2) The Secretary-General may, at any time, with the consent of the prospector concerned, release data and information relating to prospecting in an area in respect of which a notification has been submitted. If the Secretary-General determines that the prospector no longer exists or cannot be located, the Secretary-General may release such data and information.

Regulation 7

Notification of incidents causing serious harm to the marine environment

A prospector shall immediately notify the Secretary-General in writing, using the most effective means, of any incident arising from prospecting which causes serious harm to the marine environment. Upon receipt of such notification the Secretary-General shall act in a manner consistent with regulation 32.

Regulation 8

Objects of an archaeological or historical nature

A prospector shall immediately notify the Secretary-General

Verpflichtungserklärung nicht ausreichend ist, und macht dem vorgeschlagenen Prospektor schriftliche Angaben über die Gründe. In diesen Fällen kann der vorgeschlagene Prospektor innerhalb von 90 Tagen eine ergänzte Mitteilung vorlegen. Der Generalsekretär prüft und reagiert auf eine solche ergänzte Mitteilung innerhalb von 45 Tagen.

(4) Ein Prospektor informiert den Generalsekretär schriftlich über jede Änderung einer in der Mitteilung enthaltenen Information.

(5) Der Generalsekretär gibt ohne die schriftliche Zustimmung des Prospektors keine in der Mitteilung enthaltenen Einzelheiten bekannt. Der Generalsekretär informiert jedoch von Zeit zu Zeit alle Mitglieder der Behörde über die Identität von Prospektoren und die ungefähren Felder, in denen Prospektionen durchgeführt werden.

Bestimmung 5

Jahresbericht

(1) Ein Prospektor legt innerhalb von 90 Tagen nach dem Ablauf jedes Kalenderjahres der Behörde einen Bericht über den Stand der Prospektion vor. Diese Berichte werden vom Generalsekretär der Rechts- und Fachkommission vorgelegt. Jeder dieser Berichte enthält:

- a) eine allgemeine Beschreibung des Standes der Prospektion und der erzielten Ergebnisse; und
- b) Informationen über die Beachtung der in Bestimmung 3 Absatz 4 Buchstabe d genannten Verpflichtungen.

(2) Wenn der Prospektor beabsichtigt, Ausgaben für die Prospektion als Teil der Entwicklungskosten geltend zu machen, die vor Beginn der kommerziellen Produktion angefallen sind, muss der Prospektor einen von einer ordnungsgemäß qualifizierten Firma von öffentlich berufenen Wirtschaftsprüfern beglaubigten Jahresbericht über die tatsächlichen und direkten Ausgaben im Einklang mit international anerkannten Bilanzierungsgrundsätzen vorlegen, die dem Prospektor im Rahmen der Durchführung der Prospektion entstanden sind.

Bestimmung 6

Vertraulichkeit von in dem Jahresbericht enthaltenen Daten und Informationen über Prospektionen

(1) Der Generalsekretär gewährleistet die Vertraulichkeit aller in den gemäß Bestimmung 5 vorgelegten Berichten enthaltenen Daten und Informationen im Einklang mit den Bestimmungen 35 und 36.

(2) Der Generalsekretär kann jederzeit mit Zustimmung des betreffenden Prospektors Daten und Informationen bezüglich der Prospektion in einem Feld bekannt geben, bezüglich dessen eine Mitteilung vorgelegt wurde. Wenn der Generalsekretär feststellt, dass der Prospektor nicht mehr existiert oder nicht mehr ausfindig gemacht werden kann, kann der Generalsekretär diese Daten und Informationen bekannt geben.

Bestimmung 7

Mitteilung von Zwischenfällen, die erheblichen Schaden an der Meeresumwelt verursachen

Ein Prospektor teilt dem Generalsekretär unverzüglich schriftlich unter Einsatz der wirksamsten Mittel alle im Zuge einer Prospektion auftretenden Zwischenfälle mit, die einen erheblichen Schaden an der Meeresumwelt verursachen. Nach Erhalt einer solchen Mitteilung handelt der Generalsekretär gemäß Bestimmung 32.

Bestimmung 8

Gegenstände archäologischer oder historischer Art

Ein Prospektor teilt dem Generalsekretär unverzüglich

in writing of any finding in the Area of an object of an archaeological or historical nature and its location. The Secretary-General shall transmit such information to the Director-General of the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization.

Part III

Applications for approval of plans of work for exploration in the form of contracts

Section 1

General provisions

Regulation 9

General

Subject to the provisions of the Convention, the following may apply to the Authority for approval of plans of work for exploration:

- (a) The Enterprise, on its own behalf or in a joint arrangement;
- (b) States Parties, state enterprises or natural or juridical persons which possess the nationality of States Parties or are effectively controlled by them or their nationals, when sponsored by such States, or any group of the foregoing which meets the requirements of these Regulations.¹⁾

Section 2

Content of applications

Regulation 10

Form of applications

(1) Each application for approval of a plan of work for exploration shall be in the form prescribed in Annex 2 to these Regulations, shall be addressed to the Secretary-General, and shall conform to the requirements of these Regulations.²⁾

(2) Each application shall be submitted:

- (a) In the case of a State Party, by the authority designated for that purpose by it;
- (b) In the case of an entity, by its designated representative or the authority designated for that purpose by the sponsoring State or States; and

¹⁾ A request by a registered pioneer investor for approval of a plan of work for exploration under paragraph 6 (a) (ii) of section 1 of the annex to the Agreement shall be submitted within 36 months of the entry into force of the Convention.

²⁾ A request by a registered pioneer investor for approval of a plan of work for exploration under paragraph 6 (a) (ii) of section 1 of the annex to the Agreement shall consist of documents, reports and other data submitted to the Preparatory Commission both before and after registration and shall be accompanied by a certificate of compliance, consisting of a factual report describing the status of fulfilment of obligations under the registered pioneer investor regime, issued by the Preparatory Commission in accordance with resolution II, paragraph 11 (a). The registered pioneer investor shall, where such information has not already been provided, update the information, using, as far as possible, the provisions of regulation 18 as a guide, and submit its programme of activities for the immediate future, including a general assessment of the potential environmental impacts of the proposed activities.

schriftlich den Fund eines Gegenstandes archäologischer oder historischer Art im Gebiet sowie dessen Fundstelle mit. Der Generalsekretär übermittelt diese Information dem Generaldirektor der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur.

Teil III

Anträge auf Bestätigung von Arbeitsplänen zur Erforschung in Form von Verträgen

Abschnitt 1

Allgemeine Bestimmungen

Bestimmung 9

Allgemeines

Vorbehaltlich der Bestimmungen des Seerechtsübereinkommens können folgende Antragsteller bei der Behörde die Bestätigung von Arbeitsplänen zur Erforschung beantragen:

- a) das Unternehmen in seinem eigenen Namen oder im Rahmen eines gemeinsamen Vorhabens;
- b) Vertragsstaaten, staatliche Unternehmen oder natürliche oder juristische Personen, die die Staatsangehörigkeit von Vertragsstaaten besitzen oder von ihnen oder ihren Staatsangehörigen tatsächlich kontrolliert werden, wenn diese von solchen Staaten befürwortet werden, oder jede Gruppe der vorstehend Genannten, die die Anforderungen dieser Bestimmungen erfüllt.¹⁾

Abschnitt 2

Inhalt von Anträgen

Bestimmung 10

Form des Antrages

(1) Jeder Antrag auf Bestätigung eines Arbeitsplanes zur Erforschung muss die in Anlage 2 zu diesen Bestimmungen vorgeschriebene Form haben, an den Generalsekretär gerichtet sein und den Anforderungen dieser Bestimmungen entsprechen.²⁾

(2) Jeder Antrag wird vorgelegt:

- a) im Falle eines Vertragsstaates durch eine für diesen Zweck von ihm benannte Behörde;
- b) im Falle eines Rechtsträgers durch dessen benannten Vertreter oder die für diesen Zweck von dem befürwortenden Staat beziehungsweise den befürwortenden Staaten benannte Behörde; und

¹⁾ Ein Antrag eines eingetragenen Pionierinvestors auf Bestätigung eines Arbeitsplanes zur Erforschung gemäß Abschnitt 1 Absatz 6 Buchstabe a Ziffer ii der Anlage zu dem Durchführungsübereinkommen muss innerhalb von 36 Monaten nach Inkrafttreten des Seerechtsübereinkommens vorgelegt werden.

²⁾ Ein Antrag eines eingetragenen Pionierinvestors auf Bestätigung eines Arbeitsplanes zur Erforschung gemäß Abschnitt 1 Absatz 6 Buchstabe a Ziffer ii der Anlage zu dem Durchführungsübereinkommen umfasst Dokumente, Berichte und sonstige Daten, die der Vorbereitungskommission sowohl vor als auch nach der Eintragung vorgelegt wurden, sowie eine Konformitätsbescheinigung bestehend aus einem Tatsachenbericht, in dem der Stand der Erfüllung der Verpflichtungen gemäß dem Regime über eingetragene Pionierinvestoren dargestellt wird und der von der Vorbereitungskommission im Einklang mit Resolution II Nummer 11 Buchstabe a erstellt wird. Der eingetragene Pionierinvestor muss, sofern diese Information nicht bereits vorgelegt wurde, die Information aktualisieren, wobei er so weit wie möglich die Vorschriften der Bestimmung 18 als Leitlinie benutzen soll, und sein Arbeitsprogramm für die unmittelbare Zukunft vorlegen, das eine allgemeine Beurteilung der potenziellen Umweltbeeinflussungen der vorgeschlagenen Tätigkeiten umfasst.

(c) In the case of the Enterprise, by its competent authority.

(3) Each application by a state enterprise or one of the entities referred to in subparagraph (b) of regulation 9 shall also contain:

- (a) Sufficient information to determine the nationality of the applicant or the identity of the State or States by which, or by whose nationals, the applicant is effectively controlled; and
- (b) The principal place of business or domicile and, if applicable, place of registration of the applicant.

(4) Each application submitted by a partnership or consortium of entities shall contain the required information in respect of each member of the partnership or consortium.

Regulation 11

Certificate of sponsorship

(1) Each application by a state enterprise or one of the entities referred to in subparagraph (b) of regulation 9 shall be accompanied by a certificate of sponsorship issued by the State of which it is a national or by which or by whose nationals it is effectively controlled.³⁾ If the applicant has more than one nationality, as in the case of a partnership or consortium of entities from more than one State, each State involved shall issue a certificate of sponsorship.

(2) Where the applicant has the nationality of one State but is effectively controlled by another State or its nationals, each State involved shall issue a certificate of sponsorship.

(3) Each certificate of sponsorship shall be duly signed on behalf of the State by which it is submitted and shall contain:

- (a) The name of the applicant;
- (b) The name of the sponsoring State;
- (c) A statement that the applicant is:
 - (i) A national of the sponsoring State; or
 - (ii) Subject to the effective control of the sponsoring State or its nationals;
- (d) A statement by the sponsoring State that it sponsors the applicant;
- (e) The date of deposit by the sponsoring State of its instrument of ratification of, or accession or succession to, the Convention;
- (f) A declaration that the sponsoring State assumes responsibility in accordance with article 139, article 153, paragraph 4, and Annex III, article 4, paragraph 4, of the Convention.

(4) States or entities in a joint arrangement with the Enterprise shall also comply with this regulation.

³⁾ In the case of a request by a registered pioneer investor for approval of a plan of work for exploration, the certifying State or States at the time of registration or their successors shall be deemed to be the sponsoring State or States provided such State or States are States Parties to the Convention or are provisional members of the Authority at the time of the request.

(c) im Falle des Unternehmens durch dessen zuständige Stelle.

(3) Jeder von einem staatlichen Unternehmen oder einem der in Bestimmung 9 Buchstabe b genannten Rechtsträgern vorgelegte Antrag muss darüber hinaus Folgendes enthalten:

- a) ausreichende Informationen zur Feststellung der Staatsangehörigkeit des Antragstellers oder der Identität des Staates beziehungsweise der Staaten, durch dessen beziehungsweise deren Staatsangehörigen der Antragsteller tatsächlich kontrolliert wird; und
- b) den Hauptgeschäftsort oder Wohnsitz und gegebenenfalls den Eintragungsort des Antragstellers.

(4) Jeder von einer Personengesellschaft oder einem Konsortium von Rechtsträgern vorgelegte Antrag muss die erforderlichen Informationen hinsichtlich eines jeden Mitglieds der Personengesellschaft oder des Konsortiums enthalten.

Bestimmung 11

Befürwortungsbescheinigung

(1) Werden von einem staatlichen Unternehmen oder einem der in Bestimmung 9 Buchstabe b genannten Rechtsträger Anträge gestellt, so ist ihnen eine Befürwortungsbescheinigung beizufügen, die von dem Staat, dem sie angehören, oder durch dessen Staatsangehörigen beziehungsweise deren Staatsangehörige sie tatsächlich kontrolliert werden, ausgestellt wird.³⁾ Wenn der Antragsteller mehr als eine Staatsangehörigkeit besitzt, wie im Falle einer Personengesellschaft oder eines Konsortiums von Rechtsträgern aus mehr als einem Staat, so stellt jeder beteiligte Staat eine Befürwortungsbescheinigung aus.

(2) Wenn ein Antragsteller die Staatsangehörigkeit eines Staates besitzt, aber unter der tatsächlichen Kontrolle eines anderen Staates oder seitens dessen Staatsangehörigen steht, so stellt jeder der beteiligten Staaten eine Befürwortungsbescheinigung aus.

(3) Jede Befürwortungsbescheinigung wird im Namen des Staates, durch den sie vorgelegt wird, ordnungsgemäß unterschrieben und enthält:

- a) den Namen des Antragstellers;
- b) den Namen des befürwortenden Staates;
- c) eine Erklärung, dass der Antragsteller
 - (i) ein Staatsangehöriger des befürwortenden Staates ist; oder
 - (ii) von dem befürwortenden Staat oder dessen Staatsangehörigen tatsächlich kontrolliert wird;
- d) eine Erklärung des befürwortenden Staates, dass er den Antragsteller befürwortet;
- e) den Zeitpunkt der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde des Seerechtsübereinkommens, des Beitritts dazu oder der Nachfolge darin durch den befürwortenden Staat;
- f) eine Erklärung, dass der befürwortende Staat die Verantwortung gemäß Artikel 139, Artikel 153 Absatz 4 und Artikel 4 Absatz 4 der Anlage III des Seerechtsübereinkommens übernimmt.

(4) Staaten oder Rechtsträger im Rahmen eines gemeinsamen Vorhabens mit dem Unternehmen müssen diese Bestimmung ebenso beachten.

³⁾ Im Falle eines Antrages eines eingetragenen Pionierinvestors auf Bestätigung eines Arbeitsplanes zur Erforschung gelten der bescheinigende Staat beziehungsweise die bescheinigenden Staaten zum Zeitpunkt der Eintragung oder deren Nachfolger als der befürwortende Staat beziehungsweise die befürwortenden Staaten, vorausgesetzt, dass dieser Staat beziehungsweise diese Staaten Vertragsstaaten des Seerechtsübereinkommens oder zum Zeitpunkt des Antrages vorläufige Mitglieder der Behörde sind.

Regulation 12**Financial and technical capabilities**

(1) Each application for approval of a plan of work for exploration shall contain specific and sufficient information to enable the Council to determine whether the applicant is financially and technically capable of carrying out the proposed plan of work for exploration and of fulfilling its financial obligations to the Authority.⁴⁾

(2) An application for approval of a plan of work for exploration submitted on behalf of a State or entity, or any component of such entity, referred to in resolution II, paragraph 1 (a) (ii) or (iii), other than a registered pioneer investor, which has already undertaken substantial activities in the Area prior to the entry into force of the Convention, or its successor in interest, shall be considered to have met the financial and technical qualifications necessary for approval of a plan of work for exploration if the sponsoring State or States certify that the applicant has expended an amount equivalent to at least US\$ 30 million in research and exploration activities and has expended no less than 10 per cent of that amount in the location, survey and evaluation of the area referred to in the plan of work for exploration.

(3) An application for approval of a plan of work for exploration by the Enterprise shall include a statement by its competent authority certifying that the Enterprise has the necessary financial resources to meet the estimated costs of the proposed plan of work for exploration.

(4) An application for approval of a plan of work for exploration by a State or a state enterprise, other than a registered pioneer investor or an entity referred to in resolution II, paragraph 1 (a) (ii) or (iii), shall include a statement by the State or the sponsoring State certifying that the applicant has the necessary financial resources to meet the estimated costs of the proposed plan of work for exploration.

(5) An application for approval of a plan of work for exploration by an entity, other than a registered pioneer investor or an entity referred to in resolution II, paragraph 1 (a) (ii) or (iii), shall include copies of its audited financial statements, including balance sheets and profit-and-loss statements, for the most recent three years, in conformity with internationally accepted accounting principles and certified by a duly qualified firm of public accountants; and

- (a) If the applicant is a newly organized entity and a certified balance sheet is not available, a pro forma balance sheet certified by an appropriate official of the applicant;
- (b) If the applicant is a subsidiary of another entity, copies of such financial statements of that entity and a statement from that entity, in conformity with internationally accepted

⁴⁾ A registered pioneer investor requesting approval of a plan of work for exploration under paragraph 6 (a) (ii) of section 1 of the annex to the Agreement shall be considered to have satisfied the financial and technical qualifications necessary for approval of a plan of work.

Bestimmung 12**Finanzielle und technische Möglichkeiten**

(1) Jeder Antrag auf Bestätigung eines Arbeitsplanes zur Erforschung muss spezifische und ausreichende Informationen enthalten, die es dem Rat ermöglichen, festzustellen, ob der Antragsteller aus finanzieller und technischer Sicht dazu fähig ist, den vorgeschlagenen Arbeitsplan zur Erforschung durchzuführen und seinen finanziellen Verpflichtungen gegenüber der Behörde nachzukommen.⁴⁾

(2) Es wird davon ausgegangen, dass ein Antrag auf Bestätigung eines Arbeitsplanes zur Erforschung, der im Namen eines in Resolution II Nummer 1 Buchstabe a Ziffer ii oder iii genannten Staates oder eines Rechtsträgers oder eines Teiles eines solchen Rechtsträgers vorgelegt wird, wobei es sich nicht um einen eingetragenen Pionierinvestor handelt, oder deren Rechtsnachfolger, der beziehungsweise die bereits vor Inkrafttreten des Seerechtsübereinkommens im Gebiet erhebliche Tätigkeiten durchgeführt hat beziehungsweise haben, die für die Bestätigung eines Arbeitsplanes zur Erforschung erforderlichen finanziellen und technischen Anforderungen erfüllt, wenn der befürwortende Staat beziehungsweise die befürwortenden Staaten bestätigen, dass der Antragsteller eine Summe im Gegenwert von mindestens 30 Millionen US-Dollar für Forschungs- und Forschungstätigkeiten und mindestens 10 Prozent dieser Summe für die Aufsuchung, Untersuchung und Beurteilung des in dem Arbeitsplan zur Erforschung genannten Feldes ausgegeben hat.

(3) Ein vom Unternehmen vorgelegter Antrag auf Bestätigung eines Arbeitsplanes zur Erforschung muss eine Erklärung seitens seiner zuständigen Behörde enthalten, die bestätigt, dass das Unternehmen über die notwendigen finanziellen Mittel verfügt, um die geschätzten Kosten für den vorgeschlagenen Arbeitsplan zur Erforschung zu decken.

(4) Ein von einem Staat oder einem staatlichen Unternehmen vorgelegter Antrag auf Bestätigung eines Arbeitsplanes zur Erforschung, wobei es sich nicht um einen eingetragenen Pionierinvestor oder einen in Resolution II Nummer 1 Buchstabe a Ziffer ii oder iii genannten Rechtsträger handelt, muss eine Erklärung seitens des Staates oder des befürwortenden Staates enthalten, die bestätigt, dass der Antragsteller über die notwendigen finanziellen Mittel verfügt, um die geschätzten Kosten für den vorgeschlagenen Arbeitsplan zur Erforschung zu decken.

(5) Ein von einem Rechtsträger vorgelegter Antrag auf Bestätigung eines Arbeitsplanes zur Erforschung, wobei es sich nicht um einen eingetragenen Pionierinvestor oder einen in Resolution II Nummer 1 Buchstabe a Ziffer ii oder iii genannten Rechtsträger handelt, muss Abschriften seines geprüften, durch eine ordnungsgemäß qualifizierte Firma von öffentlich berufenen Wirtschaftsprüfern beglaubigten Jahresabschluss einschließlich Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen für die letzten drei Jahre im Einklang mit international anerkannten Bilanzierungsgrundsätzen umfassen; und

- a) wenn es sich bei dem Antragsteller um einen neuen Rechtsträger handelt und eine beglaubigte Bilanz nicht vorliegt, eine von einem geeigneten Repräsentanten des Antragstellers beglaubigte Pro-forma-Bilanz;
- b) wenn es sich bei dem Antragsteller um eine Unternehmens-einheit eines anderen Rechtsträgers handelt, Abschriften solcher Jahresabschlüsse dieses Rechtsträgers sowie eine

⁴⁾ Es wird davon ausgegangen, dass ein eingetragener Pionierinvestor, der eine Bestätigung eines Arbeitsplanes zur Erforschung gemäß Abschnitt 1 Absatz 6 Buchstabe a Ziffer ii der Anlage zu dem Durchführungsübereinkommen beantragt, die zur Bestätigung eines Arbeitsplanes erforderlichen finanziellen und technischen Anforderungen erfüllt.

accounting principles and certified by a duly qualified firm of public accountants, that the applicant will have the financial resources to carry out the plan of work for exploration;

- (c) If the applicant is controlled by a State or a state enterprise, a statement from the State or state enterprise certifying that the applicant will have the financial resources to carry out the plan of work for exploration.

(6) Where an applicant referred to in paragraph 5 intends to finance the proposed plan of work for exploration by borrowings, its application shall include the amount of such borrowings, the repayment period and the interest rate.

(7) Except as provided for in paragraph 2, all applications shall include:

- (a) A general description of the applicant's previous experience, knowledge, skills, technical qualifications and expertise relevant to the proposed plan of work for exploration;
- (b) A general description of the equipment and methods expected to be used in carrying out the proposed plan of work for exploration and other relevant nonproprietary information about the characteristics of such technology; and
- (c) A general description of the applicant's financial and technical capability to respond to any incident or activity which causes serious harm to the marine environment.

(8) Where the applicant is a partnership or consortium of entities in a joint arrangement, each member of the partnership or consortium shall provide the information required by this regulation.

Regulation 13

Previous contracts with the Authority

Where the applicant or, in the case of an application by a partnership or consortium of entities in a joint arrangement, any member of the partnership or consortium, has previously been awarded any contract with the Authority, the application shall include:

- (a) The date of the previous contract or contracts;
- (b) The dates, reference numbers and titles of each report submitted to the Authority in connection with the contract or contracts; and
- (c) The date of termination of the contract or contracts, if applicable.

Regulation 14

Undertakings

Each applicant, including the Enterprise, shall, as part of its application for approval of a plan of work for exploration, provide a written undertaking to the Authority that it will:

- (a) Accept as enforceable and comply with the applicable obligations created by the provisions of the Convention and the rules, regulations and procedures of the Authority, the decisions of the relevant organs of the Authority and the terms of its contracts with the Authority;

von einer ordnungsgemäß qualifizierten Firma von öffentlich berufenen Wirtschaftsprüfern beglaubigte Erklärung dieses Rechtsträgers im Einklang mit international anerkannten Bilanzierungsgrundsätzen, dass der Antragsteller über die finanziellen Mittel verfügen wird, um den Arbeitsplan zur Erforschung durchzuführen;

- (c) wenn der Antragsteller unter der Kontrolle eines Staates oder eines staatlichen Unternehmens steht, eine Erklärung des Staates beziehungsweise des staatlichen Unternehmens, die bestätigt, dass der Antragsteller über die finanziellen Mittel verfügen wird, um den Arbeitsplan zur Erforschung durchzuführen.

(6) Wenn ein in Absatz 5 genannter Antragsteller beabsichtigt, den beantragten Arbeitsplan zur Erforschung mit Krediten zu finanzieren, muss der Antrag die Höhe dieser Kredite, den Tilgungszeitraum und den Zinssatz enthalten.

(7) Unbeschadet der in den Bestimmungen des Absatzes 2 genannten Fälle müssen alle Anträge Folgendes umfassen:

- a) eine allgemeine Beschreibung der bisherigen Erfahrungen, des Wissens, der Fähigkeiten, der technischen Eignung und des Fachwissens des Antragstellers, die für den vorgeschlagenen Arbeitsplan zur Erforschung maßgeblich sind;
- b) eine allgemeine Beschreibung der Ausrüstungen und Methoden, die voraussichtlich bei der Durchführung des beantragten Arbeitsplanes zur Erforschung verwendet werden sollen sowie weitere maßgebliche, nichtgeschützte Informationen über die Eigenschaften dieser Technologie; und
- c) eine allgemeine Beschreibung der finanziellen und technischen Möglichkeiten des Antragstellers, auf Zwischenfälle oder Tätigkeiten zu reagieren, die einen erheblichen Schaden an der Meeresumwelt verursachen.

(8) Wenn es sich bei dem Antragsteller um eine Personengesellschaft oder ein Konsortium von Rechtsträgern im Rahmen eines gemeinsamen Vorhabens handelt, muss jedes Mitglied der Personengesellschaft oder des Konsortiums die aufgrund dieser Bestimmung erforderlichen Informationen vorlegen.

Bestimmung 13

Frühere Verträge mit der Behörde

Hat der Antragsteller oder im Falle eines von einer Personengesellschaft oder einem Konsortium von Rechtsträgern im Rahmen eines gemeinsamen Vorhabens vorgelegten Antrages ein Mitglied der Personengesellschaft oder des Konsortiums zuvor einen Vertrag mit der Behörde abgeschlossen, so hat der Antrag Folgendes zu beinhalten:

- a) das Datum des früheren Vertrages beziehungsweise der Verträge;
- b) das Datum, die Referenznummer und den Titel jedes der Behörde im Zusammenhang mit dem Vertrag beziehungsweise den Verträgen vorgelegten Berichtes; und
- c) gegebenenfalls das Datum der Beendigung des Vertrages beziehungsweise der Verträge.

Bestimmung 14

Verpflichtungserklärung

Jeder Antragsteller, einschließlich des Unternehmens, legt als Teil seines Antrages auf Bestätigung eines Arbeitsplanes zur Erforschung der Behörde eine schriftliche Erklärung vor, in der er sich verpflichtet:

- a) die anwendbaren Verpflichtungen gemäß den Bestimmungen des Seerechtsübereinkommens und den Regeln, Bestimmungen und Verfahren der Behörde, den Beschlüssen der einschlägigen Organe der Behörde und den Bedingungen seiner Verträge mit der Behörde als durchsetzbar zu akzeptieren und sie zu beachten;

- (b) Accept control by the Authority of activities in the Area, as authorized by the Convention; and
- (c) Provide the Authority with a written assurance that its obligations under the contract will be fulfilled in good faith.⁵⁾

Regulation 15

Total area covered by the application

Each application for approval of a plan of work for exploration shall define the boundaries of the area under application by a list of coordinates in accordance with the most recent generally accepted international standard used by the Authority. Applications other than those under regulation 17 shall cover a total area, which need not be a single continuous area, sufficiently large and of sufficient estimated commercial value to allow two mining operations. The applicant shall indicate the coordinates dividing the area into two parts of equal estimated commercial value. The area to be allocated to the applicant shall be subject to the provisions of regulation 25.

Regulation 16

Data and information to be submitted before the designation of a reserved area

(1) Each application shall contain sufficient data and information, as prescribed in Section II of Annex 2 to these Regulations, with respect to the area under application to enable the Council, on the recommendation of the Legal and Technical Commission, to designate a reserved area based on the estimated commercial value of each part. Such data and information shall consist of data available to the applicant with respect to both parts of the area under application, including the data used to determine their commercial value.

(2) The Council, on the basis of the data and information submitted by the applicant pursuant to Section II of Annex 2 to these Regulations, if found satisfactory, and taking into account the recommendation of the Legal and Technical Commission, shall designate the part of the area under application which is to be a reserved area. The area so designated shall become a reserved area as soon as the plan of work for exploration for the non-reserved area is approved and the contract is signed. If the Council determines that additional information, consistent with these Regulations and Annex 2, is needed to designate the reserved area, it shall refer the matter back to the Commission for further consideration, specifying the additional information required.

(3) Once the plan of work for exploration is approved and a contract has been issued, the data and information transferred to the Authority by the applicant in respect of the reserved area may be disclosed by the Authority in accordance with article 14, paragraph 3, of Annex III to the Convention.

Regulation 17

Applications for approval of plans of work with respect to a reserved area

(1) Any State which is a developing State or any natural or juridical person sponsored by it and effectively controlled by it or by any other developing State, or any group of the foregoing, may notify the Authority that it wishes to submit a plan of work

⁵⁾ Such undertaking shall also be provided by a registered pioneer investor requesting approval of a plan of work for exploration under paragraph 6 (a) (ii) of section 1 of the annex to the Agreement.

- b) die Aufsicht über Tätigkeiten in dem Gebiet seitens der durch das Seerechtsübereinkommen dazu befugten Behörde zu akzeptieren; und
- c) der Behörde eine schriftliche Zusicherung vorzulegen, dass seine Verpflichtungen gemäß dem Vertrag nach Treu und Glauben erfüllt werden.⁵⁾

Bestimmung 15

Gesamtes von dem Antrag erfasstes Feld

Jeder Antrag auf Bestätigung eines Arbeitsplanes zur Erforschung nennt die Grenzen des von dem Antrag betroffenen Feldes anhand einer Liste von Koordinaten im Einklang mit der neuesten, allgemein anerkannten internationalen, von der Behörde verwendeten Norm. Alle Anträge mit Ausnahme der in Bestimmung 17 genannten müssen sich auf ein Gesamtfeld beziehen, das nicht ein einziges zusammenhängendes Feld zu sein braucht, jedoch so groß und seinem geschätzten kommerziellen Wert nach so beschaffen sein muss, dass zwei Abbauvorgänge möglich sind. Der Antragsteller gibt die Koordinaten an, die das Feld in zwei Hälften von gleichem geschätzten kommerziellen Wert teilen. Das dem Antragsteller zuzuweisende Feld unterliegt den Vorschriften der Bestimmung 25.

Bestimmung 16

Vor der Benennung eines reservierten Feldes vorzulegende Daten und Informationen

(1) Jeder Antrag muss gemäß Abschnitt II der Anlage 2 zu diesen Bestimmungen ausreichend Daten und Informationen hinsichtlich des beantragten Feldes enthalten, um es dem Rat zu ermöglichen, auf der Grundlage der Empfehlung der Rechts- und Fachkommission ein reserviertes Feld auf der Grundlage des kommerziellen Schätzwertes jedes Teiles zu benennen. Diese Daten und Informationen bestehen aus dem Antragsteller zur Verfügung stehenden Daten hinsichtlich beider Teile des beantragten Feldes einschließlich der Daten zur Bestimmung ihres kommerziellen Schätzwertes.

(2) Der Rat bestimmt auf der Grundlage der Daten und Informationen, die ihm vom Antragsteller gemäß Abschnitt II der Anlage 2 zu diesen Bestimmungen vorgelegt werden, sofern diese als ausreichend erachtet werden, und unter Berücksichtigung der Empfehlung der Rechts- und Fachkommission den Teil des beantragten Feldes, der ein reserviertes Feld wird. Das auf diese Weise benannte Feld wird zum reservierten Feld, sobald der Arbeitsplan zur Erforschung für das nichtreservierte Feld bestätigt und der Vertrag unterzeichnet ist. Wenn der Rat beschließt, dass zusätzliche Informationen im Einklang mit diesen Bestimmungen und Anlage 2 zur Benennung des reservierten Feldes notwendig sind, verweist er die Gelegenheit zur weiteren Prüfung unter Angabe der erforderlichen zusätzlichen Informationen an die Kommission zurück.

(3) Sobald der Arbeitsplan zur Erforschung bestätigt ist und ein Vertrag abgeschlossen wurde, können die vom Antragsteller an die Behörde hinsichtlich des reservierten Feldes übermittelten Daten und Informationen von der Behörde gemäß Artikel 14 Absatz 3 der Anlage III zum Seerechtsübereinkommen bekannt gegeben werden.

Bestimmung 17

Anträge auf Bestätigung von Arbeitsplänen hinsichtlich eines reservierten Feldes

(1) Jeder Staat, bei dem es sich um ein Entwicklungsland handelt, oder jede natürliche oder juristische Person, die von ihm oder einem anderen Entwicklungsland oder einer Gruppe derselben befürwortet wird und von dem sie tatsächlich kon-

⁵⁾ Eine solche Verpflichtungserklärung muss ebenso von einem eingetragenen Pionierinvestor vorgelegt werden, der die Bestätigung eines Arbeitsplanes zur Erforschung nach Abschnitt 1 Absatz 6 Buchstabe a Ziffer ii der Anlage zu dem Durchführungsübereinkommen beantragt.

for exploration with respect to a reserved area. The Secretary-General shall forward such notification to the Enterprise, which shall inform the Secretary-General in writing within six months whether or not it intends to carry out activities in that area. If the Enterprise intends to carry out activities in that area, it shall, pursuant to paragraph 4, also inform in writing the contractor whose application for approval of a plan of work for exploration originally included that area.

(2) An application for approval of a plan of work for exploration in respect of a reserved area may be submitted at any time after such an area becomes available following a decision by the Enterprise that it does not intend to carry out activities in that area or where the Enterprise has not, within six months of the notification by the Secretary-General, either taken a decision on whether it intends to carry out activities in that area or notified the Secretary-General in writing that it is engaged in discussions regarding a potential joint venture. In the latter instance, the Enterprise shall have one year from the date of such notification in which to decide whether to conduct activities in that area.

(3) If the Enterprise or a developing State or one of the entities referred to in paragraph 1 does not submit an application for approval of a plan of work for exploration for activities in a reserved area within 15 years of the commencement by the Enterprise of its functions independent of the Secretariat of the Authority or within 15 years of the date on which that area is reserved for the Authority, whichever is the later, the contractor whose application for approval of a plan of work for exploration originally included that area shall be entitled to apply for a plan of work for exploration for that area provided it offers in good faith to include the Enterprise as a joint-venture partner.

(4) A contractor has the right of first refusal to enter into a joint venture arrangement with the Enterprise for exploration of the area which was included in its application for approval of a plan of work for exploration and which was designated by the Council as a reserved area.

Regulation 18

Data and information to be submitted for approval of the plan of work for exploration⁶⁾

After the Council has designated the reserved area, the applicant, if it has not already done so, shall submit, with a view to receiving approval of the plan of work for exploration in the form of a contract, the following information:

- (a) A general description and a schedule of the proposed exploration programme, including the programme of activities for the immediate five-year period, such as studies to be undertaken in respect of the environmental, technical, economic and other appropriate factors that must be taken into account in exploration;
- (b) A description of the programme for oceanographic and environmental baseline studies in accordance with these Regulations and any environmental rules, regulations and procedures established by the Authority that would enable an assessment of the potential environmental impact of the

⁶⁾ In the case of a request by a registered pioneer investor for approval of a plan of work for exploration under paragraph 6 (a) (ii) of section 1 of the annex to the Agreement, this regulation shall be implemented in the light of regulation 10.

trolliert wird, kann der Behörde mitteilen, dass sie einen Arbeitsplan zur Erforschung hinsichtlich eines reservierten Feldes vorlegen wollen. Der Generalsekretär leitet diese Mitteilung an das Unternehmen weiter, das den Generalsekretär schriftlich innerhalb von sechs Monaten darüber informiert, ob es beabsichtigt, Tätigkeiten in diesem Feld durchzuführen. Wenn das Unternehmen beabsichtigt, Tätigkeiten in diesem Feld durchzuführen, informiert es gemäß Absatz 4 ebenso schriftlich den Vertragsnehmer, dessen Antrag auf Bestätigung eines Arbeitsplanes zur Erforschung ursprünglich dieses Feld umfasste.

(2) Ein Antrag auf Bestätigung eines Arbeitsplanes zur Erforschung hinsichtlich eines reservierten Feldes kann jederzeit gestellt werden, nachdem ein solches Feld nach einer Entscheidung des Unternehmens, dass es nicht beabsichtigt, Tätigkeiten in diesem Feld durchzuführen, zur Verfügung steht oder wenn das Unternehmen nicht innerhalb von sechs Monaten nach Notifikation durch den Generalsekretär entweder eine Entscheidung darüber getroffen hat, ob es beabsichtigt, Tätigkeiten in diesem Feld durchzuführen, oder den Generalsekretär schriftlich notifiziert hat, dass es Gespräche hinsichtlich eines möglichen gemeinsamen Vorhabens führt. In letzterem Fall hat das Unternehmen ab dem Zeitpunkt einer solchen Notifikation ein Jahr Zeit, um über die Durchführung von Tätigkeiten in diesem Feld zu entscheiden.

(3) Wenn das Unternehmen oder ein Entwicklungsland oder ein in Absatz 1 genannter Rechtsträger nicht innerhalb von 15 Jahren nach Aufnahme der Funktionen seitens des Unternehmens unabhängig vom Sekretariat der Behörde oder innerhalb von 15 Jahren nach dem Zeitpunkt, zu dem dieses Feld für die Behörde reserviert wurde, je nachdem, was später eintritt, einen Antrag auf Bestätigung eines Arbeitsplanes zur Erforschung für Tätigkeiten in einem reservierten Feld vorlegt, ist der Vertragsnehmer, dessen Antrag auf Bestätigung eines Arbeitsplanes zur Erforschung ursprünglich dieses Feld umfasste, dazu berechtigt, einen Arbeitsplan zur Erforschung für dieses Feld zu beantragen, vorausgesetzt er bietet nach Treu und Glauben an, das Unternehmen als Partner eines gemeinsamen Vorhabens einzubinden.

(4) Ein Vertragsnehmer hat das Recht des ersten Zugriffs, um eine Vereinbarung über ein gemeinsames Vorhaben mit dem Unternehmen für die Erforschung eines Feldes zu treffen, das in seinem Antrag auf Bestätigung eines Arbeitsplanes zur Erforschung eingeschlossen war und vom Rat als reserviertes Feld benannt wurde.

Bestimmung 18

Für die Bestätigung des Arbeitsplanes zur Erforschung vorzulegende Daten und Informationen⁶⁾

Nachdem der Rat das reservierte Feld benannt hat, legt der Antragsteller, sofern er dies noch nicht getan hat, folgende Informationen mit dem Ziel vor, die Bestätigung des Arbeitsplanes zur Erforschung in Form eines Vertrages zu erhalten:

- a) eine allgemeine Beschreibung und einen Zeitplan des vorgeschlagenen Forschungsprogramms einschließlich des Tätigkeitsprogramms für den unmittelbar bevorstehenden Fünfjahreszeitraum, beispielsweise durchzuführende Studien hinsichtlich umweltbezogener, technischer, wirtschaftlicher und sonstiger geeigneter Faktoren, die bei der Erforschung berücksichtigt werden müssen;
- b) eine Beschreibung des Programms für ozeanographische und Umwelt-Referenzwertstudien gemäß diesen Bestimmungen und allen von der Behörde festgelegten Umweltregeln, -bestimmungen und -verfahren, die eine Bewertung der potenziellen Umweltbeeinflussung der vorgeschlagenen

⁶⁾ Im Falle eines Antrages eines eingetragenen Pionierinvestors auf Bestätigung eines Arbeitsplanes zur Erforschung gemäß Abschnitt 1 Absatz 6 Buchstabe a Ziffer ii der Anlage zum Durchführungsübereinkommen wird diese Bestimmung unter Berücksichtigung von Bestimmung 10 umgesetzt.

- proposed exploration activities, taking into account any recommendations issued by the Legal and Technical Commission;
- (c) A preliminary assessment of the possible impact of the proposed exploration activities on the marine environment;
- (d) A description of proposed measures for the prevention, reduction and control of pollution and other hazards, as well as possible impacts, to the marine environment;
- (e) Data necessary for the Council to make the determination it is required to make in accordance with regulation 12, paragraph 1 and
- (f) A schedule of anticipated yearly expenditures in respect of the programme of activities for the immediate five-year period.
- Erforschungstätigkeiten ermöglichen würden, unter Berücksichtigung aller durch die Rechts- und Fachkommission abgegebenen Empfehlungen;
- c) eine vorläufige Bewertung der möglichen Beeinflussung der Meeresumwelt durch die vorgeschlagene Erforschungstätigkeit;
- d) eine Beschreibung vorgeschlagener Maßnahmen zur Verhütung, Verringerung und Bekämpfung einer Verschmutzung und sonstiger Gefahren sowie möglicher Beeinflussungen der Meeresumwelt;
- e) Daten, die notwendig sind, damit der Rat die gemäß Bestimmung 12 Absatz 1 von ihm geforderte Feststellung treffen kann; und
- f) eine Aufstellung der voraussichtlichen jährlichen Aufwendungen hinsichtlich des Tätigkeitsprogramms für den unmittelbar bevorstehenden Fünfjahreszeitraum.

Section 3

Fees

Regulation 19

Fee for applications

(1) The fee for processing applications for approval of a plan of work for exploration shall be US\$ 250,000 or its equivalent in a freely convertible currency. The fee shall be paid to the Authority by the applicant at the time of submitting an application.⁷⁾

(2) The amount of the fee shall be reviewed from time to time by the Council in order to ensure that it covers the administrative costs incurred by the Authority in processing the application.

(3) If the administrative costs incurred by the Authority in processing the application are less than the fixed amount, the Authority shall refund the difference to the applicant.

Section 4

Processing of applications

Regulation 20

Receipt, acknowledgement and safe custody of applications

- (1) The Secretary-General shall:
- (a) Acknowledge in writing receipt of every application for approval of a plan of work for exploration submitted under this Part, specifying the date of receipt;
- (b) Place the application together with the attachments and annexes thereto in safe custody and ensure the confidentiality of all confidential data and information contained in the application; and
- (c) Notify the members of the Authority of the receipt of such application and circulate to them information of a general nature which is not confidential regarding the application.

⁷⁾ In the case of a registered pioneer investor requesting approval for a plan of work for exploration under paragraph 6 (a) (ii) of section 1 of the annex to the Agreement, the fee of US\$ 250,000 paid pursuant to resolution II, paragraph 7 (a), shall be deemed to be the fee referred to under paragraph 1 relating to the exploration phase.

Abschnitt 3

Gebühren

Bestimmung 19

Antragsgebühren

(1) Die Bearbeitungsgebühr für Anträge zur Bestätigung eines Arbeitsplanes zur Erforschung beträgt 250 000 US-Dollar beziehungsweise den Gegenwert in einer frei konvertierbaren Währung. Die Gebühr muss vom Antragsteller zum Zeitpunkt der Antragstellung an die Behörde entrichtet werden.⁷⁾

(2) Die Höhe der Gebühr wird von Zeit zu Zeit vom Rat überprüft, um sicherzustellen, dass die der Behörde durch die Antragsbearbeitung entstehenden Verwaltungskosten gedeckt werden.

(3) Wenn die der Behörde durch die Antragsbearbeitung entstehenden Verwaltungskosten niedriger als die festgesetzte Summe sind, erstattet die Behörde dem Antragsteller die Differenz.

Abschnitt 4

Antragsbearbeitung

Bestimmung 20

Eingang, Bestätigung und sichere Verwahrung von Anträgen

- (1) Der Generalsekretär
- a) bestätigt schriftlich den Eingang jedes gemäß diesem Teil gestellten Antrages auf Bestätigung eines Arbeitsplanes zur Erforschung unter Angabe des Eingangsdatums;
- b) verwahrt den Antrag zusammen mit den dazugehörigen Anhängen und Anlagen sicher und garantiert die Vertraulichkeit aller in dem Antrag enthaltenen vertraulichen Daten und Informationen; und
- c) teilt den Mitgliedern der Behörde den Eingang eines Antrages mit und gibt nichtvertrauliche Informationen allgemeiner Art bezüglich des Antrages an sie weiter.

⁷⁾ Im Falle eines Antrages eines eingetragenen Pionierinvestors auf Bestätigung eines Arbeitsplanes zur Erforschung gemäß Abschnitt 1 Absatz 6 Buchstabe a Ziffer ii der Anlage zum Durchführungsübereinkommen wird die gemäß Absatz 7 Buchstabe a der Resolution II gezahlte Gebühr in Höhe von 250 000 US-Dollar als die in Absatz 1 im Hinblick auf die Erforschungsphase genannte Gebühr angesehen.

Regulation 21**Consideration by the
Legal and Technical Commission⁸⁾**

(1) Upon receipt of an application for approval of a plan of work for exploration, the Secretary-General shall notify the members of the Legal and Technical Commission and place consideration of the application as an item on the agenda for the next meeting of the Commission.

(2) The Commission shall examine applications in the order in which they are received.

(3) The Commission shall determine if the applicant:

- (a) Has complied with the provisions of these Regulations;
- (b) Has given the undertakings and assurances specified in regulation 14;
- (c) Possesses the financial and technical capability to carry out the proposed plan of work for exploration; and
- (d) Has satisfactorily discharged its obligations in relation to any previous contract with the Authority.

(4) The Commission shall, in accordance with the requirements set forth in these Regulations and its procedures, determine whether the proposed plan of work for exploration will:

- (a) Provide for effective protection of human health and safety;
- (b) Provide for effective protection and preservation of the marine environment;
- (c) Ensure that installations are not established where interference may be caused to the use of recognized sea lanes essential to international navigation or in areas of intense fishing activity.

(5) If the Commission makes the determinations specified in paragraph 3 and determines that the proposed plan of work for exploration meets the requirements of paragraph 4, the Commission shall recommend approval of the plan of work for exploration to the Council.

(6) The Commission shall not recommend approval of the plan of work for exploration if part or all of the area covered by

⁸⁾ In the case of a request by a registered pioneer investor for approval of a plan of work for exploration under paragraph 6 (a) (ii) of section 1 of the annex to the Agreement, the Secretary-General shall ascertain whether:

- (a) The documents, reports and other data submitted to the Preparatory Commission both before and after registration are available;
- (b) The certificate of compliance, consisting of a factual report describing the status of fulfilment of obligations under the registered pioneer investor regime, issued by the Preparatory Commission in accordance with resolution II, paragraph 11 (a), has been produced;
- (c) The registered pioneer investor has updated the information provided in the documents, reports and other data submitted to the Preparatory Commission both before and after registration and has submitted its programme of activities for the immediate future, including a general assessment of the potential environmental impacts of the proposed activities; and
- (d) The registered pioneer investor has given the undertakings and assurances specified in regulation 14. If the Secretary-General informs the Commission that the provisions of (a), (b), (c) and (d) have been satisfied by a registered pioneer investor, the Commission shall recommend approval of the plan of work.

Bestimmung 21**Prüfung durch die
Rechts- und Fachkommission⁸⁾**

(1) Nach Erhalt eines Antrages auf Bestätigung eines Arbeitsplanes zur Erforschung teilt der Generalsekretär den Mitgliedern der Rechts- und Fachkommission dies mit und setzt die Prüfung des Antrages für die nächste Sitzung der Kommission auf die Tagesordnung.

(2) Die Kommission prüft Anträge in der Reihenfolge ihres Eingangs.

(3) Die Kommission stellt fest, ob der Antragsteller

- a) die Vorschriften dieser Bestimmungen beachtet hat;
- b) die in Bestimmung 14 genannten Verpflichtungen und Versicherungen abgegeben hat;
- c) über die finanziellen und technischen Möglichkeiten verfügt, um den vorgeschlagenen Arbeitsplan zur Erforschung durchzuführen; und
- d) seine Verpflichtungen im Zusammenhang mit einem früheren Vertrag mit der Behörde zufriedenstellend erfüllt hat.

(4) Die Kommission stellt in Übereinstimmung mit den in diesen Bestimmungen niedergelegten Anforderungen und ihren Verfahren fest, ob der vorgeschlagene Arbeitsplan zur Erforschung

- a) den wirksamen Schutz der Gesundheit und Sicherheit des Menschen garantiert;
- b) den wirksamen Schutz und Erhalt der Meeresumwelt garantiert;
- c) sicherstellt, dass keine Anlagen errichtet werden, wo es zu einer Beeinträchtigung der Nutzung anerkannter Schifffahrtswege, die für die internationale Schifffahrt unerlässlich sind, kommen könnte, oder in Gebieten intensiver Fischereitätigkeiten.

(5) Wenn die Kommission die in Absatz 3 genannten Feststellungen trifft und entscheidet, dass der vorgeschlagene Arbeitsplan zur Erforschung die Anforderungen von Absatz 4 erfüllt, empfiehlt die Kommission dem Rat die Bestätigung des Arbeitsplanes zur Erforschung.

(6) Die Kommission empfiehlt die Bestätigung des Arbeitsplanes zur Erforschung nicht, wenn das vom vorgeschlagenen

⁸⁾ Im Falle eines Antrages eines eingetragenen Pionierinvestors auf Bestätigung eines Arbeitsplanes zur Erforschung gemäß Abschnitt 1 Absatz 6 Buchstabe a Ziffer ii der Anlage zum Durchführungsübereinkommen vergewissert sich der Generalsekretär, ob:

- a) die der Vorbereitungskommission vor und nach der Eintragung vorgelegten Dokumente, Berichte und sonstigen Daten verfügbar sind;
- b) die von der Vorbereitungskommission im Einklang mit Resolution II Nummer 11 Buchstabe a ausgestellte Konformitätsbescheinigung bestehend aus einem Tatsachenbericht, der den Stand der Erfüllung der Verpflichtungen gemäß dem Regime für eingetragene Pionierinvestoren beschreibt, vorliegt;
- c) der eingetragene Pionierinvestor die in den der Vorbereitungskommission vor und nach der Eintragung vorgelegten Dokumenten, Berichten und sonstigen Daten enthaltenen Informationen aktualisiert hat und sein Tätigkeitsprogramm für die unmittelbare Zukunft einschließlich einer allgemeinen Einschätzung der möglichen Umweltbeeinflussungen der vorgeschlagenen Tätigkeiten vorgelegt hat; und
- d) der eingetragene Pionierinvestor die in Vorschrift 14 genannten Verpflichtungserklärungen und Versicherungen abgegeben hat. Wenn der Generalsekretär die Kommission darüber informiert, dass die Vorschriften der Buchstaben a, b, c und d von dem eingetragenen Pionierinvestor erfüllt wurden, empfiehlt die Kommission die Bestätigung des Arbeitsplanes.

the proposed plan of work for exploration is included in:

- (a) A plan of work for exploration approved by the Council for polymetallic nodules; or
- (b) A plan of work approved by the Council for exploration for or exploitation of other resources if such proposed plan of work for exploration for polymetallic nodules might cause undue interference with activities under such an approved plan of work for such other resources; or
- (c) An area disapproved for exploitation by the Council in cases where substantial evidence indicates the risk of serious harm to the marine environment; or
- (d) If the proposed plan of work for exploration has been submitted or sponsored by a State that already holds:
 - (i) Plans of work for exploration and exploitation or exploitation only in non-reserved areas that, together with either part of the area covered by the application, exceed in size 30 per cent of a circular area of 400,000 square kilometres surrounding the centre of either part of the area covered by the proposed plan of work;
 - (ii) Plans of work for exploration and exploitation or exploitation only in non-reserved areas which, taken together, constitute 2 per cent of that part of the Area which is not reserved or disapproved for exploitation pursuant to article 162, paragraph (2) (x), of the Convention.

(7) Except in the case of applications by the Enterprise, on its own behalf or in a joint venture, and applications under regulation 17, the Commission shall not recommend approval of the plan of work for exploration if part or all of the area covered by the proposed plan of work for exploration is included in a reserved area or an area designated by the Council to be a reserved area.

(8) If the Commission finds that an application does not comply with these Regulations, it shall notify the applicant in writing, through the Secretary-General, indicating the reasons. The applicant may, within 45 days of such notification, amend its application. If the Commission after further consideration is of the view that it should not recommend approval of the plan of work for exploration, it shall so inform the applicant and provide the applicant with a further opportunity to make representations within 30 days of such information. The Commission shall consider any such representations made by the applicant in preparing its report and recommendation to the Council.

(9) In considering a proposed plan of work for exploration, the Commission shall have regard to the principles, policies and objectives relating to activities in the Area as provided for in Part XI and Annex III of the Convention and the Agreement.

(10) The Commission shall consider applications expeditiously and shall submit its report and recommendations to the Council on the designation of the areas and on the plan of work for exploration at the first possible opportunity, taking into account the schedule of meetings of the Authority.

(11) In discharging its duties, the Commission shall apply these Regulations and the rules, regulations and procedures of the Authority in a uniform and nondiscriminatory manner.

Arbeitsplan zur Erforschung erfasste Feld teilweise oder ganz Bestandteil ist von

- a) einem vom Rat bestätigten Arbeitsplan zur Erforschung für polymetallische Knollen; oder
- b) einem vom Rat bestätigten Arbeitsplan zur Erforschung oder Ausbeutung sonstiger Ressourcen, wenn ein solcher vorgeschlagener Arbeitsplan zur Erforschung von polymetallischen Knollen zu einer ungebührlichen Beeinträchtigung von Tätigkeiten im Rahmen eines solchen bestätigten Arbeitsplanes für diese sonstigen Ressourcen führen könnte; oder
- c) einem vom Rat von der Ausbeutung ausgeschlossenen Feld in Fällen, in denen mit hinreichender Sicherheit nachgewiesen werden kann, dass die Gefahr eines erheblichen Schadens an der Meeresumwelt vorliegt; oder
- d) wenn der vorgeschlagene Arbeitsplan zur Erforschung von einem Staat vorgelegt oder befürwortet wurde, der bereits
 - (i) Inhaber von Arbeitsplänen zur Erforschung und Ausbeutung oder lediglich zur Ausbeutung in nichtreservierten Feldern ist, deren Größe zusammen mit dem Teil des Feldes, das vom Antrag erfasst ist, 30 Prozent eines kreisrunden Feldes von 400 000 Quadratkilometern um das Zentrum eines der Teile des Feldes übersteigt, das von dem vorgeschlagenen Arbeitsplan erfasst ist;
 - (ii) Inhaber von Arbeitsplänen zur Erforschung und Ausbeutung oder lediglich zur Ausbeutung in nichtreservierten Feldern ist, die zusammengenommen 2 Prozent des Teiles des Gebietes ausmachen, das nicht reserviert oder von der Ausbeutung gemäß Artikel 162 Absatz 2 Buchstabe x des Seerechtsübereinkommens ausgeschlossen worden ist.

(7) Außer im Falle von Anträgen seitens des Unternehmens, die im eigenen Namen oder im Rahmen eines gemeinsamen Vorhabens gestellt wurden, sowie von Anträgen gemäß Bestimmung 17 empfiehlt die Kommission die Bestätigung des Arbeitsplanes zur Erforschung nicht, wenn das von dem vorgeschlagenen Arbeitsplan zur Erforschung erfasste Feld teilweise oder ganz Bestandteil eines reservierten Feldes oder eines vom Rat als reserviertes Feld ausgewiesenen Feldes ist.

(8) Wenn die Kommission zu dem Schluss kommt, dass ein Antrag diesen Bestimmungen nicht entspricht, teilt sie dies dem Antragsteller durch den Generalsekretär schriftlich unter Angabe der Gründe mit. Der Antragsteller kann innerhalb von 45 Tagen nach dieser Mitteilung seinen Antrag ergänzen. Wenn die Kommission nach einer weiteren Prüfung der Meinung ist, dass sie die Bestätigung des Arbeitsplanes zur Erforschung nicht empfehlen sollte, teilt sie dies dem Antragsteller mit und gibt dem Antragsteller erneut die Gelegenheit, innerhalb von 30 Tagen nach einer solchen Mitteilung Erklärungen abzugeben. Die Kommission berücksichtigt solche Erklärungen seitens des Antragstellers bei der Abfassung ihres Berichtes und ihrer Empfehlung an den Rat.

(9) Bei der Prüfung eines vorgeschlagenen Arbeitsplanes zur Erforschung berücksichtigt die Kommission die Grundsätze, Leitlinien und Ziele hinsichtlich von Tätigkeiten in dem Gebiet gemäß Teil XI und Anlage III des Seerechtsübereinkommens und des Durchführungsübereinkommens.

(10) Die Kommission prüft Anträge umgehend und legt dem Rat ihren Bericht und ihre Empfehlungen über die Ausweisung von Feldern und über den Arbeitsplan zur Erforschung bei der ersten sich bietenden Gelegenheit unter Berücksichtigung des Sitzungszeitplans der Behörde vor.

(11) Bei der Erfüllung ihrer Pflichten wendet die Kommission diese Bestimmungen sowie die Regeln, Bestimmungen und Verfahren der Behörde einheitlich und nichtdiskriminierend an.

Regulation 22**Consideration and approval of plans of work for exploration by the Council⁹⁾**

The Council shall consider the reports and recommendations of the Commission relating to approval of plans of work for exploration in accordance with paragraphs 11 and 12 of section 3 of the annex to the Agreement.

Part IV**Contracts for exploration****Regulation 23****The contract**

(1) After a plan of work for exploration has been approved by the Council, it shall be prepared in the form of a contract between the Authority and the applicant as prescribed in Annex 3 to these Regulations. Each contract shall incorporate the standard clauses set out in Annex 4 in effect at the date of entry into force of the contract.

(2) The contract shall be signed by the Secretary-General on behalf of the Authority and by the applicant. The Secretary-General shall notify all members of the Authority in writing of the conclusion of each contract.

(3) In accordance with the principle of non-discrimination, a contract with a State or entity or any component of such entity referred to in paragraph 6 (a) (i) of section 1 of the annex to the Agreement shall include arrangements that shall be similar to and no less favourable than those agreed with any registered pioneer investor. If any of the States or entities or any components of such entities referred to in paragraph 6 (a) (i) of section 1 of the annex to the Agreement are granted more favourable arrangements, the Council shall make similar and no less favourable arrangements with regard to the rights and obligations assumed by the registered pioneer investors provided that such arrangements do not affect or prejudice the interests of the Authority.

Regulation 24**Rights of the contractor**

(1) The contractor shall have the exclusive right to explore an area covered by a plan of work for exploration in respect of polymetallic nodules. The Authority shall ensure that no other entity operates in the same area for resources other than polymetallic nodules in a manner that might interfere with the operations of the contractor.

(2) A contractor who has an approved plan of work for exploration only shall have a preference and a priority among applicants submitting plans of work for exploitation of the same area and resources. Such preference or priority may be withdrawn by the Council if the contractor has failed to comply with the requirements of its approved plan of work for exploration within the time period specified in a written notice or notices from the Council to the contractor indicating which requirements have not been complied with by the contractor. The time period specified in any such notice shall not be unreasonable. The contractor shall be accorded a reasonable opportunity to be heard before the withdrawal of such preference or priority

⁹⁾ In the case of a request by a registered pioneer investor for approval of a plan of work for exploration under paragraph 6 (a) (ii) of section 1 of the Agreement, once the Commission recommends approval of the plan of work and submits its recommendation to the Council, the plan of work shall be considered approved by the Council in accordance with paragraph 6 (a) (ii) of section 1 of the annex to the Agreement.

Bestimmung 22**Prüfung und Bestätigung von Arbeitsplänen zur Erforschung durch den Rat⁹⁾**

Der Rat prüft die Berichte und Empfehlungen der Kommission bezüglich der Bestätigung von Arbeitsplänen zur Erforschung gemäß Abschnitt 3 Absatz 11 und 12 der Anlage zum Durchführungsübereinkommen.

Teil IV**Erforschungsverträge****Bestimmung 23****Der Vertrag**

(1) Nachdem ein Arbeitsplan zur Erforschung vom Rat bestätigt worden ist, wird er in Form eines Vertrages zwischen der Behörde und dem Antragsteller gemäß Anlage 3 zu diesen Bestimmungen abgefasst. Jeder Vertrag umfasst die in Anlage 4 niedergelegten und zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Vertrages geltenden Standardbestimmungen.

(2) Der Vertrag wird vom Generalsekretär im Namen der Behörde und vom Antragsteller unterzeichnet. Der Generalsekretär benachrichtigt alle Mitglieder der Behörde schriftlich über den Abschluss jedes Vertrages.

(3) Nach dem Grundsatz der Nichtdiskriminierung enthält ein Vertrag mit einem in Abschnitt 1 Absatz 6 Buchstabe a Ziffer i der Anlage zum Durchführungsübereinkommen bezeichneten Staat, Rechtsträger oder einer Unternehmenseinheit des Rechtsträgers Vereinbarungen, die den mit einem eingetragenen Pionierinvestor getroffenen Vereinbarungen ähnlich und nicht weniger günstig als diese sind. Werden einem dieser unter Abschnitt 1 Absatz 6 Buchstabe a Ziffer i der Anlage zum Durchführungsübereinkommen genannten Staaten, Rechtsträger oder Unternehmenseinheiten des Rechtsträgers günstigere Vereinbarungen gewährt, so trifft der Rat ähnliche und nicht weniger günstige Vereinbarungen hinsichtlich der Rechte und Pflichten der eingetragenen Pionierinvestoren, jedoch dürfen diese Vereinbarungen die Interessen der Behörde weder berühren noch beeinträchtigen.

Bestimmung 24**Rechte des Vertragsnehmers**

(1) Der Vertragsnehmer hat das ausschließliche Recht, ein von einem Arbeitsplan zur Erforschung erfasstes Feld hinsichtlich polymetallischer Knollen zu erforschen. Die Behörde stellt sicher, dass kein anderer Rechtsträger in demselben Feld in einer Weise Arbeiten hinsichtlich anderer Ressourcen als polymetallischer Knollen durchführt, die die Arbeiten des Vertragsnehmers beeinträchtigen könnten.

(2) Nur ein Vertragsnehmer mit einem bestätigten Arbeitsplan zur Erforschung wird bevorzugt und vorrangig im Vergleich zu Antragstellern behandelt, die Arbeitspläne zur Ausbeutung für dasselbe Feld und dieselben Ressourcen vorlegen. Eine solche bevorzugte oder vorrangige Behandlung kann vom Rat widerrufen werden, wenn der Vertragsnehmer die Anforderungen seines bestätigten Arbeitsplanes zur Erforschung innerhalb des in einer schriftlichen Mitteilung beziehungsweise in schriftlichen Mitteilungen seitens des Rates an den Vertragsnehmer genannten Zeitraumes nicht erfüllt hat, wobei angegeben wird, welche Anforderungen der Vertragsnehmer nicht erfüllt hat. Der in einer solchen Mitteilung genannte Zeitraum

⁹⁾ Im Falle eines Antrages eines eingetragenen Pionierinvestors auf Bestätigung eines Arbeitsplanes zur Erforschung gemäß Abschnitt 1 Absatz 6 Buchstabe a Ziffer ii der Anlage zum Durchführungsübereinkommen wird der Arbeitsplan, sobald die Kommission die Bestätigung des Arbeitsplanes empfiehlt und ihre Empfehlung dem Rat vorlegt, als gemäß Abschnitt 1 Absatz 6 Buchstabe a Ziffer ii der Anlage zum Durchführungsübereinkommen vom Rat genehmigt erachtet.

becomes final. The Council shall provide the reasons for its proposed withdrawal of preference or priority and shall consider any contractor's response. The decision of the Council shall take account of that response and shall be based on substantial evidence.

(3) A withdrawal of preference or priority shall not become effective until the contractor has been accorded a reasonable opportunity to exhaust the judicial remedies available to it pursuant to Part XI, section 5, of the Convention.

Regulation 25

Size of area and relinquishment

(1) The total area allocated to the contractor under the contract shall not exceed 150,000 square kilometres. The contractor shall relinquish portions of the area allocated to it to revert to the Area, in accordance with the following schedule:

- (a) 20 per cent of the area allocated by the end of the third year from the date of the contract;
- (b) An additional 10 per cent of the area allocated by the end of the fifth year from the date of the contract; and
- (c) An additional 20 per cent of the area allocated or such larger amount as would exceed the exploitation area decided upon by the Authority, after eight years from the date of the contract, provided that a contractor shall not be required to relinquish any portion of such area when the total area allocated to it does not exceed 75,000 square kilometres.

(2) In the case of a registered pioneer investor, the contract shall take into account the schedule of relinquishment, where applicable, in accordance with the terms of its registration as a registered pioneer investor.

(3) The Council may, at the request of the contractor, and on the recommendation of the Commission, in exceptional circumstances, defer the schedule of relinquishment. Such exceptional circumstances shall be determined by the Council and shall include, inter alia, consideration of prevailing economic circumstances or other unforeseen exceptional circumstances arising in connection with the operational activities of the Contractor.

Regulation 26

Duration of contracts

(1) A plan of work for exploration shall be approved for a period of 15 years. Upon expiration of a plan of work for exploration, the contractor shall apply for a plan of work for exploitation unless the contractor has already done so, has obtained an extension for the plan of work for exploration or decides to renounce its rights in the area covered by the plan of work for exploration.

(2) Not later than six months before the expiration of a plan of work for exploration, a contractor may apply for extensions for the plan of work for exploration for periods of not more than five years each. Such extensions shall be approved by the Council, on the recommendation of the Commission, if the contractor has made efforts in good faith to comply with the requirements of the plan of work but for reasons beyond the contractor's control has been unable to complete the necessary preparatory work for proceeding to the exploitation stage or if the prevailing economic circumstances do not justify proceeding to the exploitation stage.

darf nicht unangemessen sein. Dem Vertragsnehmer wird eine angemessene Gelegenheit zur Anhörung gegeben, bevor der Widerruf einer solchen bevorzugten oder vorrangigen Behandlung endgültig wird. Der Rat nennt die Gründe für seinen vorgeschlagenen Widerruf der bevorzugten oder vorrangigen Behandlung und prüft die Antwort des Vertragsnehmers. Der Beschluss des Rates berücksichtigt diese Antwort und basiert auf einer ausreichenden tatsächlichen Grundlage.

(3) Ein Widerruf einer bevorzugten oder vorrangigen Behandlung wird erst wirksam, nachdem dem Vertragsnehmer eine angemessene Gelegenheit zur Ausschöpfung der gemäß Teil XI Abschnitt 5 des Seerechtsübereinkommens verfügbaren Rechtsmittel gegeben wurde.

Bestimmung 25

Größe des Feldes und Abtretungen

(1) Das dem Vertragsnehmer gemäß dem Vertrag zugeteilte Feld darf insgesamt 150 000 Quadratkilometer nicht überschreiten. Der Vertragsnehmer tritt gemäß dem folgenden Zeitplan Teile des ihm zugewiesenen Feldes ab, die an das Gebiet zurückfallen:

- a) 20 Prozent des zugewiesenen Feldes bis zum Ende des dritten Jahres nach Abschluss des Vertrages;
- b) zusätzliche 10 Prozent des zugewiesenen Feldes bis zum Ende des fünften Jahres nach Abschluss des Vertrages; und
- c) weitere 20 Prozent des zugewiesenen Feldes oder in einer Größenordnung, die die Fläche des von der Behörde bestimmten Ausbeutungsfeldes überschreiten würde, nach acht Jahren vom Datum des Abschlusses des Vertrages, vorausgesetzt, dass ein Vertragsnehmer nicht einen Teil eines solchen Feldes abtreten muss, wenn das ihm zugewiesene Feld insgesamt nicht 75 000 Quadratkilometer überschreitet.

(2) Im Falle eines eingetragenen Pionierinvestors berücksichtigt der Vertrag gegebenenfalls den Abtretungszeitplan im Einklang mit den Bestimmungen seiner Eintragung als eingetragener Pionierinvestor.

(3) Der Rat kann unter außergewöhnlichen Umständen auf Antrag des Vertragsnehmers und auf Empfehlung der Kommission den Zeitplan der Abtretung aussetzen. Solche außergewöhnlichen Umstände werden vom Rat festgelegt und schließen unter anderem die Berücksichtigung der gegebenen wirtschaftlichen Lage oder sonstiger unvorhergesehener, außergewöhnlicher Umstände im Zusammenhang mit den betrieblichen Aktivitäten des Vertragsnehmers ein.

Bestimmung 26

Vertragsdauer

(1) Ein Arbeitsplan zur Erforschung wird für einen Zeitraum von 15 Jahren bestätigt. Nach Ablauf des Arbeitsplanes zur Erforschung beantragt der Vertragsnehmer einen Arbeitsplan zur Ausbeutung, wenn er dies nicht bereits getan oder eine Verlängerung des Arbeitsplanes zur Erforschung erwirkt hat oder beschließt, auf seine Rechte in dem vom Arbeitsplan zur Erforschung erfassten Feld zu verzichten.

(2) Spätestens sechs Monate vor Ablauf eines Arbeitsplanes zur Erforschung kann ein Vertragsnehmer Verlängerungen des Arbeitsplanes zur Erforschung um Zeiträume von jeweils höchstens fünf Jahren beantragen. Solche Verlängerungen werden auf Empfehlung der Kommission vom Rat genehmigt, wenn der Vertragsnehmer nach Treu und Glauben Anstrengungen unternommen hat, die Anforderungen des Arbeitsplanes zu erfüllen, aber aus Gründen außerhalb des Einflussbereiches des Vertragsnehmers nicht dazu in der Lage war, die notwendigen Vorbereitungsmaßnahmen abzuschließen, um zur Ausbeutung überzugehen, oder wenn die gegebene wirtschaftliche Lage es nicht rechtfertigt, zur Ausbeutung überzugehen.

Regulation 27**Training**

(1) Pursuant to article 15 of Annex III to the Convention, each contract shall include as a schedule a practical programme for the training of personnel of the Authority and developing States and drawn up by the contractor in cooperation with the Authority and the sponsoring State or States. Training programmes shall focus on training in the conduct of exploration, and shall provide for full participation by such personnel in all activities covered by the contract. Such training programmes may be revised and developed from time to time as necessary by mutual agreement.

(2) In the case of a registered pioneer investor, the contract shall take into account the training provided in accordance with the terms of its registration as a registered pioneer investor.

Regulation 28**Periodic review of the implementation of the plan of work for exploration**

(1) The contractor and the Secretary-General shall jointly undertake a periodic review of the implementation of the plan of work for exploration at intervals of five years. The Secretary-General may request the contractor to submit such additional data and information as may be necessary for the purposes of the review.

(2) In the light of the review, the contractor shall indicate its programme of activities for the following five-year period, making such adjustments to its previous programme of activities as are necessary.

(3) The Secretary-General shall report on the review to the Commission and to the Council. The Secretary-General shall indicate in the report whether any observations transmitted to him by States Parties to the Convention concerning the manner in which the contractor has discharged its obligations under these Regulations relating to the protection and preservation of the marine environment were taken into account in the review.

Regulation 29**Termination of sponsorship**

(1) Each contractor shall have the required sponsorship throughout the period of the contract.

(2) If a State terminates its sponsorship it shall promptly notify the Secretary-General in writing. The sponsoring State should also inform the Secretary-General of the reasons for terminating its sponsorship. Termination of sponsorship shall take effect six months after the date of receipt of the notification by the Secretary-General, unless the notification specifies a later date.

(3) In the event of termination of sponsorship the contractor shall, within the period referred to in paragraph 2, obtain another sponsor. Such sponsor shall submit a certificate of sponsorship in accordance with regulation 11. Failure to obtain a sponsor within the required period shall result in the termination of the contract.

(4) A sponsoring State shall not be discharged by reason of the termination of its sponsorship from any obligations accrued while it was a sponsoring State, nor shall such termination affect any legal rights and obligations created during such sponsorship.

(5) The Secretary-General shall notify the members of the Authority of the termination or change of sponsorship.

Bestimmung 27**Ausbildung**

(1) Gemäß Artikel 15 der Anlage III zum Seerechtsübereinkommen beinhaltet jeder Vertrag als Zeitplan ein praktisches Programm für die Ausbildung von Personal der Behörde und der Entwicklungsländer, das vom Vertragsnehmer zusammen mit der Behörde und dem befürwortenden Staat beziehungsweise den befürwortenden Staaten erstellt wird. Der Schwerpunkt von Ausbildungsprogrammen liegt auf der Ausbildung in der Durchführung der Erforschung, und sie sehen die umfassende Beteiligung dieses Personals an allen von dem Vertrag erfassten Tätigkeiten vor. Solche Ausbildungsprogramme können gegebenenfalls von Zeit zu Zeit in gegenseitigem Einvernehmen geändert und fortentwickelt werden.

(2) Im Falle eines eingetragenen Pionierinvestors berücksichtigt der Vertrag die gemäß den Bestimmungen seiner Eintragung als eingetragener Pionierinvestor erbrachte Ausbildung.

Bestimmung 28**Regelmäßige Überprüfung der Durchführung des Arbeitsplanes zur Erforschung**

(1) Der Vertragsnehmer und der Generalsekretär führen gemeinsam eine regelmäßige Überprüfung der Durchführung des Arbeitsplanes zur Erforschung im Abstand von fünf Jahren durch. Der Generalsekretär kann den Vertragsnehmer dazu auffordern, die zusätzlichen Daten und Informationen vorzulegen, die zum Zwecke dieser Überprüfung erforderlich sein können.

(2) Im Lichte der Überprüfung zeigt der Vertragsnehmer sein Tätigkeitsprogramm für den folgenden Fünfjahreszeitraum an, wobei er an seinem vorherigen Tätigkeitsprogramm die notwendigen Anpassungen vornimmt.

(3) Der Generalsekretär erstattet der Kommission und dem Rat Bericht über die Überprüfung. Der Generalsekretär gibt in dem Bericht an, ob von Vertragsstaaten des Seerechtsübereinkommens an ihn übermittelte Beobachtungen hinsichtlich der Art und Weise, in der der Vertragsnehmer seine Verpflichtungen gemäß diesen Bestimmungen bezüglich des Schutzes und des Erhalts der Meeresumwelt erfüllt hat, in der Überprüfung berücksichtigt wurden.

Bestimmung 29**Beendigung der Befürwortung**

(1) Jeder Vertragsnehmer muss während der Dauer des Vertrages über die erforderliche Befürwortung verfügen.

(2) Wenn ein Staat seine Befürwortung beendet, benachrichtigt er den Generalsekretär unverzüglich schriftlich darüber. Der befürwortende Staat informiert den Generalsekretär darüber hinaus über die Gründe für die Beendigung seiner Befürwortung. Die Beendigung der Befürwortung wird sechs Monate nach Erhalt der Notifikation durch den Generalsekretär wirksam, sofern die Notifikation kein späteres Datum nennt.

(3) Im Falle der Beendigung der Befürwortung muss der Vertragsnehmer innerhalb des in Absatz 2 genannten Zeitraumes einen anderen Befürworter finden. Dieser Befürworter legt eine Befürwortungsbescheinigung im Einklang mit Bestimmung 11 vor. Wenn nicht innerhalb des erforderlichen Zeitraumes ein Befürworter gefunden wird, wird der Vertrag beendet.

(4) Ein befürwortender Staat wird nicht aufgrund der Beendigung seiner Befürwortung von Verpflichtungen befreit, die entstanden sind, während er ein befürwortender Staat war, und eine solche Beendigung hat auch keine Auswirkungen auf Rechte und Pflichten, die während der Befürwortung entstanden sind.

(5) Der Generalsekretär benachrichtigt die Mitglieder der Behörde über die Beendigung oder den Wechsel der Befürworterschaft.

Regulation 30**Responsibility and liability**

Responsibility and liability of the contractor and of the Authority shall be in accordance with the Convention. The contractor shall continue to have responsibility for any damage arising out of wrongful acts in the conduct of its operations, in particular damage to the marine environment, after the completion of the exploration phase.

Part V**Protection and preservation of the marine environment****Regulation 31****Protection and preservation of the marine environment**

(1) The Authority shall, in accordance with the Convention and the Agreement, establish and keep under periodic review environmental rules, regulations and procedures to ensure effective protection for the marine environment from harmful effects which may arise from activities in the Area.

(2) In order to ensure effective protection for the marine environment from harmful effects which may arise from activities in the Area, the Authority and sponsoring States shall apply a precautionary approach, as reflected in principle 15 of the Rio Declaration,¹⁰⁾ to such activities. The Legal and Technical Commission shall make recommendations to the Council on the implementation of this paragraph.

(3) Pursuant to article 145 of the Convention and paragraph 2 of this regulation, each contractor shall take necessary measures to prevent, reduce and control pollution and other hazards to the marine environment arising from its activities in the Area as far as reasonably possible using the best technology available to it.

(4) Each contract shall require the contractor to gather environmental baseline data and to establish environmental baselines, taking into account any recommendations issued by the Legal and Technical Commission pursuant to regulation 38, against which to assess the likely effects of its programme of activities under the plan of work for exploration on the marine environment and a programme to monitor and report on such effects. The recommendations issued by the Commission may, inter alia, list those exploration activities which may be considered to have no potential for causing harmful effects on the marine environment. The contractor shall cooperate with the Authority and the sponsoring State or States in the establishment and implementation of such monitoring programme.

(5) The contractor shall report annually in writing to the Secretary-General on the implementation and results of the monitoring programme referred to in paragraph 4 and shall submit data and information, taking into account any recommendations issued by the Commission pursuant to regulation 38. The Secretary-General shall transmit such reports to the Commission for its consideration pursuant to article 165 of the Convention.

¹⁰⁾ Report of the United Nations Conference on Environment and Development, Rio de Janeiro, 3-14 June 1991 (United Nations publication, Sales No. E.91.1.8 and corrigenda), vol. 1: Resolutions adopted by the Conference, resolution 1, annex 1.

Bestimmung 30**Verantwortlichkeit und Haftung**

Die Verantwortlichkeit und Haftung des Vertragsnehmers und der Behörde richten sich nach dem Seerechtsübereinkommen. Der Vertragsnehmer bleibt nach Beendigung der Erforschungsphase für Schäden aufgrund von unrechtmäßigen Handlungen im Rahmen der Durchführung seiner Arbeiten, insbesondere für Schäden an der Meeresumwelt, verantwortlich.

Teil V**Schutz und Erhalt der Meeresumwelt****Bestimmung 31****Schutz und Erhalt der Meeresumwelt**

(1) Die Behörde legt in Übereinstimmung mit dem Seerechtsübereinkommen und dem Durchführungsübereinkommen Umweltregeln, -bestimmungen und -verfahren fest und überprüft diese regelmäßig, um den wirksamen Schutz der Meeresumwelt vor schädlichen Auswirkungen sicherzustellen, die aus Tätigkeiten im Gebiet resultieren können.

(2) Um den wirksamen Schutz der Meeresumwelt vor schädlichen Auswirkungen, die aus Tätigkeiten in dem Gebiet resultieren können, sicherzustellen, wenden die Behörde und die befürwortenden Staaten hinsichtlich solcher Tätigkeiten einen auf dem Vorsorgeprinzip basierenden Ansatz gemäß Grundsatze 15 der Erklärung von Rio¹⁰⁾ an. Die Rechts- und Fachkommission unterbreitet dem Rat Empfehlungen über die Umsetzung dieses Absatzes.

(3) Gemäß Artikel 145 des Seerechtsübereinkommens und Absatz 2 dieser Bestimmung ergreift jeder Vertragsnehmer notwendige Maßnahmen zur Verhütung, Verringerung und Bekämpfung der Verschmutzung und sonstiger Gefahren für die Meeresumwelt, die aus seinen Tätigkeiten im Gebiet resultieren, sofern dies angemessenerweise möglich ist und unter Verwendung der besten ihm zur Verfügung stehenden Technologie.

(4) Jeder Vertrag verlangt vom Vertragsnehmer, dass er Umwelt-Referenzdaten sammelt und Umwelt-Referenzen unter Berücksichtigung aller Empfehlungen der Rechts- und Fachkommission entsprechend Bestimmung 38 erstellt, gegenüber denen die wahrscheinlichen Auswirkungen seines Tätigkeitsprogramms im Rahmen des Arbeitsplanes zur Erforschung auf die Meeresumwelt und ein Programm zur Überwachung solcher Auswirkungen und Berichterstattung darüber bewertet werden. Die von der Kommission herausgegebenen Empfehlungen können unter anderem die Erforschungstätigkeiten nennen, bei denen man davon ausgehen kann, dass sie keine schädlichen Auswirkungen auf die Meeresumwelt haben. Der Vertragsnehmer arbeitet bei der Erstellung und Umsetzung eines solchen Überwachungsprogramms mit der Behörde und dem befürwortenden Staat beziehungsweise den befürwortenden Staaten zusammen.

(5) Der Vertragsnehmer erstattet jährlich schriftlich an den Generalsekretär Bericht über die Umsetzung und Ergebnisse des in Absatz 4 genannten Überwachungsprogramms und legt Daten und Informationen unter Berücksichtigung von durch die Kommission gemäß Bestimmung 38 abgegebenen Empfehlungen vor. Der Generalsekretär leitet solche Berichte zur Prüfung gemäß Artikel 165 des Seerechtsübereinkommens an die Kommission weiter.

¹⁰⁾ Bericht der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung, Rio de Janeiro, 3. bis 14. Juni 1991 (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Verkaufsnr. E.91.1.8 und Berichtigungen), Band 1: Von der Konferenz angenommene Beschlüsse, Beschluss 1, Anlage 1.

(6) Contractors, sponsoring States and other interested States or entities shall cooperate with the Authority in the establishment and implementation of programmes for monitoring and evaluating the impacts of deep seabed mining on the marine environment.

(7) If the Contractor applies for exploitation rights, it shall propose areas to be set aside and used exclusively as impact reference zones and preservation reference zones. "Impact reference zones" means areas to be used for assessing the effect of each contractor's activities in the Area on the marine environment and which are representative of the environmental characteristics of the Area. "Preservation reference zones" means areas in which no mining shall occur to ensure representative and stable biota of the seabed in order to assess any changes in the flora and fauna of the marine environment.

Regulation 32

Emergency orders

(1) When the Secretary-General has been notified by a contractor or otherwise becomes aware of an incident resulting from or caused by a contractor's activities in the Area that has caused, or is likely to cause, serious harm to the marine environment, the Secretary-General shall issue a general notification of the incident, shall notify in writing the contractor and the sponsoring State or States, and shall report immediately to the Legal and Technical Commission and to the Council. A copy of the report shall be circulated to all members of the Authority, to competent international organizations and to concerned subregional, regional and global organizations and bodies. The Secretary-General shall monitor developments with respect to all such incidents and shall report on them as appropriate to the Commission and to the Council.

(2) Pending any action by the Council, the Secretary-General shall take such immediate measures of a temporary nature as are practical and reasonable in the circumstances to prevent, contain and minimize serious harm to the marine environment. Such temporary measures shall remain in effect for no longer than 90 days, or until the Council decides what measures, if any, to take pursuant to paragraph 5 of this regulation, whichever is the earlier.

(3) After having received the report of the Secretary-General, the Commission shall determine, based on the evidence provided to it and taking into account the measures already taken by the contractor, which measures are necessary to respond effectively to the incident in order to prevent, contain and minimize the serious harm, and shall make its recommendations to the Council.

(4) The Council shall consider the recommendations of the Commission.

(5) The Council, taking into account the recommendations of the Commission and any information provided by the Contractor, may issue emergency orders, which may include orders for the suspension or adjustment of operations, as may be reasonably necessary to prevent, contain and minimize serious harm to the marine environment arising out of activities in the Area.

(6) If a contractor does not promptly comply with an emergency order to prevent serious harm to the marine environment arising out of its activities in the Area, the Council shall take by itself or through arrangements with others on its behalf, such practical measures as are necessary to prevent, contain and minimize any such serious harm to the marine environment.

(6) Vertragsnehmer, befürwortende Staaten und andere interessierte Staaten oder Rechtsträger arbeiten bei der Erstellung und Umsetzung von Programmen zur Überwachung und Bewertung der Beeinflussungen der Meeresumwelt durch den Tiefseebergbau mit der Behörde zusammen.

(7) Wenn der Vertragsnehmer Ausbeutungsrechte beantragt, schlägt er Gebiete vor, die als Beeinflussungs-Referenzzonen und Erhaltungs-Referenzzonen ausgewiesen und ausschließlich zu diesem Zweck genutzt werden. „Beeinflussungs-Referenzzonen“ bedeutet Felder, die zur Bewertung der Auswirkung der Tätigkeiten eines Vertragsnehmers im Gebiet auf die Meeresumwelt genutzt werden und die für die Umwelteigenschaften des Gebietes repräsentativ sind. „Erhaltungs-Referenzzonen“ bedeutet Gebiete, in denen kein Abbau durchgeführt wird, um eine repräsentative und stabile Lebensgemeinschaft des Meeresbodens zur Bewertung von Veränderungen der Flora und Fauna der Meeresumwelt sicherzustellen.

Bestimmung 32

Notfallanordnungen

(1) Wenn dem Generalsekretär durch einen Vertragsnehmer ein Zwischenfall mitgeteilt wurde oder er auf andere Weise auf einen aus den Tätigkeiten eines Vertragsnehmers im Gebiet resultierenden oder dadurch verursachten Zwischenfall aufmerksam wird, der zu einem erheblichen Schaden an der Meeresumwelt geführt hat oder wahrscheinlich dazu führen könnte, gibt der Generalsekretär den Zwischenfall allgemein bekannt, informiert den Vertragsnehmer und den befürwortenden Staat beziehungsweise die befürwortenden Staaten schriftlich darüber und erstattet der Rechts- und Fachkommission und dem Rat unverzüglich Bericht. Eine Abschrift des Berichts wird an alle Mitglieder der Behörde, die zuständigen internationalen Organisationen und die betroffenen lokalen, regionalen und globalen Organisationen und Organe in Umlauf gesetzt. Der Generalsekretär überwacht Entwicklungen hinsichtlich aller derartigen Zwischenfälle und erstattet gegebenenfalls Bericht an die Kommission und den Rat.

(2) Bis zur Ergreifung von Maßnahmen seitens des Rates ergreift der Generalsekretär praktische und den Umständen angemessene, zeitlich befristete Sofortmaßnahmen zur Verhütung, Eindämmung und Verringerung eines erheblichen Schadens an der Meeresumwelt. Solche zeitlich befristeten Maßnahmen bleiben höchstens 90 Tage in Kraft oder so lange, bis der Rat beschließt, welche Maßnahmen gegebenenfalls gemäß Absatz 5 dieser Bestimmung ergriffen werden, je nachdem, was eher eintritt.

(3) Nach Erhalt des Berichts des Generalsekretärs beschließt die Kommission auf der Grundlage der ihr vorgelegten Nachweise und unter Berücksichtigung der von dem Vertragsnehmer bereits ergriffenen Maßnahmen, welche Maßnahmen notwendig sind, um auf den Zwischenfall zur Verhütung, Eindämmung und Verringerung des erheblichen Schadens wirksam zu reagieren und legt dem Rat ihre Empfehlungen vor.

(4) Der Rat erörtert die Empfehlungen der Kommission.

(5) Der Rat kann unter Berücksichtigung der Empfehlungen der Kommission und jeglicher vom Vertragsnehmer vorgelegten Informationen Notfallanordnungen erlassen, die Anordnungen zur Einstellung oder Anpassung von Arbeiten umfassen können, welche angemessenerweise zur Verhütung, Eindämmung und Verringerung eines erheblichen Schadens an der Meeresumwelt aufgrund von Tätigkeiten im Gebiet notwendig sind.

(6) Wenn ein Vertragsnehmer nicht unverzüglich eine Notfallanordnung zur Verhütung eines aufgrund seiner Tätigkeiten im Gebiet entstandenen erheblichen Schadens an der Meeresumwelt befolgt, ergreift der Rat selbst oder durch Vereinbarungen mit anderen an seiner Stelle die notwendigen praktischen Maßnahmen zur Verhütung, Eindämmung und Verringerung jedes solchen erheblichen Schadens an der Meeresumwelt.

(7) In order to enable the Council, when necessary, to take immediately the practical measures to prevent, contain and minimize serious harm to the marine environment referred to in paragraph 6, the contractor, prior to the commencement of testing of collecting systems and processing operations, will provide the Council with a guarantee of its financial and technical capability to comply promptly with emergency orders or to assure that the Council can take such emergency measures. If the contractor does not provide the Council with such a guarantee, the sponsoring State or States shall, in response to a request by the Secretary-General and pursuant to articles 139 and 235 of the Convention, take necessary measures to ensure that the contractor provides such a guarantee or shall take measures to ensure that assistance is provided to the Authority in the discharge of its responsibilities under paragraph 6.¹¹⁾

Regulation 33

Rights of coastal States

(1) Nothing in these Regulations shall affect the rights of coastal States in accordance with article 142 and other relevant provisions of the Convention.

(2) Any coastal State which has grounds for believing that any activity in the Area by a contractor is likely to cause serious harm to the marine environment under its jurisdiction or sovereignty may notify the Secretary-General in writing of the grounds upon which such belief is based. The Secretary-General shall provide the Contractor and its sponsoring State or States with a reasonable opportunity to examine the evidence, if any, provided by the coastal State as the basis for its belief. The contractor and its sponsoring State or States may submit their observations thereon to the Secretary-General within a reasonable time.

(3) If there are clear grounds for believing that serious harm to the marine environment is likely to occur, the Secretary-General shall act in accordance with regulation 32 and, if necessary, shall take immediate measures of a temporary nature as provided for in paragraph 2 of regulation 32.

Regulation 34

Objects of an archaeological or historical nature

The contractor shall immediately notify the Secretary-General in writing of any finding in the exploration area of an object of an archaeological or historical nature and its location. The Secretary-General shall transmit such information to the Director-General of the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization. Following the finding of any such object of an archaeological or historical nature in the exploration area, the contractor shall take all reasonable measures to avoid disturbing such object.

Part VI

Confidentiality

Regulation 35

Proprietary data and information and confidentiality

(1) Data and information submitted or transferred to the

¹¹⁾ See ISBA/6/C/12 (Decision of the Council relating to the regulations on prospecting and exploration for polymetallic nodules in the Area).

(7) Um es dem Rat zu ermöglichen, gegebenenfalls die in Absatz 6 genannten praktischen Maßnahmen zur Verhütung, Eindämmung und Verringerung eines erheblichen Schadens an der Meeresumwelt unverzüglich zu ergreifen, legt der Vertragsnehmer dem Rat vor Beginn der Erprobung von Abbausystemen und Verarbeitungsmaßnahmen eine Garantie seiner finanziellen und technischen Möglichkeiten vor, um unverzüglich den Notfallanordnungen Folge leisten beziehungsweise sicherstellen zu können, dass der Rat derartige Notfallmaßnahmen ergreifen kann. Wenn der Vertragsnehmer dem Rat nicht eine solche Garantie vorlegt, ergreift der befürwortende Staat beziehungsweise ergreifen die befürwortenden Staaten als Reaktion auf eine Anfrage des Generalsekretärs und gemäß Artikel 139 und 235 des Seerechtsübereinkommens notwendige Maßnahmen, um sicherzustellen, dass der Vertragsnehmer eine solche Garantie vorlegt oder, um sicherzustellen, dass die Behörde bei der Erfüllung ihrer Obliegenheiten gemäß Absatz 6 Unterstützung erfährt.¹¹⁾

Bestimmung 33

Rechte von Küstenstaaten

(1) Die Rechte von Küstenstaaten gemäß Artikel 142 und anderen einschlägigen Bestimmungen des Seerechtsübereinkommens bleiben von diesen Bestimmungen unberührt.

(2) Jeder Küstenstaat, der Gründe zu der Annahme hat, dass eine Tätigkeit im Gebiet seitens eines Vertragsnehmers wahrscheinlich erheblichen Schaden an der Meeresumwelt unter seiner Hoheitsbefugnis oder Souveränität verursachen wird, kann dem Generalsekretär schriftlich die Gründe mitteilen, auf denen eine solche Annahme beruht. Der Generalsekretär gibt dem Vertragsnehmer und dessen befürwortendem Staat beziehungsweise befürwortenden Staaten angemessene Gelegenheit, die von dem Küstenstaat als Grund für dessen Annahme gegebenenfalls vorgelegten Nachweise zu prüfen. Der Vertragsnehmer und dessen befürwortender Staat beziehungsweise befürwortende Staaten können ihre Bemerkungen dazu dem Generalsekretär innerhalb eines angemessenen Zeitraumes vorlegen.

(3) Wenn eindeutige Gründe für die Annahme vorliegen, dass erheblicher Schaden an der Meeresumwelt entstehen könnte, handelt der Generalsekretär in Übereinstimmung mit Bestimmung 32 und ergreift gegebenenfalls zeitlich befristete Sofortmaßnahmen gemäß Bestimmung 32 Absatz 2.

Bestimmung 34

Gegenstände archäologischer oder historischer Art

Der Vertragsnehmer benachrichtigt den Generalsekretär unverzüglich schriftlich über jeden Fund eines Gegenstandes archäologischer oder historischer Art in dem Erforschungsfeld und über dessen Fundstelle. Der Generalsekretär leitet diese Information an den Generaldirektor der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur weiter. Nach dem Fund eines jeden solchen Gegenstandes archäologischer oder historischer Art in dem Erforschungsfeld ergreift der Vertragsnehmer alle angemessenen Maßnahmen zur Vermeidung der Beeinträchtigung dieses Gegenstandes.

Teil VI

Vertraulichkeit

Bestimmung 35

Geschützte Daten und Informationen und Vertraulichkeit

(1) Daten und Informationen, die der Behörde oder jeder an

¹¹⁾ Siehe ISBA/6/C/12 (Beschluss des Rates bezüglich der Vorschriften über die Prospektion und Erforschung polymetallischer Knollen im Gebiet).

Authority or to any person participating in any activity or programme of the Authority pursuant to these Regulations or a contract issued under these Regulations, and designated by the contractor, in consultation with the Secretary-General, as being of a confidential nature, shall be considered confidential unless it is data and information which:

- (a) Is generally known or publicly available from other sources;
- (b) Has been previously made available by the owner to others without an obligation concerning its confidentiality; or
- (c) Is already in the possession of the Authority with no obligation concerning its confidentiality.

(2) Confidential data and information may only be used by the Secretary-General and staff of the Secretariat, as authorized by the Secretary-General, and by the members of the Legal and Technical Commission as necessary for and relevant to the effective exercise of their powers and functions. The Secretary-General shall authorize access to such data and information only for limited use in connection with the functions and duties of the staff of the Secretariat and the functions and duties of the Legal and Technical Commission.

(3) Ten years after the date of submission of confidential data and information to the Authority or the expiration of the contract for exploration, whichever is the later, and every five years thereafter, the Secretary-General and the contractor shall review such data and information to determine whether they should remain confidential. Such data and information shall remain confidential if the contractor establishes that there would be a substantial risk of serious and unfair economic prejudice if the data and information were to be released. No such data and information shall be released until the contractor has been accorded a reasonable opportunity to exhaust the judicial remedies available to it pursuant to Part XI, section 5, of the Convention.

(4) If, at any time following the expiration of the contract for exploration, the contractor enters into a contract for exploitation in respect of any part of the exploration area, confidential data and information relating to that part of the area shall remain confidential in accordance with the contract for exploitation.

(5) The contractor may at any time waive confidentiality of data and information.

Regulation 36

Procedures to ensure confidentiality

(1) The Secretary-General shall be responsible for maintaining the confidentiality of all confidential data and information and shall not, except with the prior written consent of the contractor, release such data and information to any person external to the Authority. To ensure the confidentiality of such data and information, the Secretary-General shall establish procedures, consistent with the provisions of the Convention, governing the handling of confidential information by members of the Secretariat, members of the Legal and Technical Commission and any other person participating in any activity or programme of the Authority. Such procedures shall include:

- (a) Maintenance of confidential data and information in secure facilities and development of security procedures to prevent unauthorized access to or removal of such data and information;
- (b) Development and maintenance of a classification, log and inventory system of all written data and information received, including its type and source and routing from the

einer Tätigkeit oder einem Programm der Behörde gemäß diesen Bestimmungen oder einem im Einklang mit diesen Bestimmungen geschlossenen Vertrag vorgelegt oder an sie weitergeleitet werden und die vom Vertragsnehmer in Absprache mit dem Generalsekretär als vertraulich eingestuft werden, sind als vertraulich anzusehen, es sei denn, es handelt sich um Daten und Informationen, die

- a) allgemein bekannt oder in anderen Quellen öffentlich zugänglich sind;
- b) zuvor vom Besitzer Anderen ohne die Auflage der Vertraulichkeit zugänglich gemacht worden sind;
- c) sich bereits ohne Auflagen bezüglich der Vertraulichkeit im Besitz der Behörde befinden.

(2) Vertrauliche Daten und Informationen dürfen nur vom Generalsekretär und mit Genehmigung des Generalsekretärs vom Personal des Sekretariats sowie von den Mitgliedern der Rechts- und Fachkommission verwendet werden, soweit dies für die wirksame Ausübung ihrer Befugnisse und Aufgaben notwendig und maßgeblich ist. Der Generalsekretär genehmigt den Zugang zu diesen Daten und Informationen nur für begrenzten Gebrauch im Zusammenhang mit den Aufgaben und Pflichten des Personals des Sekretariats sowie mit den Aufgaben und Pflichten der Rechts- und Fachkommission.

(3) Zehn Jahre nach dem Zeitpunkt der Vorlage vertraulicher Daten und Informationen an die Behörde oder nach Ablauf des Vertrages zur Erforschung, je nachdem, was später eintritt, und alle fünf Jahre danach überprüfen der Generalsekretär und der Vertragsnehmer diese Daten und Informationen, um festzulegen, ob sie vertraulich bleiben sollen. Diese Daten und Informationen bleiben vertraulich, wenn der Vertragsnehmer nachweist, dass ein substantielles Risiko eines ernsthaften und unlauteren wirtschaftlichen Nachteils bestehen würde, wenn die Daten und Informationen freigegeben würden. Solche Daten und Informationen werden nicht freigegeben, bis dem Vertragsnehmer eine angemessene Gelegenheit gegeben wurde, die ihm gemäß Teil XI Abschnitt 5 des Seerechtsübereinkommens zur Verfügung stehenden Rechtsmittel auszuschöpfen.

(4) Wenn der Vertragsnehmer zu irgendeinem Zeitpunkt nach Ablauf des Erforschungsvertrages hinsichtlich eines Teiles des Erforschungsfeldes einen Ausbeutungsvertrag abschließt, bleiben vertrauliche Daten und Informationen bezüglich dieses Teiles des Feldes in Übereinstimmung mit dem Vertrag zur Ausbeutung vertraulich.

(5) Der Vertragsnehmer kann jederzeit auf die Vertraulichkeit von Daten und Informationen verzichten.

Bestimmung 36

Verfahren zur Sicherstellung der Vertraulichkeit

(1) Der Generalsekretär ist für die Einhaltung der Vertraulichkeit aller vertraulichen Daten und Informationen verantwortlich und gibt diese Daten und Informationen ohne die vorherige schriftliche Zustimmung des Vertragsnehmers nicht an Personen außerhalb der Behörde frei. Zur Sicherstellung der Vertraulichkeit dieser Daten und Informationen legt der Generalsekretär im Einklang mit den Bestimmungen des Seerechtsübereinkommens Verfahren hinsichtlich der Handhabung von vertraulichen Informationen durch Mitglieder des Sekretariats, Mitglieder der Rechts- und Fachkommission sowie sonstige Personen, die an einer Tätigkeit oder an einem Programm der Behörde beteiligt sind, fest. Diese Verfahren umfassen

- a) die Aufbewahrung von vertraulichen Daten und Informationen in sicheren Einrichtungen und die Entwicklung von Sicherheitsverfahren zur Vermeidung unerlaubten Zugangs zu diesen Daten und Informationen oder der Entfernung dieser Daten und Informationen;
- b) die Entwicklung und Pflege eines Klassifikations-, Registrierungs- und Inventarsystems aller eingegangenen schriftlichen Daten und Informationen einschließlich ihrer Art, ihrer

time of receipt until final disposition.

(2) A person who is authorized pursuant to these Regulations to have access to confidential data and information shall not disclose such data and information except as permitted under the Convention and these Regulations. The Secretary-General shall require any person who is authorized to have access to confidential data and information to make a written declaration witnessed by the Secretary-General or his or her authorized representative to the effect that the person so authorized:

- (a) Acknowledges his or her legal obligation under the Convention and these Regulations with respect to the non-disclosure of confidential data and information;
- (b) Agrees to comply with the applicable regulations and procedures established to ensure the confidentiality of such data and information.

(3) The Legal and Technical Commission shall protect the confidentiality of confidential data and information submitted to it pursuant to these Regulations or a contract issued under these Regulations. In accordance with the provisions of article 163, paragraph 8, of the Convention, members of the Commission shall not disclose, even after the termination of their functions, any industrial secret, proprietary data which are transferred to the Authority in accordance with Annex III, article 14, of the Convention, or any other confidential information coming to their knowledge by reason of their duties for the Authority.

(4) The Secretary-General and staff of the Authority shall not disclose, even after the termination of their functions with the Authority, any industrial secret, proprietary data which are transferred to the Authority in accordance with Annex III, article 14, of the Convention, or any other confidential information coming to their knowledge by reason of their employment with the Authority.

(5) Taking into account the responsibility and liability of the Authority pursuant to Annex III, article 22, of the Convention, the Authority may take such action as may be appropriate against any person who, by reason of his or her duties for the Authority, has access to any confidential data and information and who is in breach of the obligations relating to confidentiality contained in the Convention and these Regulations.

Quelle und ihres Verbleibs vom Zeitpunkt des Eingangs bis zur endgültigen Verfügung.

(2) Eine Person, die gemäß diesen Bestimmungen zum Zugang zu vertraulichen Daten und Informationen berechtigt ist, darf diese Daten und Informationen nicht bekannt geben, es sei denn, dass dies nach dem Seerechtsübereinkommen und diesen Bestimmungen gestattet ist. Der Generalsekretär verlangt von Personen, die zum Zugang zu vertraulichen Daten und Informationen berechtigt sind, eine vom Generalsekretär oder seinem bevollmächtigten Vertreter bezeugte schriftliche Erklärung abzugeben, die besagt, dass die berechtigte Person

- a) ihre Verpflichtung gemäß dem Seerechtsübereinkommen und diesen Bestimmungen hinsichtlich der Nichtweitergabe vertraulicher Daten und Informationen anerkennt;
- b) sich dazu bereit erklärt, die anwendbaren Bestimmungen und Verfahren zu beachten, die zur Sicherstellung der Vertraulichkeit dieser Daten und Informationen festgelegt wurden.

(3) Die Rechts- und Fachkommission schützt die Vertraulichkeit der ihr gemäß diesen Bestimmungen oder einem im Einklang mit diesen Bestimmungen abgeschlossenen Vertrag vorgelegten vertraulichen Daten und Informationen. In Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Artikels 163 Absatz 8 des Seerechtsübereinkommens dürfen Mitglieder der Kommission auch nach Beendigung ihrer Aufgaben keine Industriegeheimnisse und geschützten Daten, die der Behörde gemäß Artikel 14 der Anlage III des Seerechtsübereinkommens übermittelt wurden, oder sonstige vertrauliche Informationen, von denen sie aufgrund ihrer Pflichten für die Behörde Kenntnis erlangen, enthüllen.

(4) Der Generalsekretär und das Personal der Behörde dürfen auch nach Beendigung ihrer Aufgaben bei der Behörde keine Industriegeheimnisse und geschützten Daten enthüllen, die der Behörde gemäß Artikel 14 der Anlage III des Seerechtsübereinkommens übermittelt wurden, oder sonstige vertrauliche Informationen, von denen sie aufgrund ihrer Beschäftigung bei der Behörde Kenntnis erlangen.

(5) Unter Berücksichtigung der Verantwortlichkeit und Haftung der Behörde gemäß Artikel 22 der Anlage III des Seerechtsübereinkommens kann die Behörde geeignete Maßnahmen gegen jede Person ergreifen, die aufgrund ihrer Aufgaben bei der Behörde Zugang zu vertraulichen Daten und Informationen hat und die in dem Seerechtsübereinkommen und in diesen Bestimmungen genannten Pflichten hinsichtlich der Vertraulichkeit verletzt.

Part VII

General procedures

Regulation 37

Notice and general procedures

(1) Any application, request, notice, report, consent, approval, waiver, direction or instruction hereunder shall be made by the Secretary-General or by the designated representative of the prospector, applicant or contractor, as the case may be, in writing. Service shall be by hand, or by telex, facsimile or registered airmail to the Secretary-General at the headquarters of the Authority or to the designated representative.

Teil VII

Allgemeine Verfahren

Bestimmung 37

Mitteilung und allgemeine Verfahren

(1) Alle Anträge, Anfragen, Mitteilungen, Berichte, Zustimmungen, Genehmigungen, Verzichtserklärungen, Anordnungen oder Anweisungen gemäß diesen Bestimmungen erfolgen schriftlich durch den Generalsekretär beziehungsweise gegebenenfalls den benannten Repräsentanten des Prospektors, Antragstellers oder Vertragsnehmers. Sie werden dem Generalsekretär am Hauptsitz der Behörde beziehungsweise dem benannten Repräsentanten durch Boten, per Telex, Telefax oder eingeschriebener Luftpost zugestellt.

(2) Delivery by hand shall be effective when made. Delivery by telex shall be deemed to be effective on the business day following the day when the "answer back" appears on the sender's telex machine. Delivery by facsimile shall be effective when the "transmit confirmation sport" confirming the transmission to the recipient's published facsimile number is received by the transmitter. Delivery by registered airmail shall be deemed to be effective 21 days after posting.

(3) Notice to the designated representative of the prospector, applicant or contractor shall constitute effective notice to the prospector, applicant or contractor for all purposes under these Regulations, and the designated representative shall be the agent of the prospector, applicant or contractor for the service of process or notification in any proceeding of any court or tribunal having jurisdiction.

(4) Notice to the Secretary-General shall constitute effective notice to the Authority for all purposes under these Regulations, and the Secretary-General shall be the Authority's agent for the service of process or notification in any proceeding of any court or tribunal having jurisdiction.

Regulation 38

Recommendations for the guidance of contractors

(1) The Legal and Technical Commission may from time to time issue recommendations of a technical or administrative nature for the guidance of contractors to assist them in the implementation of the rules, regulations and procedures of the Authority.

(2) The full text of such recommendations shall be reported to the Council. Should the Council find that a recommendation is inconsistent with the intent and purpose of these Regulations, it may request that the recommendation be modified or withdrawn.

Part VIII

Settlement of disputes

Regulation 39

Disputes

(1) Disputes concerning the interpretation or application of these Regulations shall be settled in accordance with Part XI, section 5, of the Convention.

(2) Any final decision rendered by a court or tribunal having jurisdiction under the Convention relating to the rights and obligations of the Authority and of the Contractor shall be enforceable in the territory of each State Party to the Convention.

Part IX

Resources other than polymetallic nodules

Regulation 40

Resources other than polymetallic nodules

If a prospector or contractor finds resources in the Area other than polymetallic nodules, the prospecting and exploration for and exploitation of such resources shall be subject to the rules, regulations and procedures of the Authority relating to such resources in accordance with the Convention and the Agreement.

(2) Die Zustellung durch Boten gilt als wirksam, sobald sie erfolgt ist. Die Zustellung per Telex gilt an dem Geschäftstag nach dem Tag als wirksam, an dem „Rückantwort“ auf dem Telexgerät des Absenders erscheint. Die Zustellung per Telefax gilt als wirksam, wenn der Absender den „Sendebericht“ zur Bestätigung der Übertragung an die veröffentlichte Telefaxnummer des Empfängers erhält. Die Zustellung per eingeschriebener Luftpost gilt 21 Tage nach Aufgabe als wirksam.

(3) Eine Mitteilung an den benannten Repräsentanten des Prospektors, Antragstellers oder Vertragsnehmers stellt für alle Zwecke gemäß diesen Bestimmungen eine wirksame Mitteilung an den Prospektor, Antragsteller oder Vertragsnehmer dar, und der benannte Repräsentant ist für die Zustellung der Ladung und der Klageschrift oder von Benachrichtigungen in allen Verfahren von zuständigen Gerichten oder Gerichtshöfen der Bevollmächtigte des Prospektors, Antragstellers oder Vertragsnehmers.

(4) Eine Mitteilung an den Generalsekretär stellt für alle Zwecke dieser Bestimmungen eine wirksame Mitteilung an die Behörde dar, und der Generalsekretär ist für die Zustellung der Ladung und der Klageschrift oder von Mitteilungen in allen Verfahren von zuständigen Gerichten oder Gerichtshöfen der Bevollmächtigte der Behörde.

Bestimmung 38

Empfehlungen zur Anleitung von Vertragsnehmern

(1) Die Rechts- und Fachkommission kann von Zeit zu Zeit Empfehlungen technischer oder administrativer Art zur Anleitung von Vertragsnehmern abgeben, um sie bei der Umsetzung der Regeln, Bestimmungen und Verfahren der Behörde zu unterstützen.

(2) Über den vollständigen Wortlaut dieser Empfehlungen wird dem Rat Bericht erstattet. Wenn der Rat der Meinung ist, dass eine Empfehlung nicht mit der Absicht und dem Zweck dieser Bestimmungen im Einklang steht, kann er verlangen, dass die Empfehlung geändert oder widerrufen wird.

Teil VIII

Streitbeilegung

Bestimmung 39

Streitigkeiten

(1) Streitigkeiten bezüglich der Auslegung oder Anwendung dieser Bestimmungen werden gemäß Teil XI Abschnitt 5 des Seerechtsübereinkommens beigelegt.

(2) Jedes rechtskräftige Urteil eines gemäß dem Seerechtsübereinkommen entscheidungsbefugten Gerichts oder Gerichtshofs hinsichtlich der Rechte und Pflichten der Behörde und des Vertragsnehmers ist in dem Hoheitsgebiet jedes Vertragsstaates des Seerechtsübereinkommens vollstreckbar.

Teil IX

Andere Ressourcen als polymetallische Knollen

Bestimmung 40

Andere Ressourcen als polymetallische Knollen

Wenn ein Prospektor oder Vertragsnehmer in dem Gebiet andere Ressourcen als polymetallische Knollen findet, unterliegen die Prospektion, Erforschung und die Ausbeutung dieser Ressourcen den Regeln, Bestimmungen und Verfahren der Behörde bezüglich solcher Ressourcen gemäß dem Seerechtsübereinkommen und dem Durchführungsübereinkommen.

Annex 1**Notification of intention to engage in prospecting**

1. Name of prospector:
2. Street address of prospector:
3. Postal address (if different from above):
4. Telephone number:
5. Facsimile number:
6. Electronic mail address:
7. Nationality of prospector:
8. If prospector is a juridical person, identify prospector's
 - (a) Place of registration; and
 - (b) Principal place of business/domicile.
and attach a copy of the prospector's certificate of registration.
9. Name of prospector's designated representative:
10. Street of prospector's designated representative (if different from above):
11. Postal address (if different from above):
12. Telephone number:
13. Facsimile number:
14. Electronic mail address:
15. Attach the coordinates of the broad area or areas in which prospecting is to be conducted (in accordance with the World Geodetic System WGS 84).
16. Attach a general description of the prospecting programme, including the date of commencement and the approximate duration of the programme.
17. Attach a written undertaking that the prospector will:
 - (a) Comply with the Convention and the relevant rules, regulations and procedures of the Authority concerning:
 - (i) Cooperation in the training programmes in connection with marine scientific research and transfer of technology referred to in articles 143 and 144 of the Convention; and
 - (ii) Protection and preservation of the marine environment; and
 - (b) Accept verification by the Authority of compliance therewith.
18. List hereunder all the attachments and annexes to this notification (all data and information should be submitted in hard copy and in a digital format specified by the Authority)

Date: _____

Signature of prospector's designated representative

Attestation:

Signature of person attesting_____
Name of person attesting_____
Title of person attesting**Anlage 1****Mitteilung über die Prospektionsabsicht**

1. Name des Prospektors:
2. Hausanschrift des Prospektors:
3. Postanschrift des Prospektors (falls nicht mit obiger identisch):
4. Telefon-Nummer:
5. Telefax-Nummer:
6. E-mail-Adresse:
7. Staatsangehörigkeit des Prospektors:
8. Wenn es sich bei dem Prospektor um eine juristische Person handelt, nennen Sie
 - a) den Eintragungsort und
 - b) den Hauptgeschäfts-/Wohnsitz des Prospektors und fügen Sie eine Kopie der Eintragungsbestätigung des Prospektors bei.
9. Name des benannten Repräsentanten des Prospektors:
10. Hausanschrift des benannten Repräsentanten des Prospektors (falls nicht mit obiger identisch):
11. Postanschrift (falls nicht mit obiger identisch):
12. Telefon-Nummer:
13. Telefax-Nummer:
14. E-mail-Adresse:
15. Fügen Sie die Koordinaten des ungefähren Feldes beziehungsweise der Felder bei, in denen die Prospektion durchgeführt werden soll (in Übereinstimmung mit dem Internationalen Geodätischen System WGS 84).
16. Fügen Sie eine allgemeine Beschreibung des Prospektionsprogramms einschließlich des Zeitpunktes des Beginns und der ungefähren Dauer des Programms bei.
17. Fügen Sie eine schriftliche Erklärung bei, in der sich der Prospektor verpflichtet,
 - a) das Seerechtsübereinkommen und die einschlägigen Regeln, Bestimmungen und Verfahren der Behörde bezüglich
 - (i) der Zusammenarbeit bei den Ausbildungsprogrammen im Zusammenhang mit wissenschaftlicher Meeresforschung und der Weitergabe von Technologie gemäß Artikel 143 und 144 des Seerechtsübereinkommens und
 - (ii) des Schutzes und Erhalts der Meeresumwelt zu beachten und
 - b) die Überprüfung der Einhaltung derselben durch die Behörde zu akzeptieren.
18. Nennen Sie alle Anhänge und Anlagen zu dieser Notifikation (alle Daten und Informationen sollten auf Papier und in einem von der Behörde festgelegten digitalen Format unterbreitet werden).

Datum: _____

Unterschrift des benannten Repräsentanten des Prospektors

Beglaubigung:

Unterschrift der beglaubigenden Person_____
Name der beglaubigenden Person_____
Amtsbezeichnung der beglaubigenden Person

Annex 2**Application for approval of a plan
of work for exploration to obtain a contract****Section I****Information concerning the applicant**

1. Name of applicant:
2. Street address of applicant:
3. Postal address (if different from above):
4. Telephone number:
5. Facsimile number:
6. Electronic mail address:
7. Name of applicant's designated representative:
8. Street address of applicant's designated representative (if different from above):
9. Postal address (if different from above):
10. Telephone number:
11. Facsimile number:
12. Electronic mail address:
13. If the applicant is a juridical person, identify applicant's
 - (a) Place of registration; and
 - (b) Principal place of business/domicile.
And attach a copy of the applicant's certificate of registration.
14. Identify the sponsoring State or States.
15. In respect of each sponsoring State, provide the date of deposit of its instrument of ratification of, or accession or succession to, the 1982 United Nations Convention on the Law of the Sea and the date of its consent to be bound by the Agreement relating to the Implementation of Part XI of the United Nations Convention on the Law of the Sea of 10 December 1982.
16. A certificate of sponsorship issued by the sponsoring State must be attached with this application. If the applicant has more than one nationality, as in the case of a partnership or consortium of entities from more than one State, certificates of sponsorship issued by each of the States involved must be attached.

Section II**Information relating to the area under application**

17. Define the boundaries of the area under application by attaching a list of geographical coordinates (in accordance with the World Geodetic System WGS 84).
18. Attach a chart (on a scale and projection specified by the Authority) and a list of the coordinates dividing the total area into two parts of equal estimated commercial value.
19. Include in an attachment sufficient information to enable the Council to designate a reserved area based on the estimated commercial value of each part of the area under application. Such attachment must include the data available to the applicant with respect to both parts of the area under application, including:

Anlage 2**Antrag auf Bestätigung eines Arbeitsplanes
zur Erforschung für einen Vertragsabschluss****Abschnitt I****Informationen über den Antragsteller**

1. Name des Antragstellers:
2. Hausanschrift des Antragstellers:
3. Postanschrift (falls nicht mit obiger identisch):
4. Telefon-Nummer:
5. Telefax-Nummer:
6. E-mail-Adresse:
7. Name des benannten Repräsentanten des Antragstellers:
8. Hausanschrift des benannten Repräsentanten des Antragstellers (falls nicht mit obiger identisch):
9. Postanschrift (falls nicht mit obiger identisch):
10. Telefon-Nummer:
11. Telefax-Nummer:
12. E-mail-Adresse:
13. Wenn es sich bei dem Antragsteller um eine juristische Person handelt, nennen Sie
 - a) den Eintragungsort und
 - b) den Hauptgeschäfts-/Wohnsitz des Antragstellers und fügen Sie eine Kopie der Eintragungsbestätigung des Antragstellers bei.
14. Nennen Sie den befürwortenden Staat beziehungsweise die befürwortenden Staaten.
15. Nennen Sie hinsichtlich jedes befürwortenden Staates das Datum der Hinterlegung der Ratifikations-, Beitritts- oder Nachfolgeurkunde zu dem Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen von 1982 sowie das Datum seiner Zustimmung, an das Übereinkommen zur Durchführung des Teils XI des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1982 gebunden zu sein.
16. Diesem Antrag muss eine von dem befürwortenden Staat ausgestellte Befürwortungsbescheinigung beigelegt werden. Wenn der Antragsteller mehr als eine Staatsangehörigkeit besitzt, wie im Falle einer Personengesellschaft oder eines Konsortiums von Rechtsträgern aus mehr als einem Staat, so müssen von jedem der betreffenden Staaten ausgestellte Befürwortungsbescheinigungen beigelegt werden.

Abschnitt II**Informationen über das beantragte Feld**

17. Nennen Sie die Abgrenzungen des beantragten Feldes unter Beifügung eines Verzeichnisses von geographischen Koordinaten (in Übereinstimmung mit dem Internationalen Geodätischen System WGS 84).
18. Fügen Sie eine Seekarte (entsprechend einem von der Behörde festgelegten Maßstab und Ausschnitt) bei sowie ein Verzeichnis der Koordinaten, die das gesamte Feld in zwei Teile gleichen kommerziellen Schätzwertes unterteilen.
19. Stellen Sie in einem Anhang ausreichende Informationen zur Verfügung, die es dem Rat ermöglichen, auf der Grundlage des kommerziellen Schätzwertes jedes Teiles des beantragten Feldes ein reserviertes Feld zu benennen. Ein solcher Anhang muss die dem Antragsteller hinsichtlich der beiden Teile des beantragten Feldes zur Verfügung stehenden Daten umfassen, einschließlich

- (a) Data on the location, survey and evaluation of the polymetallic nodules in the areas, including:
- (i) A description of the technology related to the recovery and processing of polymetallic nodules that is necessary for making the designation of a reserved area;
 - (ii) A map of the physical and geological characteristics, such as seabed topography, bathymetry and bottom currents and information on the reliability of such data;
 - (iii) Data showing the average density (abundance) of polymetallic nodules in kg/m² and an associated abundance map showing the location of sampling sites;
 - (iv) Data showing the average elemental content of metals of economic interest (grade) based on chemical assays in (dry) weight per cent and an associated grade map;
 - (v) Combined maps of abundance and grade of polymetallic nodules;
 - (vi) A calculation based on standard procedures, including statistical analysis, using the data submitted and assumptions made in the calculations that the two areas could be expected to contain polymetallic nodules of equal estimated commercial value expressed as recoverable metals in mineable areas;
 - (vii) A description of the techniques used by the applicant.
- (b) Information concerning environmental parameters (seasonal and during test period) including, inter alia, wind speed and direction, wave height, period and direction, current speed and direction, water salinity, temperature and biological communities.
20. If the area under application includes any part of a reserved area, attach a list of coordinates of the area which forms part of the reserved area and indicate the applicant's qualifications in accordance with regulation 17 of the Regulations.
- a) der Daten über die Lage, Untersuchung und Beurteilung der polymetallicischen Knollen in den Feldern einschließlich
- (i) einer für die Benennung eines reservierten Feldes notwendigen Beschreibung der Technologie zum Abbau und zur Verarbeitung von polymetallicischen Knollen;
 - (ii) einer Karte der physikalischen und geologischen Eigenschaften wie beispielsweise der Meeresbodentopographie, Tiefenseemessung und Strömungen am Meeresboden sowie Informationen über die Zuverlässigkeit dieser Daten;
 - (iii) Daten, die die durchschnittliche Belegungsdichte (Häufigkeit) von polymetallicischen Knollen in kg/m² angeben, und eine entsprechende Häufigkeitskarte, die die Probeentnahmestellen zeigt;
 - (iv) Daten, die den durchschnittlichen Elementargehalt von Metallen von wirtschaftlichem Interesse (Güteklasse) auf der Grundlage chemischer Prüfungen in (Trocken-) Gewicht vom Hundert zeigen, sowie eine entsprechende Karte der Güteklassen;
 - (v) kombinierter Karten der Häufigkeit und Güteklassen polymetallicischer Knollen;
 - (vi) einer auf Standardverfahren basierenden Kalkulation einschließlich einer statistischen Analyse unter Verwendung der vorgelegten Daten und der in den Kalkulationen gemachten Annahmen, dass die zwei Felder voraussichtlich polymetallicische Knollen gleichen kommerziellen Schätzwertes in Form von gewinnbaren Metallen in abbautauglichen Gebieten enthalten;
 - (vii) einer Beschreibung der von dem Antragsteller verwendeten Methoden;
- b) Informationen über Umweltparameter (jahreszeitlich bedingt und während der Erprobungsphase) unter anderem einschließlich Windgeschwindigkeit und -richtung, Wellenhöhe, -folge und -richtung, Strömungsgeschwindigkeit und -richtung, Salzgehalt des Wassers, Wassertemperatur und biologischer Gemeinschaften.
20. Wenn das beantragte Feld einen Teil eines reservierten Feldes umfasst, fügen Sie bitte ein Verzeichnis der Koordinaten des Feldes bei, das Bestandteil des reservierten Feldes ist, und benennen Sie die Qualifikationen des Antragstellers in Übereinstimmung mit Bestimmung 17 der Bestimmungen.

Section III

Financial and technical information^{a)}

21. Attach sufficient information to enable the Council to determine whether the applicant is financially capable of carrying out the proposed plan of work for exploration and of fulfilling its financial obligations to the Authority.

^{a)} An application for approval of a plan of work for exploration submitted on behalf of a State or entity, or any component of such entity, referred to in resolution II, paragraph 1 (a) (ii) or (iii), other than a registered pioneer investor, which has already undertaken substantial activities in the Area prior to the entry into force of the Convention, or its successor in interest, shall be considered to have met the financial and technical qualifications necessary for approval of a plan of work if the sponsoring State or States certify that the applicant has expended an amount equivalent to at least US\$ 30 million in research and exploration activities and has expended no less than 10 per cent of that amount in the location, survey and evaluation of the area referred to in the plan of work.

Abschnitt III

Finanzielle und technische Informationen^{a)}

21. Fügen Sie ausreichende Informationen bei, die es dem Rat ermöglichen festzustellen, ob der Antragsteller finanziell in der Lage ist, den vorgeschlagenen Arbeitsplan zur Erforschung auszuführen sowie seinen finanziellen Verpflichtungen gegenüber der Behörde nachzukommen.

^{a)} Es wird davon ausgegangen, dass ein im Namen eines in Resolution II Nummer 1 Buchstabe a Ziffer ii oder iii genannten Staates oder Rechtsträgers oder Teils eines solchen Rechtsträgers, sofern es sich nicht um einen eingetragenen Pionierinvestor handelt, der bereits vor Inkrafttreten des Seerechtsübereinkommens erhebliche Tätigkeiten in dem Gebiet durchgeführt hat, beziehungsweise ein von dessen Rechtsnachfolger gestellter Antrag auf Bestätigung eines Arbeitsplanes zur Erforschung die zur Bestätigung eines Arbeitsplanes notwendigen finanziellen und technischen Anforderungen erfüllt, wenn der befürwortende Staat beziehungsweise die befürwortenden Staaten bestätigen, dass der Antragsteller eine Summe im Gegenwert von mindestens 30 Millionen US-Dollar für Forschungs- und Erforschungstätigkeiten ausgegeben hat und nicht weniger als 10 Prozent dieser Summe für die Aufsuchung, Untersuchung und Beurteilung des in dem Arbeitsplan genannten Feldes ausgegeben hat.

- (a) If the application is made by the Enterprise, attach certification by its competent authority that the Enterprise has the necessary financial resources to meet the estimated costs of the proposed plan of work for exploration;
- (b) If the application is made by a State or a state enterprise, attach a statement by the State or the sponsoring State certifying that the applicant has the necessary financial resources to meet the estimated costs of the proposed plan of work for exploration;
- (c) If the application is made by an entity, attach copies of the applicant's audited financial statements, including balance sheets and profit-and-loss statements, for the most recent three years in conformity with internationally accepted accounting principles and certified by a duly qualified firm of public accountants; and
- (i) If the applicant is a newly organized entity and a certified balance sheet is not available, a pro forma balance sheet certified by an appropriate official of the applicant;
- (ii) If the applicant is a subsidiary of another entity, copies of such financial statements of that entity and a statement from that entity in conformity with internationally accepted accounting practices and certified by a duly qualified firm of public accountants that the applicant will have the financial resources to carry out the plan of work for exploration;
- (iii) If the applicant is controlled by a State or a state enterprise, a statement from the State or state enterprise certifying that the applicant will have the financial resources to carry out the plan of work for exploration.
22. If it is intended to finance the proposed plan of work for exploration by borrowings, attach a statement of the amount of such borrowings, the repayment period and the interest rate.
23. Attach sufficient information to enable the Council to determine whether the applicant is technically capable of carrying out the proposed plan of work for exploration, including:
- (a) A general description of the applicant's previous experience, knowledge, skills, technical qualifications and expertise relevant to the proposed plan of work for exploration;
- (b) A general description of the equipment and methods expected to be used in carrying out the proposed plan of work for exploration and other relevant non-proprietary information about the characteristics of such technology; and
- (c) A general description of the applicant's financial and technical capability to respond to any incident or activity which causes serious harm to the marine environment.
- a) Wenn der Antrag von dem Unternehmen gestellt wird, fügen Sie eine Bestätigung seiner zuständigen Behörde bei, dass das Unternehmen über die notwendigen finanziellen Mittel verfügt, um die geschätzten Kosten des beantragten Arbeitsplanes zur Erforschung zu decken.
- b) Wenn der Antrag von einem Staat oder einem staatlichen Unternehmen gestellt wird, fügen Sie eine Erklärung seitens des befürwortenden Staates beziehungsweise der befürwortenden Staaten bei, die bestätigt, dass der Antragsteller über die notwendigen finanziellen Mittel verfügt, um die geschätzten Kosten des beantragten Arbeitsplanes zur Erforschung zu decken.
- c) Wenn der Antrag von einem Rechtsträger gestellt wird, fügen Sie Abschriften der geprüften, durch eine ordnungsgemäß qualifizierte Firma von öffentlich berufenen Wirtschaftsprüfern beglaubigten Jahresabschlüsse des Antragstellers einschließlich Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen für die letzten drei Jahre im Einklang mit international anerkannten Bilanzierungsgrundsätzen bei; und
- (i) wenn es sich bei dem Antragsteller um einen neuen Rechtsträger handelt und eine beglaubigte Bilanz nicht vorliegt, eine von einem geeigneten Repräsentanten des Antragstellers beglaubigte Pro-forma-Bilanz;
- (ii) wenn es sich bei dem Antragsteller um eine Unternehmenseinheit eines anderen Rechtsträgers handelt, Abschriften solcher Jahresabschlüsse dieses Rechtsträgers sowie eine von einer ordnungsgemäß qualifizierten Firma von öffentlich berufenen Wirtschaftsprüfern beglaubigte Erklärung dieses Rechtsträgers im Einklang mit international anerkannten Bilanzierungsgrundsätzen, dass der Antragsteller über die finanziellen Mittel verfügen wird, um den Arbeitsplan zur Erforschung durchzuführen.
- (iii) wenn der Antragsteller unter der Kontrolle eines Staates oder eines staatlichen Unternehmens steht, eine Erklärung des Staates beziehungsweise des staatlichen Unternehmens, die bestätigt, dass der Antragsteller über die finanziellen Mittel verfügen wird, um den Arbeitsplan zur Erforschung durchzuführen.
22. Wenn beabsichtigt wird, den beantragten Arbeitsplan zur Erforschung mit Krediten zu finanzieren, fügen Sie eine Erklärung über die Höhe der Kredite, den Tilgungszeitraum und den Zinssatz bei.
23. Fügen Sie ausreichende Informationen bei, die es dem Rat ermöglichen festzustellen, ob der Antragsteller technisch in der Lage ist, den beantragten Arbeitsplan zur Erforschung auszuführen, einschließlich:
- a) einer allgemeinen Beschreibung der bisherigen Erfahrungen, des Wissens, der Fähigkeiten, der technischen Eignung und des Fachwissens des Antragstellers, die für den vorgeschlagenen Arbeitsplan zur Erforschung maßgeblich sind;
- b) einer allgemeinen Beschreibung der Ausrüstungen und Methoden, die voraussichtlich bei der Durchführung des beantragten Arbeitsplanes zur Erforschung verwendet werden sollen, sowie weitere maßgebliche, nichtgeschützte Informationen über die Eigenschaften dieser Technologie; und
- c) einer allgemeinen Beschreibung der finanziellen und technischen Möglichkeiten des Antragstellers, auf Zwischenfälle oder Tätigkeiten zu reagieren, die einen erheblichen Schaden an der Meeresumwelt verursachen.

Section IV

The plan of work for exploration

24. Attach the following information relating to the plan of work for exploration:
- (a) A general description and a schedule of the proposed exploration programme, including the programme of activities for the immediate five-year period, such as studies to be undertaken in respect of the environmental, technical, economic and other appropriate factors which must be taken into account in exploration;
 - (b) A description of a programme for oceanographic and environmental baseline studies in accordance with the Regulations and any environmental rules, regulations and procedures established by the Authority that would enable an assessment of the potential environmental impact of the proposed exploration activities, taking into account any recommendations issued by the Legal and Technical Commission;
 - (c) A preliminary assessment of the possible impact of the proposed exploration activities on the marine environment;
 - (d) A description of proposed measures for the prevention, reduction and control of pollution and other hazards, as well as possible impacts, to the marine environment;
 - (e) A schedule of anticipated yearly expenditures in respect of the programme of activities for the immediate five-year period.

Section V

Undertakings

25. Attach a written undertaking that the applicant will:
- (a) Accept as enforceable and comply with the applicable obligations created by the provisions of the Convention and the rules, regulations and procedures of the Authority, the decisions of the relevant organs of the Authority and the terms of its contracts with the Authority;
 - (b) Accept control by the Authority of activities in the Area as authorized by the Convention;
 - (c) Provide the Authority with a written assurance that its obligations under the contract will be fulfilled in good faith.

Section VI

Previous contracts

26. Has the applicant or, in the case of an application by a partnership or consortium of entities in a joint arrangement, any member of the partnership or consortium previously been awarded any contract with the Authority?
27. If the answer to 26 is "yes", the application must include:
- (a) The date of the previous contract or contracts;
 - (b) The dates, reference numbers and titles of each report submitted to the Authority in connection with the contract or contracts; and

Abschnitt IV

Der Arbeitsplan zur Erforschung

24. Fügen Sie die folgenden Informationen bezüglich des Arbeitsplanes zur Erforschung bei:
- a) eine allgemeine Beschreibung und einen Zeitplan des vorgeschlagenen Forschungsprogramms einschließlich des Tätigkeitsprogramms für den unmittelbar bevorstehenden Fünfjahreszeitraum, beispielsweise durchzuführen Studien hinsichtlich umweltbezogener, technischer, wirtschaftlicher und sonstiger geeigneter Faktoren, die bei der Erforschung berücksichtigt werden müssen;
 - b) eine Beschreibung des Programms für ozeanographische und Umwelt-Referenzwertstudien gemäß diesen Bestimmungen und allen von der Behörde festgelegten Umweltregeln, -bestimmungen und -verfahren, die eine Bewertung der potenziellen Umweltbeeinflussung der vorgeschlagenen Forschungstätigkeiten ermöglichen würden, unter Berücksichtigung aller durch die Rechts- und Fachkommission abgegebenen Empfehlungen;
 - c) eine vorläufige Bewertung der möglichen Beeinflussung der Meeresumwelt durch die vorgeschlagene Forschungstätigkeit;
 - d) eine Beschreibung vorgeschlagener Maßnahmen zur Verhütung, Verringerung und Bekämpfung einer Verschmutzung und sonstiger Gefahren sowie möglicher Beeinflussungen der Meeresumwelt;
 - e) eine Aufstellung der voraussichtlichen jährlichen Aufwendungen hinsichtlich des Tätigkeitsprogramms für den unmittelbar bevorstehenden Fünfjahreszeitraum.

Abschnitt V

Verpflichtungserklärung

25. Fügen Sie eine schriftliche Erklärung des Antragstellers bei, in der er sich verpflichtet,
- a) die anwendbaren Pflichten gemäß den Bestimmungen des Seerechtsübereinkommens und den Regeln, Bestimmungen und Verfahren der Behörde, den Beschlüssen der einschlägigen Organe der Behörde und den Bedingungen seiner Verträge mit der Behörde als durchsetzbar zu akzeptieren und sie zu beachten;
 - b) die Aufsicht über Tätigkeiten im Gebiet durch die Behörde gemäß der Ermächtigung durch das Seerechtsübereinkommen zu akzeptieren; und
 - c) der Behörde eine schriftliche Zusicherung vorzulegen, dass seine Pflichten gemäß dem Vertrag nach Treu und Glauben erfüllt werden.

Abschnitt VI

Frühere Verträge

26. Hat der Antragsteller oder im Falle eines von einer Personengesellschaft oder einem Konsortium von Rechtsträgern im Rahmen eines gemeinsamen Vorhabens vorgelegten Antrags ein Mitglied der Personengesellschaft oder des Konsortiums zuvor einen Vertrag mit der Behörde abgeschlossen?
27. Wenn die Antwort auf Frage 26 „Ja“ lautet, muss der Antrag enthalten:
- a) das Datum des früheren Vertrages beziehungsweise der Verträge;
 - b) das Datum, die Referenznummer und den Titel jedes der Behörde im Zusammenhang mit dem Vertrag beziehungsweise den Verträgen vorgelegten Berichts; und

(c) The date of termination of the contract or contracts, if applicable.

c) gegebenenfalls das Datum der Beendigung des Vertrages beziehungsweise der Verträge.

Section VII
Attachments

28. List all the attachments and annexes to this application (all data and information should be submitted in hard copy and in a digital format specified by the Authority):

Date:

Signature of applicant's designated representative

Attestation:

Signature of person attesting

Name of person attesting

Title of person attesting

Abschnitt VII
Anhänge

28. Führen Sie alle Anhänge und Anlagen zu diesem Antrag auf (alle Daten und Informationen sollten auf Papier und in dem von der Behörde festgelegten digitalen Format vorgelegt werden):

Datum:

Unterschrift des benannten Repräsentanten des Antragstellers

Beglaubigung:

Unterschrift der beglaubigenden Person

Name der beglaubigenden Person

Amtsbezeichnung der beglaubigenden Person

Annex 3
Contract for exploration

This contract made the day of between the International Seabed Authority represented by its Secretary-General (hereinafter referred to as "the Authority") and represented by (hereinafter referred to as "the Contractor") witnesseth as follows:

Incorporation of clauses

A. The standard clauses set out in Annex 4 to the Regulations on Prospecting and Exploration for Polymetallic Nodules in the Area shall be incorporated herein and shall have effect as if herein set out at length.

Exploration area

B. For the purposes of this contract, the "exploration area" means that part of the Area allocated to the Contractor for exploration, defined by the coordinates listed in schedule 1 hereto, as reduced from time to time in accordance with the standard clauses and the Regulations.

Grant of rights

- C. In consideration of:
- (1) Their mutual interest in the conduct of exploration activities in the exploration area pursuant to the Convention and the Agreement;
 - (2) The responsibility of the Authority to organize and control activities in the Area, particularly with a view to administering the resources of the Area, in accordance with the legal regime established in Part XI of the Convention and the Agreement and Part XII of the Convention respectively; and
 - (3) The interest and financial commitment of the Contractor in conducting activities in the exploration area and the mutual covenants made herein, the Authority hereby grants to the

Anlage 3
Vertrag zur Erforschung

Dieser am zwischen der durch ihren Generalsekretär vertretenen Internationalen Meeresbodenbehörde (im Folgenden „die Behörde“ genannt) und durch vertretenen (im Folgenden „der Vertragsnehmer“ genannt) geschlossene Vertrag bezeugt:

Aufnahme von Bestimmungen

A. Die in Anlage 4 zu den Bestimmungen über die Prospektion und Erforschung polymetallischer Knollen im Gebiet dargelegten Standardbestimmungen werden in diesen Vertrag aufgenommen und sind wirksam, als wären sie darin in voller Länge dargelegt.

Erforschungsfeld

B. Für die Zwecke dieses Vertrages bedeutet das „Erforschungsfeld“ den Teil des Gebietes, der dem Vertragsnehmer für die Erforschung zugeteilt, durch die im Anhang 1 zu diesem Vertrag aufgeführten Koordinaten festgelegt und von Zeit zu Zeit gemäß den Standardbestimmungen und den Bestimmungen verkleinert wird.

Gewährung von Rechten

- C. In Anbetracht
1. ihres beiderseitigen Interesses an der Durchführung von Erforschungstätigkeiten in dem Erforschungsfeld gemäß dem Seerechtsübereinkommen und dem Durchführungsübereinkommen,
 2. der Verantwortlichkeit der Behörde, Tätigkeiten im Gebiet zu organisieren und zu überwachen, insbesondere in der Absicht, die Ressourcen des Gebietes im Einklang mit den in Teil XI des Seerechtsübereinkommens und in dem Durchführungsübereinkommen sowie in Teil XII des Seerechtsübereinkommens jeweils enthaltenen Rechtsvorschriften zu verwalten, und
 3. des Interesses und des finanziellen Engagements des Vertragsnehmers bezüglich der Durchführung von Tätigkeiten in dem Erforschungsfeld sowie der beiderseitigen Zusiche-

Contractor the exclusive right to explore for polymetallic nodules in the exploration area in accordance with the terms and conditions of this contract.

Entry into force and contract term

D. This contract shall enter into force on signature by both parties and, subject to the standard clauses, shall remain in force for a period of fifteen years thereafter unless:

- (1) The Contractor obtains a contract for exploitation in the exploration area which enters into force before the expiration of such period of fifteen years; or
- (2) The contract is sooner terminated, provided that the term of the contract may be extended in accordance with standard clauses 3.2 and 17.2.

Schedules

E. The schedules referred to in the standard clauses, namely section 4 and section 8, are for the purposes of this contract schedules 2 and 3 respectively.

Entire agreement

F. This contract expresses the entire agreement between the parties, and no oral understanding or prior writing shall modify the terms hereof.

In witness whereof the undersigned, being duly authorized thereto by the respective parties, have signed this contract at, this day of

Schedule 1

[Coordinates and illustrative chart of the exploration area]

Schedule 2

[The current five-year programme of activities as revised from time to time]

Schedule 3

[The training programme shall become a schedule to the contract when approved by the Authority in accordance with section 8 of the standard clauses.]

Annex 4

Standard clauses for exploration contract

Section 1

Definitions

1.1 In the following clauses:

- (a) "Exploration area" means that part of the Area allocated to the Contractor for exploration, described in schedule 1 hereto, as the same may be reduced from time to time in accordance with this contract and the Regulations;
- (b) "Programme of activities" means the programme of activities which is set out in schedule 2 hereto as the same may be adjusted from time to time in accordance with sections 4.3 and 4.4 hereof;
- (c) "Regulations" means the Regulations for Prospecting and Exploration for Polymetallic Nodules in the Area, adopted by the Authority.

rungen in dem Vertrag gewährt die Behörde hiermit dem Vertragsnehmer das ausschließliche Recht, das Forschungsfeld gemäß den Bestimmungen und Bedingungen dieses Vertrages nach polymetallic Knollen zu erforschen.

Inkrafttreten und Vertragsdauer

D. Dieser Vertrag tritt bei Unterzeichnung durch beide Parteien in Kraft und bleibt vorbehaltlich der Standardbestimmungen für einen Zeitraum von fünfzehn Jahren in Kraft, es sei denn,

1. der Vertragsnehmer erhält einen Ausbeutungsvertrag in dem Forschungsfeld, der vor dem Ablauf dieses Zeitraumes von fünfzehn Jahren in Kraft tritt; oder
2. der Vertrag wird vorher beendet, vorausgesetzt, dass die Dauer des Vertrages gemäß den Standardbestimmungen 3.2 und 17.2 verlängert werden kann.

Anhänge

E. Die in den Standardbestimmungen, nämlich Abschnitt 4 und Abschnitt 8, genannten Anhänge sind für die Zwecke dieses Vertrages die Anhänge 2 beziehungsweise 3.

Gesamtes Abkommen

F. Dieser Vertrag drückt das gesamte Abkommen zwischen den Parteien aus, und keine mündliche Absprache oder vorherige schriftliche Vereinbarung ändert dessen Bestimmungen.

Zu Urkund dessen haben die hierzu von den jeweiligen Parteien gehörig befugten Unterzeichneten diesen Vertrag am unterschrieben.

Anhang 1

[Koordinaten und veranschaulichende Seekarte des Forschungsfeldes]

Anhang 2

[Das laufende, von Zeit zu Zeit abgeänderte Fünfjahres-Tätigkeitsprogramm]

Anhang 3

[Das Ausbildungsprogramm wird ein Anhang des Vertrages, wenn es gemäß Abschnitt 8 der Standardbestimmungen von der Behörde genehmigt wird.]

Anlage 4

Standardbestimmungen für den Forschungsvertrag

Abschnitt 1

Begriffsbestimmungen

1.1 In den folgenden Bestimmungen bedeutet

- a) „Erforschungsfeld“ den Teil des Gebietes, der dem Vertragsnehmer zur Erforschung zugewiesen und in Anhang 1 zu diesem Vertrag beschrieben ist und von Zeit zu Zeit im Einklang mit diesem Vertrag und den Bestimmungen verkleinert werden kann;
- b) „Tätigkeitsprogramm“ das Tätigkeitsprogramm, das in Anhang 2 zu diesem Vertrag dargelegt ist und von Zeit zu Zeit im Einklang mit Abschnitt 4.3 und 4.4 angepasst werden kann;
- c) „Bestimmungen“ die von der Behörde angenommenen Bestimmungen über die Prospektion und Erforschung polymetallischer Knollen im Gebiet.

1.2 Terms and phrases defined in the Regulations shall have the same meaning in these standard clauses.

1.3 In accordance with the Agreement relating to the Implementation of Part XI of the United Nations Convention of the Law of the Sea of 10 December 1982, its provisions and Part XI of the Convention are to be interpreted and applied together as a single instrument; this contract and references in this contract to the Convention are to be interpreted and applied accordingly.

1.4 This contract includes the schedules to this contract, which shall be an integral part hereof.

Section 2 Security of tenure

2.1 The Contractor shall have security of tenure and this contract shall not be suspended, terminated or revised except in accordance with sections 20, 21 and 24 hereof.

2.2 The Contractor shall have the exclusive right to explore for polymetallic nodules in the exploration area in accordance with the terms and conditions of this contract. The Authority shall ensure that no other entity operates in the exploration area for a different category of resources in a manner that might unreasonably interfere with the operations of the Contractor.

2.3 The Contractor, by notice to the Authority, shall have the right at any time to renounce without penalty the whole or part of its rights in the exploration area, provided that the Contractor shall remain liable for all obligations accrued prior to the date of such renunciation in respect of the area renounced.

2.4 Nothing in this contract shall be deemed to confer any right on the Contractor other than those rights expressly granted herein. The Authority reserves the right to enter into contracts with respect to resources other than polymetallic nodules with third parties in the area covered by this contract.

Section 3 Contract term

3.1 This contract shall enter into force on signature by both parties and shall remain in force for a period of fifteen years thereafter unless:

- (a) The Contractor obtains a contract for exploitation in the exploration area which enters into force before the expiration of such period of fifteen years; or
- (b) The contract is sooner terminated, provided that the term of the contract may be extended in accordance with sections 3.2 and 17.2 hereof.

3.2 Upon application by the Contractor, not later than six months before the expiration of this contract, this contract may be extended for periods of not more than five years each on such terms and conditions as the Authority and the Contractor may then agree in accordance with the Regulations. Such extensions shall be approved if the Contractor has made efforts in good faith to comply with the requirements of this contract but for reasons beyond the Contractor's control has been unable to complete the necessary preparatory work for proceeding to the exploitation stage or if the prevailing economic circumstances do not justify proceeding to the exploitation stage.

3.3 Notwithstanding the expiration of this contract in accordance with section 3.1 hereof, if the Contractor has, at least 90 days prior to the date of expiration, applied for a contract for

1.2 In den Bestimmungen festgelegte Begriffe und Ausdrücke haben in diesen Standardbestimmungen dieselbe Bedeutung.

1.3 Im Einklang mit dem Übereinkommen zur Durchführung des Teils XI des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1982 werden dessen Bestimmungen und Teil XI des Seerechtsübereinkommens zusammen als eine Übereinkunft ausgelegt und angewendet; dieser Vertrag und Bezugnahmen in diesem Vertrag auf das Seerechtsübereinkommen werden entsprechend ausgelegt und angewandt.

1.4 Dieser Vertrag umfasst die Anhänge zu diesem Vertrag, die untrennbarer Bestandteil davon sind.

Abschnitt 2 Gewährleistung von Rechten

2.1 Die Rechte des Vertragsnehmers werden gewährleistet und dieser Vertrag wird nur in Übereinstimmung mit Abschnitt 20, 21 und 24 dieses Vertrages ausgesetzt, beendet oder geändert.

2.2 Der Vertragsnehmer hat das ausschließliche Recht, das Forschungsfeld gemäß den Bestimmungen und Bedingungen dieses Vertrages nach polymetallicischen Knollen zu erforschen. Die Behörde stellt sicher, dass kein sonstiger Rechtsträger Arbeiten in dem Forschungsfeld im Zusammenhang mit einer anderen Kategorie von Ressourcen in einer Weise durchführt, die die Arbeiten des Vertragsnehmers unangemessen beeinträchtigen könnte.

2.3 Der Vertragsnehmer hat das Recht, jederzeit durch Mitteilung an die Behörde straffrei ganz oder teilweise auf seine Rechte in dem Forschungsfeld zu verzichten, sofern der Vertragsnehmer für alle vor dem Verzicht entstandenen Verpflichtungen hinsichtlich des betreffenden Feldes haftbar bleibt.

2.4 Nichts in diesem Vertrag soll in einer Weise ausgelegt werden, die dem Vertragsnehmer andere Rechte als die darin ausdrücklich genannten Rechte gewährt. Die Behörde behält sich das Recht vor, hinsichtlich anderer Ressourcen als polymetallicischer Knollen in dem von diesem Vertrag erfassten Feld mit Dritten Verträge abzuschließen.

Abschnitt 3 Vertragsdauer

3.1 Dieser Vertrag tritt bei Unterzeichnung durch beide Parteien in Kraft und bleibt für einen Zeitraum von fünfzehn Jahren in Kraft, es sei denn,

- a) der Vertragsnehmer erwirbt einen Ausbeutungsvertrag in dem Forschungsfeld, der vor Ablauf dieses Zeitraumes von fünfzehn Jahren in Kraft tritt; oder
- b) der Vertrag wird vorher beendet, vorausgesetzt, dass die Dauer des Vertrages gemäß Abschnitt 3.2 und 17.2 dieses Vertrages verlängert werden kann.

3.2 Auf Antrag des Vertragsnehmers kann dieser Vertrag spätestens sechs Monate vor seinem Ablauf für Zeiträume von jeweils höchstens fünf Jahren zu Bestimmungen und Bedingungen verlängert werden, die die Behörde und der Vertragsnehmer dann in Übereinstimmung mit den Bestimmungen vereinbaren können. Solche Verlängerungen werden genehmigt, wenn der Vertragsnehmer nach Treu und Glauben Anstrengungen unternommen hat, die Anforderungen dieses Vertrages zu erfüllen, aber aus Gründen außerhalb des Einflussbereiches des Vertragsnehmers nicht in der Lage war, die notwendigen Vorbereitungsmaßnahmen abzuschließen, um zur Ausbeutung überzugehen, oder wenn die gegebene wirtschaftliche Lage es nicht rechtfertigt, zur Ausbeutung überzugehen.

3.3 Ungeachtet des Ablaufs dieses Vertrages gemäß dessen Abschnitt 3.1 bestehen, wenn der Vertragsnehmer mindestens 90 Tage vor dem Zeitpunkt des Ablaufs einen Ausbeutungsver-

exploitation, the Contractor's rights and obligations under this contract shall continue until such time as the application has been considered and a contract for exploitation has been issued or refused.

Section 4 Exploration

4.1 The Contractor shall commence exploration in accordance with the time schedule stipulated in the programme of activities set out in schedule 2 hereto and shall adhere to such time periods or any modification thereto as provided for by this contract.

4.2 The Contractor shall carry out the programme of activities set out in schedule 2 hereto. In carrying out such activities the Contractor shall spend in each contract year not less than the amount specified in such programme, or any agreed review thereof, in actual and direct exploration expenditures.

4.3 The Contractor, with the consent of the Authority, which consent shall not be unreasonably withheld, may from time to time make such changes in the programme of activities and the expenditures specified therein as may be necessary and prudent in accordance with good mining industry practice, and taking into account the market conditions for the metals contained in polymetallic nodules and other relevant global economic conditions.

4.4 Not later than 90 days prior to the expiration of each five-year period from the date on which this contract enters into force in accordance with section 3 hereof, the Contractor and the Secretary-General shall jointly undertake a review of the implementation of the plan of work for exploration under this contract. The Secretary-General may require the Contractor to submit such additional data and information as may be necessary for the purposes of the review. In the light of the review, the Contractor shall indicate its programme of activities for the following five-year period, including a revised schedule of anticipated yearly expenditures, making such adjustments to its previous programme of activities as are necessary. Schedule 2 hereto shall be adjusted accordingly.

Section 5 Environmental monitoring

5.1 The Contractor shall take necessary measures to prevent, reduce and control pollution and other hazards to the marine environment arising from its activities in the Area as far as reasonably possible using the best technology available to it.

5.2 The Contractor shall, in accordance with the Regulations, gather environmental baseline data as exploration activities progress and develop and shall establish environmental baselines against which to assess the likely effects of the Contractor's activities on the marine environment.

5.3 The Contractor shall, in accordance with the Regulations, establish and carry out a programme to monitor and report on such effects on the marine environment. The Contractor shall cooperate with the Authority in the implementation of such monitoring.

5.4 The Contractor shall, within 90 days of the end of each calendar year, report to the Secretary-General on the implementation and results of the monitoring programme referred to in section 5.3 hereof and shall submit data and information in accordance with the Regulations.

trag beantragt hat, die Rechte und Verpflichtungen des Vertragsnehmers nach diesem Vertrag so lange fort, bis der Antrag geprüft und ein Ausbeutungsvertrag abgeschlossen oder abgelehnt wurde.

Abschnitt 4 Erforschung

4.1 Der Vertragsnehmer beginnt mit der Erforschung gemäß dem in Anhang 2 dieses Vertrages zu dem Tätigkeitsprogramm dargelegten Zeitplan und hält die in diesem Vertrag vorgesehenen Zeiträume oder Änderungen derselben ein.

4.2 Der Vertragsnehmer führt das in Anhang 2 dieses Vertrages dargelegte Tätigkeitsprogramm durch. Bei der Durchführung dieser Tätigkeiten tätig der Vertragsnehmer in jedem Vertragsjahr tatsächliche und unmittelbare Forschungsausgaben mindestens in Höhe der in diesem Programm oder in einer vereinbarten Überprüfung derselben genannten Ausgaben.

4.3 Der Vertragsnehmer kann mit Zustimmung der Behörde, welche nicht grundlos verweigert werden darf, von Zeit zu Zeit Änderungen hinsichtlich des Tätigkeitsprogrammes und der darin spezifizierten Ausgaben vornehmen, die im Einklang mit den üblichen Abbauverfahren notwendig und einsichtig sind, sowie unter Berücksichtigung der Marktbedingungen für die in polymetalischen Knollen enthaltenen Metalle und sonstiger maßgeblicher Weltwirtschaftsbedingungen.

4.4 Spätestens 90 Tage vor Ablauf jedes Fünfjahreszeitraumes ab dem Zeitpunkt, zu dem dieser Vertrag gemäß Abschnitt 3 des Vertrages in Kraft tritt, nehmen der Vertragsnehmer und der Generalsekretär gemeinsam eine Überprüfung der Umsetzung des Arbeitsplanes zur Erforschung gemäß diesem Vertrag vor. Der Generalsekretär kann den Vertragsnehmer dazu auffordern, zusätzliche Daten und Informationen vorzulegen, die für die Zwecke der Überprüfung notwendig sind. Im Lichte der Überprüfung nennt der Vertragsnehmer sein Tätigkeitsprogramm für den folgenden Fünfjahreszeitraum einschließlich eines geänderten Zeitplanes der voraussichtlichen jährlichen Aufwendungen, wobei er die notwendigen Anpassungen seines vorherigen Tätigkeitsprogrammes vornimmt. Anhang 2 dieses Vertrages wird entsprechend angepasst.

Abschnitt 5 Umweltüberwachung

5.1 Der Vertragsnehmer ergreift unter Verwendung der besten ihm zur Verfügung stehenden Technologie notwendige Maßnahmen zur Verhütung, Verringerung und Bekämpfung der Verschmutzung und sonstiger Gefahren für die Meeresumwelt, die aus seinen Tätigkeiten in dem Gebiet resultieren, sofern ihm dies angemessenerweise möglich ist.

5.2 Der Vertragsnehmer erhebt gemäß den Bestimmungen im Laufe der Erforschungstätigkeiten Umwelt-Referenzdaten und erstellt Umweltreferenzen, anhand derer die wahrscheinlichen Auswirkungen der Tätigkeiten des Vertragsnehmers auf die Meeresumwelt bewertet werden.

5.3 Der Vertragsnehmer erstellt entsprechend den Bestimmungen ein Programm zur Überwachung von und Berichterstattung über diese Auswirkungen auf die Meeresumwelt und führt dieses durch. Der Vertragsnehmer arbeitet bei der Umsetzung dieser Überwachung mit der Behörde zusammen.

5.4 Der Vertragsnehmer erstattet dem Generalsekretär innerhalb von 90 Tagen nach Ablauf eines jeden Kalenderjahres Bericht über die Umsetzung und die Ergebnisse des in Abschnitt 5.3 dieses Vertrages genannten Überwachungsprogramms und legt Daten und Informationen gemäß den Bestimmungen vor.

5.5 Prior to the commencement of testing of collecting systems and processing operations, the Contractor shall submit to the Authority:

- (a) A site-specific environmental impact statement based on available meteorological, oceanographic and environmental data collected during the preceding phases of exploration and containing data that could be used to establish an environmental baseline against which to assess the likely effect of the mining tests;
- (b) An assessment of the effects on the marine environment of the proposed tests of collecting systems;
- (c) A proposal for a monitoring programme to determine the effect on the marine environment of the equipment that will be used during the proposed mining tests.

Section 6

Contingency plans and emergencies

6.1 The Contractor shall, prior to the commencement of its programme of activities under this contract, submit to the Secretary-General a contingency plan to respond effectively to incidents that are likely to cause serious harm to the marine environment arising from the Contractor's activities at sea in the exploration area. Such contingency plan shall establish special procedures and provide for adequate and appropriate equipment to deal with such incidents and, in particular, shall include arrangements for:

- (a) The immediate raising of a general alarm in the area of the exploration activities;
- (b) Immediate notification to the Secretary-General;
- (c) The warning of ships which might be about to enter the immediate vicinity;
- (d) A continuing flow of full information to the Secretary-General relating to particulars of the contingency measures already taken and further actions required;
- (e) The removal, as appropriate, of polluting substances;
- (f) The reduction and, so far as reasonably possible, prevention of serious harm to the marine environment, as well as mitigation of such effects;
- (g) As appropriate, cooperation with other contractors with the Authority to respond to an emergency; and
- (h) Periodic emergency response exercises.

6.2 The Contractor shall promptly report to the Secretary-General any incident arising from its activities that has caused or is likely to cause serious harm to the marine environment. Each such report shall contain the details of such incident, including, inter alia:

- (a) The coordinates of the area affected or which can reasonably be anticipated to be affected;
- (b) The description of the action being taken by the Contractor to prevent, contain, minimize and repair the serious harm to the marine environment;
- (c) A description of the action being taken by the Contractor to monitor the effects of the incident on the marine environment; and
- (d) Such supplementary information as may reasonably be required by the Secretary-General.

5.5 Vor Beginn der Erprobung von Aufsammler-Systemen und des Verarbeitungsbetriebes legt der Vertragsnehmer der Behörde vor:

- a) eine standortspezifische Umweltverträglichkeitsprüfung auf der Grundlage von verfügbaren meteorologischen, ozeanographischen und umweltbezogenen Daten, die während vorheriger Erforschungsphasen erhobene Daten enthält, welche für die Festlegung eines Umwelt-Referenzwertes verwendet werden könnten, vor deren Hintergrund die wahrscheinliche Auswirkung des Probeabbaus beurteilt werden könnte;
- b) eine Bewertung der Auswirkungen der vorgeschlagenen Erprobung von Aufsammler-Systemen auf die Meeresumwelt;
- c) einen Vorschlag für ein Überwachungsprogramm, um festzustellen, welche Auswirkung Ausrüstungen, die während des vorgeschlagenen Probeabbaus verwendet werden, auf die Meeresumwelt haben.

Abschnitt 6

Notfallpläne und Notfälle

6.1 Der Vertragsnehmer legt dem Generalsekretär vor Beginn seines im Rahmen dieses Vertrages vorgesehenen Tätigkeitsprogramms einen Notfallplan zur wirksamen Reaktion auf Zwischenfälle vor, die wahrscheinlich aufgrund der Tätigkeiten des Vertragsnehmers auf See in dem Forschungsfeld einen erheblichen Schaden an der Meeresumwelt verursachen könnten. Dieser Notfallplan legt spezielle Verfahren fest und sieht angemessene und geeignete Ausrüstungen zur Handhabung solcher Zwischenfälle vor und umfasst insbesondere Vorkehrungen bezüglich

- a) des sofortigen Auslösens eines allgemeinen Alarms im Feld der Erforschungstätigkeit;
- b) der unverzüglichen Benachrichtigung des Generalsekretärs;
- c) der Warnung von Schiffen, die auf dem Weg in die unmittelbare Umgebung sein könnten;
- d) der ununterbrochenen und vollständigen Information des Generalsekretärs hinsichtlich der Einzelheiten der bereits ergriffenen Notfallmaßnahmen und weiterer notwendiger Maßnahmen;
- e) gegebenenfalls der Beseitigung der Schadstoffe;
- f) der Verringerung und, sofern angemessenerweise möglich, Verhütung eines erheblichen Schadens an der Meeresumwelt sowie der Milderung solcher Auswirkungen;
- g) gegebenenfalls der Zusammenarbeit mit weiteren Vertragsnehmern der Behörde, um auf einen Notfall zu reagieren; sowie
- h) regelmäßiger Notfallübungen.

6.2 Der Vertragsnehmer erstattet dem Generalsekretär unverzüglich Bericht über jeden Zwischenfall aufgrund seiner Tätigkeiten, der einen erheblichen Schaden an der Meeresumwelt verursacht hat oder wahrscheinlich verursachen könnte. Ein solcher Bericht enthält die Einzelheiten des Zwischenfalls, unter anderem

- a) die Koordinaten des betroffenen Feldes beziehungsweise des Feldes, von dem angemessenerweise davon ausgegangen werden kann, dass es betroffen sein wird;
- b) die Beschreibung der vom Vertragsnehmer ergriffenen Maßnahmen zur Verhütung, Eindämmung, Verringerung und Behebung des erheblichen Schadens an der Meeresumwelt;
- c) eine Beschreibung der vom Vertragsnehmer ergriffenen Maßnahmen zur Überwachung der Auswirkungen des Zwischenfalles auf die Meeresumwelt und
- d) zusätzliche Informationen, die der Generalsekretär angemessenerweise anfordert.

6.3 The Contractor shall comply with emergency orders issued by the Council and immediate measures of a temporary nature issued by the Secretary-General in accordance with the Regulations, to prevent, contain, minimize or repair serious harm to the marine environment, which may include orders to the Contractor to immediately suspend or adjust any activities in the exploration area.

6.4 If the Contractor does not promptly comply with such emergency orders or immediate measures of a temporary nature, the Council may take such reasonable measures as are necessary to prevent, contain, minimize or repair any such serious harm to the marine environment at the Contractor's expense. The Contractor shall promptly reimburse the Authority the amount of such expenses. Such expenses shall be in addition to any monetary penalties which may be imposed on the Contractor pursuant to the terms of this contract or the Regulations.

Section 7

Objects of an archaeological or historical nature

The Contractor shall immediately notify the Secretary-General in writing of any finding in the exploration area of an object of an archaeological or historical nature and its location. Following the finding of any such object of an archaeological or historical nature in the exploration area, the Contractor shall take all reasonable measures to avoid disturbing such object.

Section 8

Training

8.1 In accordance with the Regulations, the Contractor shall, prior to the commencement of exploration under this contract, submit to the Authority for approval proposed training programmes for the training of personnel of the Authority and developing States, including the participation of such personnel in all of the Contractor's activities under this contract.

8.2 The scope and financing of the training programme shall be subject to negotiation between the Contractor, the Authority and the sponsoring State or States.

8.3 The Contractor shall conduct training programmes in accordance with the specific programme for the training of personnel referred to in section 8.1 hereof approved by the Authority in accordance with the Regulations, which programme, as revised and developed from time to time, shall become a part of this contract as schedule 3.

Section 9

Books and records

The Contractor shall keep a complete and proper set of books, accounts and financial records, consistent with internationally accepted accounting principles. Such books, accounts and financial records shall include information which will fully disclose the actual and direct expenditures for exploration and such other information as will facilitate an effective audit of such expenditures.

Section 10

Annual reports

10.1 The Contractor shall, within 90 days of the end of each calendar year, submit a report to the Secretary-General covering its programme of activities in the exploration area and containing, as applicable, information in sufficient detail on:

6.3 Der Vertragsnehmer befolgt im Einklang mit den Bestimmungen vom Rat angeordnete Notfallanweisungen und vom Generalsekretär erlassene zeitlich begrenzte Sofortmaßnahmen zur Verhütung, Eindämmung, Verringerung und Behebung eines erheblichen Schadens an der Meeresumwelt, welche Anordnungen an den Vertragsnehmer umfassen können, unverzüglich alle Tätigkeiten in dem Forschungsfeld auszusetzen oder anzupassen.

6.4 Wenn der Vertragsnehmer diese Notfallanordnungen oder zeitlich begrenzten Sofortmaßnahmen nicht unverzüglich befolgt, kann der Rat auf Kosten des Vertragsnehmers angemessene Maßnahmen ergreifen, die zur Verhütung, Eindämmung, Verringerung und Behebung eines erheblichen Schadens an der Meeresumwelt erforderlich sind. Der Vertragsnehmer erstattet der Behörde unverzüglich die Höhe dieser Kosten. Diese Kosten werden zusätzlich zu Geldstrafen fällig, die dem Vertragsnehmer gemäß den Bestimmungen dieses Vertrages oder den Bestimmungen auferlegt werden.

Abschnitt 7

Gegenstände

archäologischer oder historischer Art

Der Vertragsnehmer benachrichtigt den Generalsekretär unverzüglich schriftlich über den Fund eines Gegenstandes archäologischer oder historischer Art in dem Forschungsfeld und dessen Fundstelle. Nach dem Fund eines Gegenstandes archäologischer oder historischer Art in dem Forschungsfeld ergreift der Vertragsnehmer alle angemessenen Maßnahmen zur Vermeidung der Beeinträchtigung dieses Gegenstandes.

Abschnitt 8

Ausbildung

8.1 Im Einklang mit den Bestimmungen unterbreitet der Vertragsnehmer der Behörde vor Beginn der Erforschung gemäß diesem Vertrag Ausbildungsprogramme zur Ausbildung des Personals der Behörde und von Entwicklungsländern, die auch die Beteiligung dieses Personals an allen Tätigkeiten des Vertragsnehmers gemäß diesem Vertrag einschließen.

8.2 Umfang und Finanzierung des Ausbildungsprogramms sind Gegenstand von Verhandlungen zwischen dem Vertragsnehmer, der Behörde und dem befürwortenden Staat beziehungsweise den befürwortenden Staaten.

8.3 Der Vertragsnehmer führt Ausbildungsprogramme im Einklang mit dem in Abschnitt 8.1 dieses Vertrages genannten und von der Behörde gemäß den Bestimmungen genehmigten speziellen Programm für die Ausbildung von Mitarbeitern durch, wobei dieses Programm, das von Zeit zu Zeit überarbeitet und weiterentwickelt wird, als Anhang 3 Teil dieses Vertrages wird.

Abschnitt 9

Geschäftsbücher und Unterlagen

Der Vertragsnehmer führt umfassende und geeignete Geschäftsbücher, Abrechnungen und Finanzunterlagen im Einklang mit international anerkannten Buchführungsgrundsätzen. Diese Geschäftsbücher, Abrechnungen und Finanzunterlagen umfassen Informationen, die die tatsächlichen und unmittelbaren Ausgaben für Erforschung vollständig offen legen, und weitere Informationen, die eine wirksame Prüfung dieser Ausgaben erleichtern.

Abschnitt 10

Jahresberichte

10.1 Der Vertragsnehmer legt dem Generalsekretär innerhalb von 90 Tagen nach Ablauf jedes Kalenderjahres einen Bericht über sein Tätigkeitsprogramm in dem Forschungsfeld vor, der gegebenenfalls ausreichend detaillierte Informationen enthält über

- (a) The exploration work carried out during the calendar year, including maps, charts and graphs illustrating the work that has been done and the results obtained;
- (b) The equipment used to carry out the exploration work, including the results of tests conducted of proposed mining technologies, but not equipment design data; and
- (c) The implementation of training programmes, including any proposed revisions to or developments of such programmes.

10.2 Such reports shall also contain:

- (a) The results obtained from environmental monitoring programmes, including observations, measurements, evaluations and analyses of environmental parameters;
- (b) A statement of the quantity of polymetallic nodules recovered as samples or for the purpose of testing;
- (c) A statement, in conformity with internationally accepted accounting principles and certified by a duly qualified firm of public accountants, or, where the Contractor is a State or a state enterprise, by the sponsoring State, of the actual and direct exploration expenditures of the Contractor in carrying out the programme of activities during the Contractor's accounting year. Such expenditures may be claimed by the contractor as part of the contractor's development costs incurred prior to the commencement of commercial production; and
- (d) Details of any proposed adjustments to the programme of activities and the reasons for such adjustments.

10.3 The Contractor shall also submit such additional information to supplement the reports referred to in sections 10.1 and 10.2 hereof as the Secretary-General may from time to time reasonably require in order to carry out the Authority's functions under the Convention, the Regulations and this contract.

10.4 The Contractor shall keep, in good condition, a representative portion of samples of the polymetallic nodules obtained in the course of exploration until the expiration of this contract. The Authority may request the Contractor in writing to deliver to it for analysis a portion of any such sample obtained during the course of exploration.

Section 11

Data and information to be submitted on expiration of the contract

11.1 The Contractor shall transfer to the Authority all data and information that are both necessary for and relevant to the effective exercise of the powers and functions of the Authority in respect of the exploration area in accordance with the provisions of this section.

11.2 Upon expiration or termination of this contract the Contractor, if it has not already done so, shall submit the following data and information to the Secretary-General:

- (a) Copies of geological, environmental, geochemical and geophysical data acquired by the Contractor in the course of carrying out the programme of activities that are necessary for and relevant to the effective exercise of the powers and functions of the Authority in respect of the exploration area;
- (b) The estimation of mineable areas, when such areas have

- a) die während des Kalenderjahres durchgeführten Forschungsarbeiten einschließlich Seekarten, Diagrammen und Grafiken, die die geleistete Arbeit und die erzielten Ergebnisse darstellen;
- b) die für die Durchführung der Forschungsarbeiten verwendeten Ausrüstungen einschließlich der Ergebnisse von durchgeführten Erprobungen von vorgeschlagenen Abbautechnologien, jedoch ohne Daten über Ausrüstungsdesign; und
- c) die Umsetzung von Ausbildungsprogrammen einschließlich vorgeschlagener Änderungen oder Weiterentwicklungen dieser Programme.

10.2 Diese Berichte enthalten darüber hinaus:

- a) die im Rahmen von Umweltüberwachungsprogrammen gewonnenen Ergebnisse einschließlich Beobachtungen, Messungen, Einschätzungen und Analysen von Umweltdaten;
- b) eine Erklärung über die Menge polymetallischer Knollen, die als Proben oder zu Testzwecken gewonnen wurden;
- c) eine von einer hierzu ordnungsgemäß qualifizierten Firma von öffentlichen berufenen Wirtschaftsprüfern beziehungsweise, wenn es sich bei dem Vertragsnehmer um einen Staat oder ein staatliches Unternehmen handelt, von dem befürwortenden Staat beglaubigte Erklärung im Einklang mit international anerkannten Buchführungsgrundsätzen über die tatsächlichen und unmittelbaren Forschungsausgaben des Vertragsnehmers für die Durchführung des Tätigkeitsprogramms während des Abrechnungsjahres des Vertragsnehmers. Diese Ausgaben können vom Vertragsnehmer als Teil der dem Vertragsnehmer vor Beginn der kommerziellen Produktion entstandenen Entwicklungskosten geltend gemacht werden; und
- d) Einzelheiten über vorgeschlagene Anpassungen des Tätigkeitsprogramms sowie die Gründe für diese Anpassungen.

10.3 Darüber hinaus legt der Vertragsnehmer die zusätzlichen Informationen zur Ergänzung der in Abschnitt 10.1 und 10.2 dieses Vertrages genannten Berichte vor, die der Generalsekretär von Zeit zu Zeit angemessenerweise anfordern kann, um die Aufgaben der Behörde gemäß dem Seerechtsübereinkommen, den Bestimmungen und diesem Vertrag zu erfüllen.

10.4 Der Vertragsnehmer bewahrt bis zum Ablauf dieses Vertrages eine repräsentative Auswahl von Proben der im Laufe der Erforschung gewonnenen polymetallischen Knollen in gutem Zustand auf. Die Behörde kann den Vertragsnehmer schriftlich dazu auffordern, ihr einen Teil jeglicher im Laufe der Erforschung gewonnenen Proben zur Analyse zur Verfügung zu stellen.

Abschnitt 11

Bei Ablauf des Vertrages vorzulegende Daten und Informationen

11.1 Der Vertragsnehmer übermittelt der Behörde im Einklang mit den Bestimmungen dieses Abschnitts alle Daten und Informationen, die für die wirksame Ausübung der Befugnisse und Aufgaben der Behörde hinsichtlich des Forschungsfeldes sowohl notwendig als auch erheblich sind.

11.2 Bei Ablauf oder Beendigung dieses Vertrages legt der Vertragsnehmer, sofern er dies nicht bereits getan hat, dem Generalsekretär die folgenden Daten und Informationen vor:

- a) Kopien der vom Vertragsnehmer im Laufe der Durchführung des Tätigkeitsprogramms gewonnenen geologischen, umweltbezogenen, geochemischen und geophysischen Daten, die für die wirksame Ausübung der Befugnisse und Aufgaben der Behörde hinsichtlich des Forschungsfeldes notwendig und erheblich sind;
- b) die Schätzung von bergbaulich nutzbaren Feldern, sobald

been identified, which shall include details of the grade and quantity of the proven, probable and possible polymetallic nodule reserves and the anticipated mining conditions;

- (c) Copies of geological, technical, financial and economic reports made by or for the Contractor that are necessary for and relevant to the effective exercise of the powers and functions of the Authority in respect of the exploration area;
- (d) Information in sufficient detail on the equipment used to carry out the exploration work, including the results of tests conducted of proposed mining technologies, but not equipment design data; and
- (e) A statement of the quantity of polymetallic nodules recovered as samples or for the purpose of testing.

11.3 The data and information referred to in section 11.2 hereof shall also be submitted to the Secretary-General if, prior to the expiration of this contract, the Contractor applies for approval of a plan of work for exploitation or if the Contractor renounces its rights in the exploration area to the extent that such data and information relates to the renounced area.

Section 12 Confidentiality

Data and information transferred to the Authority in accordance with this contract shall be treated as confidential in accordance with the provisions of the Regulations.

Section 13 Undertakings

13.1 The Contractor shall carry out exploration in accordance with the terms and conditions of this contract, the Regulations, Part XI of the Convention, the Agreement and other rules of international law not incompatible with the Convention.

13.2 The Contractor undertakes:

- (a) To accept as enforceable and comply with the terms of this contract;
- (b) To comply with the applicable obligations created by the provisions of the Convention, the rules, regulations and procedures of the Authority and the decisions of the relevant organs of the Authority;
- (c) To accept control by the Authority of activities in the Area as authorized by the Convention;
- (d) To fulfil its obligations under this contract in good faith; and
- (e) To observe, as far as reasonably practicable, any recommendations which may be issued from time to time by the Legal and Technical Commission.

13.3 The Contractor shall actively carry out the programme of activities:

- (a) With due diligence, efficiency and economy; and
- (b) With due regard to the impact of its activities on the marine environment;
- (c) With reasonable regard for other activities in the marine environment.

solche Felder ausgemacht wurden, einschließlich Einzelheiten über den Reinheitsgrad und die Menge der nachgewiesenen, wahrscheinlichen und möglichen Reserven polymetallischer Knollen sowie die voraussichtlichen Abbaubedingungen;

- (c) Abschriften von durch oder für den Vertragsnehmer erstellten geologischen, technischen, finanziellen und wirtschaftlichen Berichten, die für die wirksame Ausübung der Befugnisse und Aufgaben der Behörde hinsichtlich des Erforschungsfeldes notwendig und maßgeblich sind;
- (d) ausreichend detaillierte Informationen über die für die Durchführung der Erforschungsarbeiten verwendeten Ausrüstungen einschließlich der Ergebnisse von durchgeführten Erprobungen von vorgeschlagenen Abbautechnologien, jedoch keine Daten über Ausrüstungsdesign; und
- (e) eine Erklärung über die Menge polymetallischer Knollen, die als Proben oder zu Testzwecken gewonnen wurden.

11.3 Die in Abschnitt 11.2 dieses Vertrages genannten Daten und Informationen werden dem Generalsekretär auch vorgelegt, wenn der Vertragsnehmer vor Ablauf dieses Vertrages die Bestätigung eines Arbeitsplans zur Ausbeutung beantragt oder wenn der Vertragsnehmer auf seine Rechte in dem Erforschungsfeld verzichtet in dem Maße, wie diese Daten und Informationen sich auf das durch den Verzicht freigegebene Feld beziehen.

Abschnitt 12 Vertraulichkeit

Gemäß diesem Vertrag an die Behörde übermittelte Daten und Informationen werden im Einklang mit den Vorschriften der Bestimmungen als vertraulich behandelt.

Abschnitt 13 Verpflichtungserklärung

13.1 Der Vertragsnehmer führt die Erforschung im Einklang mit den Bestimmungen und Bedingungen dieses Vertrages, den Bestimmungen, Teil XI des Seerechtsübereinkommens, dem Durchführungsübereinkommen und weiteren mit dem Seerechtsübereinkommen vereinbarten Regeln des Völkerrechtes durch.

13.2 Der Vertragsnehmer verpflichtet sich dazu,

- (a) die Bestimmungen dieses Vertrages als durchsetzbar zu akzeptieren und zu beachten;
- (b) die anwendbaren Pflichten gemäß den Bestimmungen des Seerechtsübereinkommens, den Regeln, Bestimmungen und Verfahren der Behörde und den Beschlüssen der einschlägigen Organe der Behörde zu beachten;
- (c) die Aufsicht über Tätigkeiten im Gebiet durch die Behörde gemäß der Ermächtigung durch das Seerechtsübereinkommen zu akzeptieren;
- (d) seine Pflichten gemäß dem Vertrag nach Treu und Glauben zu erfüllen; und
- (e) soweit angemessenerweise durchführbar die Empfehlungen, die von Zeit zu Zeit von der Rechts- und Fachkommission abgegeben werden können, zu befolgen.

13.3 Der Vertragsnehmer führt das Tätigkeitsprogramm aktiv durch:

- (a) mit gebührendem Einsatz von Sorgfalt, Effizienz und Wirtschaftlichkeit;
- (b) unter angemessener Berücksichtigung der Auswirkungen seiner Tätigkeiten auf die Meeresumwelt; und
- (c) unter angemessener Berücksichtigung sonstiger Tätigkeiten in der Meeresumwelt.

13.4 The Authority undertakes to fulfil in good faith its powers and functions under the Convention and the Agreement in accordance with article 157 of the Convention.

Section 14

Inspection

14.1 The Contractor shall permit the Authority to send its inspectors on board vessels and installations used by the Contractor to carry out activities in the exploration area to:

- (a) Monitor the Contractor's compliance with the terms and conditions of this contract and the Regulations; and
- (b) Monitor the effects of such activities on the marine environment.

14.2 The Secretary-General shall give reasonable notice to the Contractor of the projected time and duration of inspections, the name of the inspectors and any activities the inspectors are to perform that are likely to require the availability of special equipment or special assistance from personnel of the Contractor.

14.3 Such inspectors shall have the authority to inspect any vessel or installation, including its log, equipment, records, facilities, all other recorded data and any relevant documents which are necessary to monitor the Contractor's compliance.

14.4 The Contractor, its agents and employees shall assist the inspectors in the performance of their duties and shall:

- (a) Accept and facilitate prompt and safe boarding of vessels and installations by inspectors;
- (b) Cooperate with and assist in the inspection of any vessel or installation conducted pursuant to these procedures;
- (c) Provide access to all relevant equipment, facilities and personnel on vessels and installations at all reasonable times;
- (d) Not obstruct, intimidate or interfere with inspectors in the performance of their duties;
- (e) Provide reasonable facilities, including, where appropriate, food and accommodation, to inspectors; and
- (f) Facilitate safe disembarkation by inspectors.

14.5 Inspectors shall avoid interference with the safe and normal operations on board vessels and installations used by the Contractor to carry out activities in the area visited and shall act in accordance with the Regulations and the measures adopted to protect confidentiality of data and information.

14.6 The Secretary-General and any duly authorized representatives of the Secretary-General, shall have access, for purposes of audit and examination, to any books, documents, papers and records of the Contractor which are necessary and directly pertinent to verify the expenditures referred to in section 10.2 (c).

14.7 The Secretary-General shall provide relevant information contained in the reports of inspectors to the Contractor and its sponsoring State or States where action is necessary.

14.8 If for any reason the Contractor does not pursue exploration and does not request a contract for exploitation, it shall, before withdrawing from the exploration area, notify the Secre-

13.4 Die Behörde verpflichtet sich dazu, nach Treu und Glauben ihre Befugnisse und Aufgaben gemäß dem Seerechtsübereinkommen und dem Durchführungsübereinkommen im Einklang mit Artikel 157 des Seerechtsübereinkommens zu erfüllen.

Abschnitt 14

Inspektion

14.1 Der Vertragsnehmer gestattet der Behörde, ihre Inspektoren an Bord von Schiffen und in Anlagen zu entsenden, die von dem Vertragsnehmer zur Durchführung von Tätigkeiten im Erforschungsfeld verwendet werden,

- a) um die Einhaltung der Bestimmungen und Bedingungen dieses Vertrages und der Bestimmungen seitens des Vertragsnehmers zu überwachen; und
- b) um die Auswirkungen dieser Tätigkeiten auf die Meeresumwelt zu überwachen.

14.2 Der Generalsekretär zeigt dem Vertragsnehmer rechtzeitig den geplanten Zeitpunkt und die vorgesehene Dauer von Inspektionen, die Namen der Inspektoren sowie alle Tätigkeiten an, die die Inspektoren ausüben werden und für die voraussichtlich Spezialausrüstungen oder die spezielle Unterstützung seitens des Personals des Vertragsnehmers notwendig sind.

14.3 Diese Inspektoren sind dazu befugt, Schiffe und Anlagen einschließlich deren Logbuch, Ausrüstungen, Aufzeichnungen, Einrichtungen, alle sonstigen aufgezeichneten Daten sowie alle einschlägigen Dokumente zu inspizieren, die erforderlich sind, um deren Einhaltung seitens des Auftragnehmers zu überwachen.

14.4 Der Vertragsnehmer, seine Bevollmächtigten und Beschäftigten unterstützen die Inspektoren bei der Erfüllung ihrer Aufgaben und

- a) akzeptieren und erleichtern den unverzüglichen und sicheren Zutritt von Inspektoren zu Schiffen und Anlagen;
- b) arbeiten mit den Inspektoren bei gemäß diesen Verfahren durchgeführten Inspektionen von Schiffen oder Anlagen zusammen und unterstützen diese dabei;
- c) ermöglichen den Zugang zu allen einschlägigen Ausrüstungen, Einrichtungen und Mitarbeitern an Bord von Schiffen und Anlagen zu allen angemessenen Zeiten;
- d) werden nichts unternehmen, was die Inspektoren bei der Ausübung ihrer Pflichten behindern, sie einschüchtern und stören könnte;
- e) stellen den Inspektoren angemessene Einrichtungen einschließlich gegebenenfalls Verpflegung und Unterkunft zur Verfügung; und
- f) erleichtern das sichere Vonbordgehen der Inspektoren.

14.5 Inspektoren vermeiden eine Störung des sicheren und normalen Betriebs an Bord von Schiffen und Anlagen, die vom Vertragsnehmer zur Ausübung von Tätigkeiten in dem besuchten Feld verwendet werden, und handeln in Übereinstimmung mit den Bestimmungen und den zum Schutz der Vertraulichkeit von Daten und Informationen ergriffenen Maßnahmen.

14.6 Der Generalsekretär und alle gehörig befugten Vertreter des Generalsekretärs haben zum Zwecke der Prüfung und Revision Zugang zu allen Geschäftsbüchern, Dokumenten, Papieren und Aufzeichnungen des Vertragsnehmers, die zur Bestätigung der in Abschnitt 10.2 Buchstabe c genannten Aufwendungen notwendig und unmittelbar sachdienlich sind.

14.7 Der Generalsekretär stellt dem Vertragsnehmer und seinem befürwortenden Staat beziehungsweise seinen befürwortenden Staaten bei Bedarf einschlägige Informationen aus den Berichten von Inspektoren zur Verfügung.

14.8 Wenn der Vertragsnehmer aus irgendeinem Grund die Erforschung nicht aufnimmt und keinen Ausbeutungsvertrag beantragt, so benachrichtigt er den Generalsekretär vor seinem

tary-General in writing in order to permit the Authority, if it so decides, to carry out an inspection pursuant to this section.

Section 15

Safety, labour and health standards

15.1 The Contractor shall comply with the generally accepted international rules and standards established by competent international organizations or general diplomatic conferences concerning the safety of life at sea, and the prevention of collisions and such rules, regulations and procedures as may be adopted by the Authority relating to safety at sea. Each vessel used for carrying out activities in the Area shall possess current valid certificates required by and issued pursuant to such international rules and standards.

15.2 The Contractor shall, in carrying out exploration under this contract, observe and comply with such rules, regulations and procedures as may be adopted by the Authority relating to protection against discrimination in employment, occupational safety and health, labour relations, social security, employment security and living conditions at the work site. Such rules, regulations and procedures shall take into account conventions and recommendations of the International Labour Organization and other competent international organizations.

Section 16

Responsibility and liability

16.1 The Contractor shall be liable for the actual amount of any damage, including damage to the marine environment, arising out of its wrongful acts or omissions, and those of its employees, subcontractors, agents and all persons engaged in working or acting for them in the conduct of its operations under this contract, including the costs of reasonable measures to prevent or limit damage to the marine environment, account being taken of any contributory acts or omissions by the Authority.

16.2 The Contractor shall indemnify the Authority, its employees, subcontractors and agents against all claims and liabilities of any third party arising out of any wrongful acts or omissions of the Contractor and its employees, agents and subcontractors, and all persons engaged in working or acting for them in the conduct of its operations under this contract.

16.3 The Authority shall be liable for the actual amount of any damage to the Contractor arising out of its wrongful acts in the exercise of its powers and functions, including violations under article 168, paragraph 2, of the Convention, account being taken of contributory acts or omissions by the Contractor, its employees, agents and subcontractors, and all persons engaged in working or acting for them in the conduct of its operations under this contract.

16.4 The Authority shall indemnify the Contractor, its employees, subcontractors, agents and all persons engaged in working or acting for them in the conduct of its operations under this contract, against all claims and liabilities of any third party arising out of any wrongful acts or omissions in the exercise of its powers and functions hereunder, including violations under article 168, paragraph 2, of the Convention.

Rückzug aus dem Erforschungsfeld schriftlich darüber, um es der Behörde zu ermöglichen, gemäß diesem Abschnitt eine Inspektion durchzuführen, falls sie einen entsprechenden Beschluss fasst.

Abschnitt 15

Sicherheits-, Arbeits- und Gesundheitsanforderungen

15.1 Der Vertragsnehmer beachtet die von zuständigen internationalen Organisationen oder diplomatischen Konferenzen aufgestellten, allgemein anerkannten internationalen Regeln und Anforderungen bezüglich der Sicherheit von Leben auf See und der Verhütung von Kollisionen sowie Regeln, Bestimmungen und Verfahren hinsichtlich der Sicherheit auf See, die von der Behörde angenommen werden können. Jedes zur Durchführung von Tätigkeiten im Gebiet eingesetzte Schiff muss im Besitz von gemäß diesen internationalen Regeln und Standards erforderlichen und ausgestellten aktuellen, gültigen Genehmigungen sein.

15.2 Der Vertragsnehmer muss bei der Durchführung der Erforschung gemäß diesem Vertrag Regeln, Bestimmungen und Verfahren befolgen und beachten, die von der Behörde zum Schutz vor Diskriminierung am Arbeitsplatz, Arbeitssicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz, Tarifbeziehungen, soziale Sicherheit, Arbeitnehmerschutz und Lebensbedingungen am Arbeitsplatz angenommen werden können. Diese Regeln, Bestimmungen und Verfahren müssen Übereinkommen und Empfehlungen der Internationalen Arbeitsorganisation und anderer zuständiger internationaler Organisationen berücksichtigen.

Abschnitt 16

Verantwortlichkeit und Haftung

16.1 Der Vertragsnehmer ist haftbar für die tatsächliche Höhe von Schäden einschließlich Schäden an der Meeresumwelt als Folge von rechtswidrigen Handlungen oder Unterlassungen seinerseits sowie seiner Beschäftigten, Subunternehmer, Bevollmächtigten und aller Personen, die im Rahmen seiner Tätigkeit gemäß diesem Vertrag für sie arbeiten oder handeln, einschließlich für die Kosten angemessener Maßnahmen zur Verhütung oder Begrenzung von Schäden an der Meeresumwelt, wobei mitverursachende Handlungen oder Unterlassungen seitens der Behörde berücksichtigt werden.

16.2 Der Vertragsnehmer stellt die Behörde, seine Beschäftigten, Subunternehmer und Bevollmächtigten frei von Forderungen und Haftungsansprüchen Dritter infolge von rechtswidrigen Handlungen oder Unterlassungen seitens des Vertragsnehmers und seiner Beschäftigten, Bevollmächtigten und Subunternehmer sowie aller Personen, die für sie im Rahmen seiner Tätigkeit gemäß diesem Vertrag arbeiten oder handeln.

16.3 Die Behörde ist für die tatsächliche Höhe von dem Vertragsnehmer entstandenen Schäden infolge von rechtswidrigen Handlungen bei der Ausübung ihrer Befugnisse und Aufgaben haftbar einschließlich Verstößen nach Artikel 168 Absatz 2 des Seerechtsübereinkommens, wobei mitverursachende Handlungen oder Unterlassungen seitens des Vertragsnehmers, seiner Beschäftigten, Bevollmächtigten und Subunternehmer sowie aller Personen, die für sie im Rahmen seiner Tätigkeit gemäß diesem Vertrag arbeiten oder handeln, berücksichtigt werden.

16.4 Die Behörde stellt den Vertragsnehmer, seine Beschäftigten, Subunternehmer, Bevollmächtigten und alle Personen, die für sie im Rahmen seiner Tätigkeit gemäß diesem Vertrag arbeiten oder handeln, frei von Forderungen und Haftungsansprüchen Dritter infolge von rechtswidrigen Handlungen oder Unterlassungen bei der Ausübung ihrer Befugnisse und Aufgaben einschließlich Verstößen gemäß Artikel 168 Absatz 2 des Seerechtsübereinkommens.

16.5 The Contractor shall maintain appropriate insurance policies with internationally recognized carriers, in accordance with generally accepted international maritime practice.

Section 17

Force majeure

17.1 The Contractor shall not be liable for an unavoidable delay or failure to perform any of its obligations under this contract due to force majeure. For the purposes of this contract, force majeure shall mean an event or condition that the Contractor could not reasonably be expected to prevent or control; provided that the event or condition was not caused by negligence or by a failure to observe good mining industry practice.

17.2 The Contractor shall, upon request, be granted a time extension equal to the period by which performance was delayed hereunder by force majeure and the term of this contract shall be extended accordingly.

17.3 In the event of force majeure, the Contractor shall take all reasonable measures to remove its inability to perform and comply with the terms and conditions of this contract with a minimum of delay; provided that the Contractor shall not be obligated to resolve or terminate any labour dispute or any other disagreement with a third party except on terms satisfactory to it or pursuant to a final decision of any agency having jurisdiction to resolve the dispute.

17.4 The Contractor shall give notice to the Authority of the occurrence of an event of force majeure as soon as reasonably possible, and similarly give notice to the Authority of the restoration of normal conditions.

Section 18

Disclaimer

Neither the Contractor nor any affiliated company or subcontractor shall in any manner claim or suggest, whether expressly or by implication, that the Authority or any official thereof has, or has expressed, any opinion with respect to polymetallic nodules in the exploration area and a statement to that effect shall not be included in or endorsed on any prospectus, notice, circular, advertisement, press release or similar document issued by the Contractor, any affiliated company or any subcontractor that refers directly or indirectly to this contract. For the purposes of this section, an "affiliated company" means any person, firm or company or State-owned entity controlling, controlled by, or under common control with, the Contractor.

Section 19

Renunciation of rights

The Contractor, by notice to the Authority, shall have the right to renounce its rights and terminate this contract without penalty, provided that the Contractor shall remain liable for all obligations accrued prior to the date of such renunciation and those obligations required to be fulfilled after termination in accordance with the Regulations.

16.5 Der Vertragsnehmer hält angemessene Versicherungspolices mit international anerkannten Unternehmen im Einklang mit allgemein anerkannten internationalen Verhaltensregeln auf See.

Abschnitt 17

Höhere Gewalt

17.1 Der Vertragsnehmer haftet nicht für unvermeidbare Verzögerungen der Erfüllung oder die Nichterfüllung seiner Verpflichtungen gemäß diesem Vertrag aufgrund höherer Gewalt. Für die Zwecke dieses Vertrages bedeutet höhere Gewalt ein Ereignis oder einen Zustand, dessen Verhütung oder Kontrolle vom Vertragsnehmer angemessenerweise nicht erwartet werden kann; vorausgesetzt, dass das Ereignis oder der Zustand nicht durch Fahrlässigkeit oder die Nichtbeachtung guter bergbaulicher Praxis verursacht wurde.

17.2 Dem Vertragsnehmer wird auf Antrag eine Verlängerung gewährt, die dem Zeitraum entspricht, durch den die Vertragserfüllung aufgrund höherer Gewalt verzögert wurde, und die Dauer dieses Vertrages wird entsprechend verlängert.

17.3 Im Falle höherer Gewalt ergreift der Vertragsnehmer mit geringstmöglicher Verzögerung alle angemessenen Maßnahmen zur Beseitigung der Gründe, die ihn hindern, die Bestimmungen und Bedingungen dieses Vertrages zu erfüllen und einzuhalten; vorausgesetzt, dass der Vertragsnehmer keinen Arbeitskonflikt oder sonstige Unstimmigkeiten mit Dritten beilegen oder beenden muss, außer zu für ihn zufriedenstellenden Bedingungen oder gemäß einem endgültigen Beschluss einer Behörde, die für die Beilegung des Konfliktes zuständig ist.

17.4 Sobald dies angemessenerweise möglich ist, teilt der Vertragsnehmer der Behörde das Eintreten eines Ereignisses von höherer Gewalt sowie die Wiederherstellung normaler Verhältnisse mit.

Abschnitt 18

Ausschluss

Weder der Vertragsnehmer noch ein verbundenes Unternehmen oder ein Subunternehmer dürfen in irgendeiner Weise ausdrücklich oder indirekt behaupten oder nahe legen, dass die Behörde oder ein Beamter derselben eine Meinung hinsichtlich polymetallischer Knollen in dem Erforschungsfeld hat oder geäußert hat, und eine Erklärung in diesem Sinne darf nicht in einen Prospekt, eine Mitteilung, ein Rundschreiben, eine Werbung, eine Presseerklärung oder ein ähnliches, vom Vertragsnehmer, einem verbundenen Unternehmen oder einem Subunternehmer veröffentlichtes Dokument, das direkt oder indirekt auf diesen Vertrag Bezug nimmt, aufgenommen oder darauf vermerkt werden. Für die Zwecke dieses Abschnittes bedeutet „verbundenes Unternehmen“ jede Person, Firma, Gesellschaft oder jeden im Staatseigentum stehenden Rechtsträger, unter deren beziehungsweise dessen Kontrolle der Vertragsnehmer steht, den der Vertragsnehmer kontrolliert oder der mit dem Vertragsnehmer unter gemeinsamer Kontrolle steht.

Abschnitt 19

Verzicht auf Rechte

Der Vertragsnehmer hat das Recht, durch Mitteilung an die Behörde auf seine Rechte zu verzichten und diesen Vertrag straffrei zu beenden, vorausgesetzt, dass der Vertragsnehmer für alle vor dem Zeitpunkt eines solchen Verzichtes entstandenen Verpflichtungen sowie jene Verpflichtungen haftbar bleibt, die nach Beendigung gemäß den Bestimmungen erfüllt werden müssen.

Section 20

Termination of sponsorship

20.1 If the nationality or control of the Contractor changes or the Contractor's sponsoring State, as defined in the Regulations, terminates its sponsorship, the Contractor shall promptly notify the Authority forthwith.

20.2 In either such event, if the Contractor does not obtain another sponsor meeting the requirements prescribed in the Regulations which submits to the Authority a certificate of sponsorship for the Contractor in the prescribed form within the time specified in the Regulations, this contract shall terminate forthwith.

Section 21

Suspension and termination of contract and penalties

21.1 The Council may suspend or terminate this contract, without prejudice to any other rights that the Authority may have, if any of the following events should occur:

- (a) If, in spite of written warnings by the Authority, the Contractor has conducted its activities in such a way as to result in serious persistent and wilful violations of the fundamental terms of this contract, Part XI of the Convention, the Agreement and the rules, regulations and procedures of the Authority; or
- (b) If the Contractor has failed to comply with a final binding decision of the dispute settlement body applicable to it; or
- (c) If the Contractor becomes insolvent or commits an act of bankruptcy or enters into any agreement for composition with its creditors or goes into liquidation or receivership, whether compulsory or voluntary, or petitions or applies to any tribunal for the appointment of a receiver or a trustee or receiver for itself or commences any proceedings relating to itself under any bankruptcy, insolvency or readjustment of debt law, whether now or hereafter in effect, other than for the purpose of reconstruction.

21.2 Any suspension or termination shall be by notice, through the Secretary-General, which shall include a statement of the reasons for taking such action. The suspension or termination shall be effective 60 days after such notice, unless the Contractor within such period disputes the Authority's right to suspend or terminate this contract in accordance with Part XI, section 5, of the Convention.

21.3 If the Contractor takes such action, this contract shall only be suspended or terminated in accordance with a final binding decision in accordance with Part XI, section 5, of the Convention.

21.4 If the Council has suspended this contract, the Council may by notice require the Contractor to resume its operations and comply with the terms and conditions of this contract, not later than 60 days after such notice.

21.5 In the case of any violation of this contract not covered by section 21.1 (a) hereof, or in lieu of suspension or termination under section 21.1 hereof, the Council may impose upon the Contractor monetary penalties proportionate to the seriousness of the violation.

Abschnitt 20

Beendigung der Befürwortung

20.1 Ändert sich die Staatsangehörigkeit des Vertragsnehmers oder die Kontrolle über den Vertragsnehmer oder beendet der befürwortende Staat des Vertragsnehmers, wie in den Bestimmungen definiert, seine Befürwortung, so benachrichtigt der Vertragsnehmer die Behörde unverzüglich darüber.

20.2 In beiden Fällen endet dieser Vertrag unverzüglich, wenn der Vertragsnehmer keinen anderen Befürworter findet, der die in den Bestimmungen genannten Anforderungen erfüllt und der der Behörde für den Vertragsnehmer eine Befürwortungsbescheinigung in der vorgegebenen Form und innerhalb des in den Bestimmungen genannten Zeitraumes vorlegt.

Abschnitt 21

Aussetzung und Beendigung des Vertrages und Strafen

21.1 Der Rat kann unbeschadet anderer Rechte, die die Behörde haben kann, diesen Vertrag aussetzen oder beenden, wenn einer der folgenden Fälle eintritt:

- a) wenn der Vertragsnehmer trotz schriftlicher Verwarnungen der Behörde seine Tätigkeiten in einer Weise durchgeführt hat, die zu einer erheblichen, andauernden und vorsätzlichen Missachtung der grundlegenden Bestimmungen dieses Vertrages, von Teil XI des Seerechtsübereinkommens, des Durchführungsübereinkommens und der Regeln, Bestimmungen und Verfahren der Behörde geführt hat; oder
- b) wenn der Vertragsnehmer eine auf ihn anwendbare endgültige und verbindliche Entscheidung des Streitbeilegungsorgans missachtet hat; oder
- c) wenn der Vertragsnehmer insolvent wird oder ein Konkursdelikt begeht oder eine Vereinbarung über einen Vergleich mit seinen Gläubigern eingeht oder gezwungenermaßen oder freiwillig in die Liquidation oder Konkursverwaltung geht oder bei einem Gerichtshof ersucht oder beantragt, dass ein Erwerber oder Treuhänder für ihn bestellt wird, oder ein Verfahren im Zusammenhang mit ihm gemäß einem Gesetz bezüglich Konkurs, Insolvenz oder Schuldenneuregelung beginnt, das entweder sofort oder später wirksam wird und nicht dem Zweck der Sanierung dient.

21.2 Jede Aussetzung oder Beendigung erfolgt durch den Generalsekretär auf dem Wege der Mitteilung, die eine Erklärung über die Gründe für diese Maßnahme enthält. Die Aussetzung oder Beendigung wird 60 Tage nach dieser Mitteilung wirksam, es sei denn, der Vertragsnehmer ficht innerhalb dieses Zeitraumes gemäß Teil XI Abschnitt 5 des Seerechtsübereinkommens das Recht der Behörde an, diesen Vertrag auszusetzen oder zu beenden.

21.3 Wenn der Vertragsnehmer solche Maßnahmen ergreift, wird dieser Vertrag nur gemäß einer endgültigen und verbindlichen Entscheidung im Einklang mit Teil XI Abschnitt 5 des Seerechtsübereinkommens ausgesetzt oder beendet.

21.4 Wenn der Rat diesen Vertrag ausgesetzt hat, kann der Rat den Vertragsnehmer auf dem Wege der Mitteilung dazu auffordern, innerhalb von 60 Tagen nach dieser Mitteilung seine Arbeiten wiederaufzunehmen und die Bestimmungen und Bedingungen dieses Vertrages zu beachten.

21.5 Im Falle einer nicht von Abschnitt 21.1 Buchstabe a dieses Vertrages erfassten Zuwiderhandlung gegen diesen Vertrag oder anstelle einer Aussetzung oder Beendigung gemäß Abschnitt 21.1 dieses Vertrages kann der Rat dem Vertragsnehmer der Schwere der Zuwiderhandlung entsprechende Geldstrafen auferlegen.

21.6 The Council may not execute a decision involving monetary penalties until the Contractor has been accorded a reasonable opportunity to exhaust the judicial remedies available to it pursuant to Part XI, section 5, of the Convention.

21.7 In the event of termination or expiration of this contract, the Contractor shall comply with the Regulations and shall remove all installations, plant, equipment and materials in the exploration area and shall make the area safe so as not to constitute a danger to persons, shipping or to the marine environment.

Section 22

Transfer of rights and obligations

22.1 The rights and obligations of the Contractor under this contract may be transferred in whole or in part only with the consent of the Authority and in accordance with the Regulations.

22.2 The Authority shall not unreasonably withhold consent to the transfer if the proposed transferee is in all respects a qualified applicant in accordance with the Regulations and assumes all of the obligations of the Contractor and if the transfer does not confer to the transferee a plan of work, the approval of which would be forbidden by Annex 3, article 6, paragraph 3 (c), of the Convention.

22.3 The terms, undertakings and conditions of this contract shall inure to the benefit of and be binding upon the parties hereto and their respective successors and assigns.

Section 23

No waiver

No waiver by either party of any rights pursuant to a breach of the terms and conditions of this contract to be performed by the other party shall be construed as a waiver by the party of any succeeding breach of the same or any other term or condition to be performed by the other party.

Section 24

Revision

24.1 When circumstances have arisen or are likely to arise which, in the opinion of the Authority or the Contractor, would render this contract inequitable or make it impracticable or impossible to achieve the objectives set out in this contract or in Part XI of the Convention or the Agreement, the parties shall enter into negotiations to revise it accordingly.

24.2 This contract may also be revised by agreement between the Contractor and the Authority to facilitate the application of any rules, regulations and procedures adopted by the Authority subsequent to the entry into force of this contract.

24.3 This contract may be revised, amended or otherwise modified only with the consent of the Contractor and the Authority by an appropriate instrument signed by the authorized representatives of the parties.

Section 25

Disputes

25.1 Any dispute between the parties concerning the interpretation or application of this contract shall be settled in accordance with Part XI, section 5, of the Convention.

21.6 Der Rat darf keinen Geldstrafen beinhaltenden Beschluss ausführen, bis dem Vertragsnehmer eine angemessene Gelegenheit gegeben wurde, die ihm gemäß Teil XI Abschnitt 5 des Seerechtsübereinkommens zur Verfügung stehenden Rechtsmittel auszuschöpfen.

21.7 Im Falle der Beendigung oder des Ablaufes dieses Vertrages hält der Vertragsnehmer die Bestimmungen ein und entfernt alle Vorrichtungen, Ausrüstungen und Materialien in dem Erforschungsfeld und stellt die Sicherheit des Feldes sicher, damit keine Gefahr für Menschen, Schifffahrt oder Meeresumwelt besteht.

Abschnitt 22

Übertragung von Rechten und Pflichten

22.1 Die Rechte und Pflichten des Vertragsnehmers gemäß diesem Vertrag können nur mit Zustimmung der Behörde und im Einklang mit den Bestimmungen ganz oder teilweise übertragen werden.

22.2 Die Behörde verweigert nicht grundlos die Zustimmung zur Übertragung, wenn der vorgeschlagene Erwerber der Rechte und Pflichten in jeder Hinsicht ein geeigneter Antragsteller gemäß diesen Bestimmungen ist und alle Pflichten des Vertragsnehmers übernimmt und wenn die Übertragung dem Erwerber keinen Arbeitsplan überträgt, dessen Bestätigung gemäß Artikel 6 Absatz 3 Buchstabe c der Anlage III zum Seerechtsübereinkommen untersagt wäre.

22.3 Die Bestimmungen, Verpflichtungen und Bedingungen dieses Vertrages sollen den Vertragsparteien und deren jeweiligen Rechtsnachfolgern und Erwerbern zugute kommen und für sie verbindlich sein.

Abschnitt 23

Kein Verzicht

Kein Verzicht einer Partei auf Rechte infolge einer Nichteinhaltung der durch die andere Partei zu erfüllenden Bestimmungen und Bedingungen dieses Vertrages wird als Verzicht der Partei in Bezug auf eine spätere Nichtbeachtung derselben oder einer anderen durch die andere Partei zu erfüllende Bestimmung oder Bedingung ausgelegt.

Abschnitt 24

Vertragsänderung

24.1 Wenn Umstände eingetreten sind oder wahrscheinlich eintreten werden, die aus Sicht der Behörde oder des Vertragsnehmers diesen Vertrag unbillig machen würden oder aufgrund derer es undurchführbar oder unmöglich würde, die in diesem Vertrag oder in Teil XI des Seerechtsübereinkommens oder in dem Durchführungsübereinkommen dargelegten Ziele zu erreichen, nehmen die Vertragsparteien Verhandlungen auf, um den Vertrag entsprechend zu ändern.

24.2 Dieser Vertrag kann ebenso im Einvernehmen zwischen dem Vertragsnehmer und der Behörde abgeändert werden, um die Anwendung der von der Behörde nach Inkrafttreten dieses Vertrages angenommenen Regeln, Bestimmungen und Verfahren zu erleichtern.

24.3 Dieser Vertrag darf nur mit Zustimmung des Vertragsnehmers und der Behörde mittels einer geeigneten, von den hierzu befugten Repräsentanten der Parteien unterzeichneten Urkunde geändert, ergänzt oder anderweitig modifiziert werden.

Abschnitt 25

Streitigkeiten

25.1 Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien bezüglich der Auslegung oder Anwendung dieses Vertrages werden im Einklang mit Teil XI Abschnitt 5 des Seerechtsübereinkommens beigelegt.

25.2 Any final decision rendered by a court or tribunal having jurisdiction under the Convention relating to the rights and obligations of the Authority and of the Contractor shall be enforceable in the territory of each State Party to the Convention.

Section 26

Notice

26.1 Any application, request, notice, report, consent, approval, waiver, direction or instruction hereunder shall be made by the Secretary-General or by the designated representative of the Contractor, as the case may be, in writing. Service shall be by hand, or by telex, facsimile or registered airmail to the Secretary-General at the headquarters of the Authority or to the designated representative.

26.2 Either party shall be entitled to change any such address to any other address by not less than ten days' notice to the other party.

26.3 Delivery by hand shall be effective when made. Delivery by telex shall be deemed to be effective on the business day following the day when the "answer back" appears on the sender's telex machine. Delivery by facsimile shall be effective when the "transmit confirmation report" confirming the transmission to the recipient's published facsimile number is received by the transmitter. Delivery by registered airmail shall be deemed to be effective 21 days after posting.

26.4 Notice to the designated representative of the Contractor shall constitute effective notice to the Contractor for all purposes under this contract, and the designated representative shall be the Contractor's agent for the service of process or notification in any proceeding of any court or tribunal having jurisdiction.

26.5 Notice to the Secretary-General shall constitute effective notice to the Authority for all purposes under this contract, and the Secretary-General shall be the Authority's agent for the service of process or notification in any proceeding of any court or tribunal having jurisdiction.

Section 27

Applicable law

27.1 This contract shall be governed by the terms of this contract, the rules, regulations and procedures of the Authority, Part XI of the Convention, the Agreement and other rules of international law not incompatible with the Convention.

27.2 The Contractor, its employees, subcontractors, agents and all persons engaged in working or acting for them in the conduct of its operations under this contract shall observe the applicable law referred to in section 27.1 hereof and shall not engage in any transaction, directly or indirectly, prohibited by the applicable law.

27.3 Nothing contained in this contract shall be deemed an exemption from the necessity of applying for and obtaining any permit or authority that may be required for any activities under this contract.

25.2 Jede rechtskräftige Entscheidung eines gemäß dem Seerechtsübereinkommen zuständigen Gerichtes oder Gerichtshofes bezüglich der Rechte und Pflichten der Behörde und des Vertragsnehmers ist im Hoheitsgebiet jedes Vertragsstaates des Seerechtsübereinkommens vollstreckbar.

Abschnitt 26

Mitteilung

26.1 Alle Anträge, Anfragen, Mitteilungen, Berichte, Zustimmungen, Genehmigungen, Verzichtserklärungen, Anordnungen oder Anweisungen gemäß diesem Vertrag erfolgen schriftlich durch den Generalsekretär oder gegebenenfalls den benannten Repräsentanten des Vertragsnehmers. Sie werden dem Generalsekretär am Hauptsitz der Behörde beziehungsweise dem benannten Repräsentanten durch Boten, per Telex, Telefax oder eingeschriebener Luftpost zugestellt.

26.2 Jede Partei ist berechtigt, diese Anschrift zu ändern und dies der anderen Partei mit einer Vorankündigungsfrist von mindestens zehn Tagen mitzuteilen.

26.3 Die Zustellung durch Boten gilt als wirksam, sobald sie erfolgt ist. Die Zustellung per Telex gilt an dem Geschäftstag nach dem Tag als wirksam, an dem „Rückantwort“ auf dem Telexgerät des Absenders erscheint. Die Zustellung per Telefax gilt als wirksam, wenn der Absender den „Sendebericht“ zur Bestätigung der Übertragung an die veröffentlichte Telefaxnummer des Empfängers erhält. Die Zustellung per eingeschriebener Luftpost gilt 21 Tage nach Aufgabe als wirksam.

26.4 Eine Mitteilung an den benannten Repräsentanten des Vertragsnehmers stellt für alle Zwecke gemäß diesem Vertrag eine wirksame Mitteilung an den Vertragsnehmer dar, und der benannte Repräsentant ist für die Zustellung der Ladung und der Klageschrift oder von Benachrichtigungen in allen Verfahren von zuständigen Gerichten oder Gerichtshöfen der Bevollmächtigte des Vertragsnehmers.

26.5 Eine Mitteilung an den Generalsekretär stellt für alle Zwecke gemäß diesem Vertrag eine wirksame Mitteilung an die Behörde dar, und der Generalsekretär ist für die Zustellung der Ladung und der Klageschrift oder von Notifikationen in allen Verfahren von zuständigen Gerichten oder Gerichtshöfen der Bevollmächtigte der Behörde.

Abschnitt 27

Anwendbares Recht

27.1 Dieser Vertrag unterliegt den Bestimmungen dieses Vertrages, den Regeln, Bestimmungen und Verfahren der Behörde, Teil XI des Seerechtsübereinkommens, dem Durchführungsübereinkommen und sonstigen mit dem Seerechtsübereinkommen nicht unvereinbaren Regeln des Völkerrechts.

27.2 Der Vertragsnehmer, seine Beschäftigten, Subunternehmer, Bevollmächtigten und alle Personen, die im Rahmen seiner Tätigkeit gemäß diesem Vertrag für sie arbeiten oder handeln, befolgen das in Abschnitt 27.1 dieses Vertrages genannte anwendbare Recht und beteiligen sich nicht direkt oder indirekt an durch das anwendbare Recht untersagten Vorhaben.

27.3 Nichts in diesem Vertrag soll als Ausnahme von der Notwendigkeit verstanden werden, eine für Tätigkeiten gemäß diesem Vertrag erforderliche Erlaubnis oder Genehmigung zu beantragen und zu erhalten.

Section 28

Interpretation

The division of this contract into sections and subsections and the insertion of headings are for convenience of reference only and shall not affect the construction or interpretation hereof.

Section 29

Additional documents

Each party hereto agrees to execute and deliver all such further instruments, and to do and perform all such further acts and things as may be necessary or expedient to give effect to the provisions of this contract.

Abschnitt 28

Auslegung

Die Unterteilung dieses Vertrages in Abschnitte und Unterabschnitte und die Einfügung von Überschriften dienen lediglich der leichteren Bezugnahme und haben keinerlei Auswirkung auf den Aufbau oder die Deutung dieses Vertrages.

Abschnitt 29

Zusätzliche Dokumente

Jede Vertragspartei stimmt zu, alle weiteren Urkunden auszufertigen und auszuhändigen und alle weiteren Handlungen vorzunehmen und Maßnahmen durchzuführen, die zur Umsetzung dieses Vertrages erforderlich oder zweckdienlich sind.

**Verordnung
zu dem Abkommen vom 8. März 2001
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Weltgesundheitsorganisation, Regionalbüro für Europa,
über den Sitz des Europäischen Zentrums für Umwelt und Gesundheit
– Büro Bonn, WHO-Regionalbüro für Europa**

Vom 9. Dezember 2003

Auf Grund des Artikels 2 Abs. 2 des Gesetzes vom 5. Juni 1996 zu dem Abkommen vom 10. November 1995 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinten Nationen über den Sitz des Freiwilligenprogramms der Vereinten Nationen (BGBl. 1996 II S. 903) verordnet die Bundesregierung:

Artikel 1

Das in Kopenhagen am 8. März 2001 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Weltgesundheitsorganisation, Regionalbüro für Europa, über den Sitz des Europäischen Zentrums für Umwelt und Gesundheit – Büro Bonn, WHO-Regionalbüro für Europa, wird hiermit in Kraft gesetzt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Artikel 3 des Gesetzes vom 5. Juni 1996 zu dem Abkommen vom 10. November 1995 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinten Nationen über den Sitz des Freiwilligenprogramms der Vereinten Nationen gilt entsprechend für Bedienstete des Europäischen Zentrums für Umwelt und Gesundheit – Büro Bonn, WHO-Regionalbüro für Europa, beziehungsweise deren Familienangehörige gemäß Artikel 24 Abs. 2 des entsprechend anzuwendenden Abkommens vom 10. November 1995 über den Sitz des Freiwilligenprogramms der Vereinten Nationen.

Artikel 3

(1) Diese Verordnung tritt an dem Tag in Kraft, an dem das Abkommen vom 8. März 2001 nach seinem Artikel 5 Abs. 2 in Kraft tritt.

(2) Diese Verordnung tritt an dem Tag außer Kraft, an dem das Abkommen vom 8. März 2001 nach seinem Artikel 5 Abs. 4 außer Kraft tritt.

(3) Der Tag des Inkrafttretens und der Tag des Außerkrafttretens sind im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Berlin, den 9. Dezember 2003

Der Bundeskanzler
Gerhard Schröder

Der Bundesminister
für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Jürgen Trittin

Der Bundesminister des Auswärtigen
J. Fischer

Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Weltgesundheitsorganisation, Regionalbüro für Europa,
über den Sitz des Europäischen Zentrums für Umwelt und Gesundheit
– Büro Bonn, WHO-Regionalbüro für Europa

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Weltgesundheitsorganisation, Regionalbüro für Europa –

in der Erwägung, dass die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, wie in ihrem Schreiben vom 11. Juni 1999 genauer dargelegt, angeboten hat, ein Projektbüro als Teil des Europäischen Zentrums für Umwelt und Gesundheit der Weltgesundheitsorganisation, das wiederum integraler Bestandteil der Abteilung für fachliche Unterstützung und strategische Entwicklung der Weltgesundheitsorganisation, Regionalbüro für Europa, ist, aufzunehmen, das den Namen „Europäisches Zentrum für Umwelt und Gesundheit – Büro Bonn, WHO-Regionalbüro für Europa“ trägt, und dass die Weltgesundheitsorganisation in ihrer Antwort vom 30. Juli 1999 ihre grundsätzliche Zustimmung vorbehaltlich der Festlegung der weiteren Einzelheiten für die Umsetzung dieses Angebots zum Ausdruck gebracht hat,

in der Erwägung, dass die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Weltgesundheitsorganisation mit gleichem Datum wie dieses Abkommen Noten über die Eröffnung sowie die Finanzierung und Unterbringung des genannten Projektbüros in Bonn, Bundesrepublik Deutschland, gewechselt haben,

in der Erwägung, dass die Bundesrepublik Deutschland dem Abkommen vom 21. November 1947 über die Vorrechte und Befreiungen der Sonderorganisationen in Bezug auf die Weltgesundheitsorganisation am 10. Oktober 1957 beigetreten ist,

eingedenk des am 10. November 1995 geschlossenen Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinten Nationen über den Sitz des Freiwilligenprogramms der Vereinten Nationen und des Notenwechsels desselben Datums zwischen dem Ständigen Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen und dem Administrator des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen über die Auslegung gewisser Bestimmungen des Abkommens sowie des Angebots der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, jenes Abkommen sinngemäß auf das genannte Projektbüro anzuwenden,

in Anwendung des Artikels 4 Absatz 3 des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinten Nationen über den Sitz des Freiwilligenprogramms der Vereinten Nationen, der vorsieht, dass jenes Abkommen „auch durch Vereinbarung zwischen anderen zwischenstaatlichen Einrichtungen, die mit den Vereinten Nationen institutionell verbunden sind, der Regierung und den Vereinten Nationen auf diese Einrichtungen sinngemäß anwendbar gemacht werden“ kann,

in dem Wunsch, ein Abkommen zur Regelung der Angelegenheiten zu schließen, die sich aus der Niederlassung des Europäischen Zentrums für Umwelt und Gesundheit – Büro Bonn, WHO-Regionalbüro für Europa, in der Bundesrepublik Deutschland

ergeben und für die wirksame Durchführung seiner Aufgaben notwendig sind –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Zweck und Geltungsbereich des Abkommens

Dieses Abkommen regelt die Angelegenheiten, die mit der Niederlassung und ordnungsgemäßen Tätigkeit des genannten Projektbüros in der Bundesrepublik Deutschland und von der Bundesrepublik Deutschland aus zusammenhängen oder sich daraus ergeben.

Artikel 2

Begriffsbestimmungen

Für die Zwecke dieses Abkommens gelten die folgenden Begriffsbestimmungen:

- a) „Regierung“ bezeichnet die Regierung der Bundesrepublik Deutschland;
- b) „WHO“ bezeichnet die Weltgesundheitsorganisation, Regionalbüro für Europa;
- c) „Büro“ bezeichnet das Europäische Zentrum für Umwelt und Gesundheit – Büro Bonn, WHO-Regionalbüro für Europa;
- d) „UNV-Sitzabkommen“ bezeichnet das am 10. November 1995 geschlossene Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinten Nationen über den Sitz des Freiwilligenprogramms der Vereinten Nationen und den Notenwechsel desselben Datums zwischen dem Ständigen Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen und dem Administrator des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen über die Auslegung gewisser Bestimmungen des Abkommens;
- e) „Bedienstete“ bezeichnet den Leiter des Büros und alle Mitglieder des Personals des Büros ungeachtet ihrer Staatsangehörigkeit, mit Ausnahme der Ortskräfte, die nach Stunden bezahlt werden;
- f) „Sitzgelände“ bezeichnet die Räumlichkeiten des Büros und alle anderen Räumlichkeiten, die das Büro in der Bundesrepublik Deutschland in Übereinstimmung mit diesem Abkommen oder sonstigen ergänzenden Vereinbarungen mit der Regierung nutzt.

Artikel 3

Anwendung des UNV-Sitzabkommens

(1) Soweit nichts Abweichendes bestimmt ist, werden die Artikel 2, 4 bis 14 und 16 bis 27 Absatz 1 des UNV-Sitzabkommens sinngemäß auf das Büro und seine Bediensteten angewendet.

Dies gilt auch für die Nummern 1 bis 5 sowie 8 und 9 des Notenwechsels zwischen dem Ständigen Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen und dem Administrator des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen über die Auslegung gewisser Bestimmungen des UNV-Sitzabkommens. Das Abkommen und der Notenwechsel dazu sind als Anlage*) beigefügt.

(2) Die nachstehenden im UNV-Sitzabkommen erscheinenden Begriffe sind wie folgt zu verstehen:

- a) „Vereinte Nationen“ und „Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen“ sind als WHO zu verstehen; in Artikel 12 Absatz 4 sind darunter jedoch die Vereinten Nationen zu verstehen;
- b) „Generalsekretär“ ist als der Generaldirektor zu verstehen;
- c) „UNV“, „Freiwilligenprogramm der Vereinten Nationen“ und „Programm“ sind als das Büro zu verstehen; in Artikel 26 Absatz 2 ist darunter jedoch die WHO zu verstehen;
- d) „Übereinkommen über die Vorrechte und Immunitäten der Vereinten Nationen“ ist als das Abkommen von 1947 über die Vorrechte und Befreiungen der Sonderorganisationen zu verstehen;
- e) „Exekutivkoordinator“ ist als der Leiter des Büros zu verstehen;
- f) „Bedienstete des Programms“ sind als Bedienstete im Sinne des Artikels 2 Buchstabe e dieses Abkommens zu verstehen;
- g) „Vertreter der Mitglieder“ sind als die Vertreter der Mitgliedsstaaten und Assoziierten Mitglieder der Weltgesundheitsorganisation zu verstehen.

(3) Die folgenden Bezugnahmen auf Artikel des Übereinkommens über die Vorrechte und Immunitäten der Vereinten Nationen sind als Bezugnahmen auf die entsprechenden Artikel und Anhänge des Abkommens von 1947 über die Vorrechte und Befreiungen der Sonderorganisationen zu verstehen, und zwar wie folgt:

- a) „Artikel VI und VII“ sind als Anhang VII und Artikel VIII zu verstehen;
- b) „Artikel II Abschnitt 7 Buchstabe a“ ist als Artikel III § 9 Buchstabe a zu verstehen;
- c) „Artikel II Abschnitt 8“ ist als Artikel III § 10 zu verstehen;

- d) „Artikel IV“ ist als Artikel V zu verstehen;
- e) „Artikel V und VII“ sind als die Artikel VI und VIII zu verstehen;
- f) „Artikel VII Abschnitt 26“ ist als Artikel VIII § 29 zu verstehen;
- g) „Artikel II Abschnitt 7 Buchstabe b oder Abschnitt 8“ ist als Artikel III § 9 Buchstabe b oder § 10 zu verstehen;
- h) „Artikel II Abschnitt 7 Buchstabe b“ ist als Artikel III § 9 Buchstabe b zu verstehen.

Artikel 4

Rechtspersönlichkeit und Rechtsfähigkeit

Artikel 3 Absatz 1 und 2 des UNV-Sitzabkommens sind wie folgt zu lesen:

„(1) Die WHO, handelnd durch das Büro, besitzt im Gastland volle Rechtspersönlichkeit und kann

- a) Verträge schließen,
- b) bewegliches und unbewegliches Vermögen erwerben und veräußern,
- c) vor Gericht stehen.

(2) Für die Zwecke dieses Artikels wird das Büro durch seinen Leiter vertreten.“

Artikel 5

Schlussbestimmungen

(1) Dieses Abkommen wird gegebenenfalls vom Tag seiner Unterzeichnung an bis zur Erfüllung der in Absatz 2 genannten jeweiligen förmlichen Voraussetzungen für sein Inkrafttreten vorläufig angewendet.

(2) Dieses Abkommen tritt an dem Tag in Kraft, der auf den Eingang der letzten Notifikation folgt, durch welche die Vertragsparteien einander die Erfüllung ihrer jeweiligen förmlichen Voraussetzungen mitgeteilt haben.

(3) Die Weitergeltung dieses Abkommens ist unabhängig von der Weitergeltung des UNV-Sitzabkommens.

(4) Dieses Abkommen tritt 12 Monate nach dem Tag außer Kraft, an dem eine der Vertragsparteien der anderen schriftlich ihren Beschluss anzeigt, das Abkommen zu beenden.

Geschehen zu Kopenhagen am 8. März 2001 in drei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Johann Dreher

Für die Weltgesundheitsorganisation, Regionalbüro für Europa
Marc Danzon

*) s. BGBl. 1996 II S. 903

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens von New York vom 31. März 1953
über die politischen Rechte der Frau**

Vom 21. Oktober 2003

Das Übereinkommen von New York vom 31. März 1953 über die politischen Rechte der Frau (BGBl. 1969 II S. 1929; 1970 II S. 46) wird nach seinem Artikel VI Abs. 2 für

Ruanda am 25. Dezember 2003
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 10. Dezember 2001 (BGBl. 2002 II S. 77).

Berlin, den 21. Oktober 2003

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Läufer

**Bekanntmachung
des deutsch-tadschikischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 23. Oktober 2003

Das in Duschanbe am 15. Juli 2003 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Tadschikistan über Finanzielle Zusammenarbeit 2002 ist nach seinem Artikel 5

am 15. Juli 2003
in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 23. Oktober 2003

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Dr. Ursula Schäfer-Preuss

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Tadschikistan über Finanzielle Zusammenarbeit 2002

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Tadschikistan –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Tadschikistan,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

in dem Bewusstsein, dass die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Republik Tadschikistan beizutragen,

unter Bezugnahme auf die Verbalnote Nr. 290 der Deutschen Botschaft Duschanbe vom 10. Oktober 2002 und auf die Verbalnote Nr. 17-1 (8347) des Außenministeriums der Republik Tadschikistan vom 4. November 2002 –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Tadschikistan oder anderen, von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Empfängern, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, folgenden Betrag zu erhalten: Finanzierungsbeitrag bis zu insgesamt 5 000 000,- EUR, (in Worten: fünf Millionen Euro) für das Vorhaben „Einrichtung eines Gemeindefonds zur Förderung der Grundbildung und Wiederaufbau der kommunalen Infrastruktur“, wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit festgestellt und bestätigt worden ist, dass es als Vorhaben der sozialen Infrastruktur für mittelständische Betriebe oder als selbsthilfeorientierte Maßnahme zur Armutsbekämpfung dient, der die besondere Voraussetzung für die Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrags erfüllt.

(2) Kann bei dem in Absatz 1 bezeichneten Vorhaben die dort genannte Bestätigung nicht erfolgen, so ermöglicht es die Regierung der Bundesrepublik Deutschland der Regierung der Republik Tadschikistan, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau für dieses Vorhaben bis zur Höhe des vorgesehenen Finanzierungsbeitrags ein Darlehen zu erhalten.

(3) Das in Absatz 1 bezeichnete Vorhaben kann im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Tadschikistan durch andere Vorhaben ersetzt werden.

Wird das in Absatz 1 bezeichnete Vorhaben durch ein Vorhaben ersetzt, das als Vorhaben des Umweltschutzes oder der sozialen Infrastruktur oder als Kreditgarantiefonds für mittelständische Betriebe oder als Maßnahme, die der Verbesserung der gesellschaftlichen Stellung von Frauen dient, oder als eine selbsthilfeorientierte Maßnahme zur Armutsbekämpfung die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrags erfüllt, so kann ein Finanzierungsbeitrag, andernfalls ein Darlehen gewährt werden.

(4) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Republik Tadschikistan zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Darlehen oder Finanzierungsbeiträge des in Absatz 1 genannten Vorhabens oder weitere Finanzierungsbeiträge für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung des in Absatz 1 genannten Vorhabens von der Kreditanstalt für Wiederaufbau zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

Artikel 2

(1) Die Verwendung des in Artikel 1 genannten Betrages, die Bedingungen, zu denen er zur Verfügung gestellt wird, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und den Empfängern des Finanzierungsbeitrages zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

Die Zusage des in Artikel 1 Absatz 1 genannten Betrages entfällt, soweit nicht innerhalb einer Frist von 8 Jahren nach dem Zusagejahr die entsprechenden Finanzierungsverträge geschlossen wurden. Für diesen Betrag endet die Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2010.

(2) Die Regierung der Republik Tadschikistan, soweit sie nicht Empfänger des Finanzierungsbeitrages ist, wird etwaige Rückzahlungsansprüche, die aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Finanzierungsverträge entstehen können, gegenüber der Kreditanstalt für Wiederaufbau garantieren.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Tadschikistan stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluss und Durchführung des in Artikel 2 erwähnten Vertrages in der Republik Tadschikistan erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Tadschikistan überlässt bei den sich aus der Gewährung des Finanzierungsbeitrages ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See-, Land- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz

in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Dieses Abkommen tritt am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Duschanbe am 15. Juli 2003 in zwei Urschriften, jede in deutscher und russischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Wolfgang Kistenich

Für die Regierung der Republik Tadschikistan
Talbak Nasarow

**Bekanntmachung
des deutsch-nicaraguanischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 24. Oktober 2003

Das in Managua am 24. September 2003 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Nicaragua über Finanzielle Zusammenarbeit (2002) ist nach seinem Artikel 6

am 24. September 2003

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 24. Oktober 2003

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Dr. Ursula Schäfer-Preuss

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Nicaragua über Finanzielle Zusammenarbeit (2002)

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Nicaragua –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Nicaragua,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

in dem Bewusstsein, dass die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Republik Nicaragua beizutragen,

unter Bezugnahme auf die Regierungsverhandlungen vom 29. bis 31. Oktober 2002 –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Nicaragua oder anderen, von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Empfängern, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, folgende Finanzierungsbeiträge bis zu insgesamt 9 800 000,- EUR (in Worten: neun Millionen achthunderttausend Euro) für die Vorhaben

1. „Berufliche Bildung über die Vereinigung der Salesianer in Nicaragua (Asociación Congregación Salesiana)“ bis zu 3 000 000,- EUR (in Worten: drei Millionen Euro),
2. „Sanierung des Managuasees/Komponente Kläranlage“ bis zu 5 000 000,- EUR (in Worten: fünf Millionen Euro),
3. „Abwasserentsorgung Granada“ bis zu 1 800 000,- EUR (in Worten: eine Million achthunderttausend Euro)

zu erhalten, wenn nach Prüfung deren Förderungswürdigkeit festgestellt und bestätigt worden ist, dass sie als Vorhaben des Umweltschutzes, der sozialen Infrastruktur, als Kreditgarantiefonds für mittelständische Betriebe, als selbsthilfeorientierte Maßnahmen zur Armutsbekämpfung oder als Maßnahmen, die der Verbesserung der gesellschaftlichen Stellung von Frauen dienen, die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrags erfüllen.

(2) Kann bei einem der in Absatz 1 bezeichneten Vorhaben die dort genannte Bestätigung nicht erfolgen, so ermöglicht es die Regierung der Bundesrepublik Deutschland der Regierung der Republik Nicaragua, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau für dieses Vorhaben bis zur Höhe des vorgesehenen Finanzierungsbeitrags ein Darlehen zu erhalten.

(3) Die in Absatz 1 bezeichneten Vorhaben können im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Nicaragua durch andere Vorhaben ersetzt werden. Wird ein in Absatz 1 bezeichnetes Vorhaben durch ein Vorhaben ersetzt, das als Vorhaben des Umweltschutzes oder der sozialen Infrastruktur oder als Kreditgarantiefonds für mittelständische Betriebe oder als Maßnahme,

die der Verbesserung der gesellschaftlichen Stellung von Frauen dient, oder als eine selbsthilfeorientierte Maßnahme zur Armutsbekämpfung die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrags erfüllt, so kann ein Finanzierungsbeitrag, anderenfalls ein Darlehen gewährt werden.

(4) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Republik Nicaragua zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Darlehen oder Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung der in Absatz 1 genannten Vorhaben oder Finanzierungsbeiträge für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung der in Absatz 1 genannten Vorhaben von der Kreditanstalt für Wiederaufbau zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

Artikel 2

(1) Die Verwendung der in Artikel 1 genannten Beträge, die Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und den Empfängern der Finanzierungsbeiträge zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen. Die Zusage der in Artikel 1 Absatz 1 genannten Beträge entfällt, soweit nicht innerhalb einer Frist von 8 Jahren nach dem Zusagejahr die entsprechenden Finanzierungsverträge geschlossen wurden. Für diese Beträge endet die Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2010.

(2) Die Regierung der Republik Nicaragua, soweit sie nicht Empfänger der Finanzierungsbeiträge ist, wird etwaige Rückzahlungsansprüche, die aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Finanzierungsverträge entstehen können, gegenüber der Kreditanstalt für Wiederaufbau garantieren.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Nicaragua stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluss und Durchführung der in Artikel 2 erwähnten Verträge in der Republik Nicaragua erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Nicaragua überlässt bei den sich aus der Gewährung der Finanzierungsbeiträge ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Das im Abkommen vom 18. Oktober 2002 über Finanzielle Zusammenarbeit für das Vorhaben „Modernisierung von Stromübertragungssystemen im Norden und Westen (ENEL V)“ vorgesehene Darlehen in Höhe von 12 782 297,- EUR (in Worten: zwölf Millionen siebenhundertzweiundachtzigtausendzweihundertsiebenundneunzig Euro) wird mit einem Betrag von 4 824 702,20 EUR (in Worten: vier Millionen achthundertvierund-

zwanzigtausendsiebenhundertzwei Euro und zwanzig Cent) reprogrammiert und zusätzlich für das in Artikel 1 Absatz 1 erwähnte Vorhaben „Abwasserentsorgung Granada“ verwendet und nunmehr als Finanzierungsbeitrag gewährt, wenn nach Prüfung dessen Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist und bestätigt wurde, dass es als Vorhaben des Umweltschutzes, der sozialen Infrastruktur oder als selbsthilfeorientierte Maßnahme

zur Armutsbekämpfung die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrags erfüllt.

Artikel 6

Dieses Abkommen tritt am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Managua am 24. September 2003 in zwei Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
H. Petersmann

Für die Regierung der Republik Nicaragua
M. Gómez Lacayo

**Bekanntmachung
des deutsch-nicaraguanischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 24. Oktober 2003

Das in Managua am 24. September 2003 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Nicaragua über Finanzielle Zusammenarbeit (Jahr 2002) ist nach seinem Artikel 5

am 24. September 2003

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 24. Oktober 2003

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Dr. Ursula Schäfer-Preuss

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Nicaragua über Finanzielle Zusammenarbeit (Jahr 2002)

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Nicaragua –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Nicaragua,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

in dem Bewusstsein, dass die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Republik Nicaragua beizutragen,

unter Bezugnahme auf die Regierungsverhandlungen vom 29. bis 31. Oktober 2002 –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Nicaragua oder anderen, von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Empfängern, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, ein Darlehen bis zu insgesamt 4 000 000,- EUR (in Worten: vier Millionen Euro) für das Vorhaben „Kofinanzierung eines Kredits zur Unterstützung der Armutsbekämpfung (Poverty Reduction Support Credit)“ zu erhalten, wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit dieses Vorhabens festgestellt worden ist.

(2) Das in Absatz 1 bezeichnete Vorhaben kann im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Nicaragua durch andere Vorhaben ersetzt werden.

(3) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Republik Nicaragua zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Darlehen oder Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung des in Absatz 1 genannten Vorhabens oder Finanzierungsbeiträge für notwendige Begleitmaßnahmen zur

Durchführung und Betreuung des in Absatz 1 genannten Vorhabens von der Kreditanstalt für Wiederaufbau zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

Artikel 2

(1) Die Verwendung des in Artikel 1 genannten Betrags, die Bedingungen, zu denen er zur Verfügung gestellt wird, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmt der zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und dem Empfänger des Darlehens zu schließende Vertrag, der den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegt. Die Zusage des in Artikel 1 Absatz 1 genannten Betrags entfällt, soweit nicht innerhalb einer Frist von 8 Jahren nach dem Zusagejahr der entsprechende Darlehensvertrag geschlossen wurde. Für diesen Betrag endet die Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2010.

(2) Die Regierung der Republik Nicaragua, soweit sie nicht selbst Darlehensnehmer ist, wird gegenüber der Kreditanstalt für Wiederaufbau alle Zahlungen in Euro in Erfüllung von Verbindlichkeiten des Darlehensnehmers aufgrund des nach Absatz 1 zu schließenden Vertrags garantieren.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Nicaragua stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluss und Durchführung des in Artikel 2 erwähnten Vertrags in der Republik Nicaragua erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Nicaragua überlässt bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Dieses Abkommen tritt am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Managua am 24. September 2003 in zwei
Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei
jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
H. Petersmann

Für die Regierung der Republik Nicaragua
M. Gómez Lacayo

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des deutsch-slowakischen Abkommens über Soziale Sicherheit**

Vom 29. Oktober 2003

Nach Artikel 3 Abs. 2 des Gesetzes vom 18. Juli 2003 zu dem Abkommen vom 12. September 2002 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Slowakischen Republik über Soziale Sicherheit (BGBl. 2003 II S. 678) wird bekannt gemacht, dass das Abkommen nach seinem Artikel 31 Abs. 2

am 1. Dezember 2003

in Kraft treten wird.

Die Ratifikationsurkunden wurden in Pressburg am 17. Oktober 2003 ausgetauscht.

Berlin, den 29. Oktober 2003

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Christoph Müller

**Bekanntmachung
des deutsch-ghanaischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 30. Oktober 2003

Das in Accra am 8. Oktober 2003 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Ghana über Finanzielle Zusammenarbeit 2003 ist nach seinem Artikel 5

am 8. Oktober 2003

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 30. Oktober 2003

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Dr. Michael Hofmann

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Ghana über Finanzielle Zusammenarbeit 2003

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Republik Ghana –

im Geist der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Ghana,

im Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewusstsein, dass die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Republik Ghana beizutragen,

unter Bezugnahme auf die Ziffern 7.1, 7.1.2.3, 7.1.2.6, 7.1.2.7, 7.1.2.8, 7.1.2.10, 7.1.2.11 und 8.3.7 des Protokolls der deutschghanaischen Regierungsverhandlungen vom 13. Mai 2003 –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Ghana und beziehungsweise oder anderen, von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Empfängern, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, folgende Beträge zu erhalten:

1. Darlehen in Höhe von bis zu insgesamt 23 000 000,- EUR (in Worten: dreiundzwanzig Millionen Euro) für die Vorhaben
 - a) „Ländliche Brücken und Wege“ bis zu 7 000 000,- EUR (in Worten: sieben Millionen Euro),
 - b) „Kooperationsvorhaben Distriktstädte V“ bis zu 4 000 000,- EUR (in Worten: vier Millionen Euro),
 - c) „Gemeinschaftsfinanzierung zur Unterstützung der ghanaischen Armutsbekämpfungsstrategie“ bis zu 6 000 000,- EUR (in Worten: sechs Millionen Euro),
 - d) „Aufbau einer nationalen Bodenverwaltung“ bis zu 6 000 000,- EUR (in Worten: sechs Millionen Euro),

wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit dieser Vorhaben festgestellt worden ist;

2. Finanzierungsbeiträge in Höhe von bis zu insgesamt 8 000 000,- EUR (in Worten: acht Millionen Euro) für die Vorhaben
 - a) „Mikrofinanzen“ bis zu 3 000 000,- EUR (in Worten: drei Millionen Euro),
 - b) „Kooperationsvorhaben Wasserversorgung Volta und Eastern Region III“ bis zu 5 000 000,- EUR (in Worten: fünf Millionen Euro),

wenn nach Prüfung deren Förderungswürdigkeit festgestellt und bestätigt worden ist, dass sie als Vorhaben der sozialen Infrastruktur beziehungsweise als Kreditgarantiefonds die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege von Finanzierungsbeiträgen erfüllen.

(2) Kann bei einem der in Absatz 1 Nummer 2 bezeichneten Vorhaben die dort genannte Bestätigung nicht erfolgen, so ermöglicht es die Regierung der Bundesrepublik Deutschland der Regierung der Republik Ghana, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau für diese Vorhaben bis zur Höhe der vorgesehenen Finanzierungsbeiträge ein Darlehen zu erhalten.

(3) Das in Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe c bezeichnete Vorhaben ist an die Budgetverwendung im Sinne der ghanaischen Armutssenkungsstrategie gebunden und richtet sich nach den im Rahmenmemorandum vom 30. Juni 2003 zwischen der Regierung von Ghana und den Entwicklungspartnern festgelegten Regelungen. Es steht unter dem Vorbehalt der Bekanntgabe durch den Deutschen Bundestag.

(4) Die in Absatz 1 bezeichneten Vorhaben können im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Ghana durch andere Vorhaben ersetzt werden. Wird ein in Absatz 1 Nummer 2 bezeichnetes Vorhaben durch ein Vorhaben ersetzt, das als Vorhaben des Umweltschutzes oder der sozialen Infrastruktur oder als Kreditgarantiefonds für mittelständische Betriebe oder als Maßnahme, die der Verbesserung der gesellschaftlichen Stellung von Frauen dient oder als eine selbsthilfeorientierte Maßnahme zur Armutsbekämpfung die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrags erfüllt, so kann ein Finanzierungsbeitrag, anderenfalls ein Darlehen gewährt werden.

(5) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Republik Ghana zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Darlehen oder Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung der in Absatz 1 genannten Vorhaben oder weitere Finanzierungsbeiträge für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung der in Absatz 1 genannten Vorhaben von der Kreditanstalt für Wiederaufbau zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

Artikel 2

(1) Die Verwendung der in Artikel 1 genannten Beträge, die Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und den Empfängern der Darlehen beziehungsweise der Finanzierungsbeiträge zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen. Die Zusage der in Artikel 1 Absatz 1 genannten Beträge entfällt, soweit nicht innerhalb einer Frist von 8 Jahren nach dem Zusagejahr die entsprechenden Darlehens- beziehungsweise Finanzierungsverträge geschlossen wurden. Für diese Beträge endet die Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2011.

(2) Die Regierung der Republik Ghana, soweit sie nicht selbst Darlehensnehmer ist, wird gegenüber der Kreditanstalt für Wiederaufbau alle Zahlungen in Euro in Erfüllung von Verbindlichkeiten der Darlehensnehmer aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Verträge garantieren.

(3) Die Regierung der Republik Ghana, soweit sie nicht Empfänger der Finanzierungsbeiträge ist, wird etwaige Rückzahlungsansprüche, die aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Finanzierungsverträge entstehen können, gegenüber der Kreditanstalt für Wiederaufbau garantieren.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Ghana stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentli-

chen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluss und Durchführung der in Artikel 2 erwähnten Verträge in der Republik Ghana erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Ghana überlässt bei den sich aus der Darlehensgewährung und der Gewährung der Finanzierungsbeiträge ergebenden Transporten von Personen und Gütern im

See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Dieses Abkommen tritt am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Accra am 8. Oktober 2003 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Peter Linder

Für die Regierung der Republik Ghana
Yaw Osafo Maafa

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche**

Vom 30. Oktober 2003

I.

Das Übereinkommen vom 10. Juni 1958 über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche (BGBl. 1961 II S. 121; 1987 II S. 389) wird nach seinem Artikel XII Abs. 2 für

Nicaragua
in Kraft treten.

am 23. Dezember 2003

II.

Jamaica hat am 25. September 2002 unter Bezugnahme auf die Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 10. Juli 2002 dem Generalsekretär der Vereinten Nationen den nachstehenden Vorbehalt nach Artikel 1 Abs. 3 notifiziert, der vom Generalsekretär der Vereinten Nationen nach Ablauf eines Jahres nach Bekanntgabe des verspätet angebrachten Vorbehalts mit Wirkung vom 17. Oktober 2003 zur Hinterlegung angenommen wurde:

(Übersetzung)

„The Government of Jamaica, on the basis of Reciprocity, will apply the Convention to the recognition and enforcement of awards made only in the territory of another Contracting State, in accordance with article 1 (3).

The Government of Jamaica further declares that the Convention will only be applied to differences arising out of legal relationships, whether contractual or not, which are considered to be commercial under the national laws of Jamaica in accordance with article 1 (3) of the Convention.”

„Die Regierung von Jamaika wird das Übereinkommen im Einklang mit Artikel 1 Abs. 3 auf der Grundlage der Gegenseitigkeit nur auf die Anerkennung und Vollstreckung solcher Schiedssprüche anwenden, die in dem Hoheitsgebiet eines anderen Vertragsstaates ergangen sind.

Die Regierung von Jamaika erklärt ferner im Einklang mit Artikel 1 Abs. 3 des Übereinkommens, dass das Übereinkommen nur auf Streitigkeiten aus solchen Rechtsverhältnissen, sei es vertraglicher oder nichtvertraglicher Art, angewendet wird, die nach dem innerstaatlichen Recht Jamaikas als Handelssachen angesehen werden.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 15. Januar 2003 (BGBl. II S. 121).

Berlin, den 30. Oktober 2003

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Läufer

**Bekanntmachung
von Fehlerverzeichnissen und Berichtigungen
der Anlage zur 10. RID-Änderungsverordnung**

Vom 11. November 2003

Zu der Anlage zur Zehnten Verordnung zur Änderung der Ordnung für die internationale Eisenbahnbeförderung gefährlicher Güter (RID) (10. RID-Änderungsverordnung) vom 7. Januar 2003 (BGBl. 2003 II S. 50) werden nachfolgend die Fehlerverzeichnisse 1 und 2 der Zwischenstaatlichen Organisation für den Internationalen Eisenbahnverkehr (OTIF) in Französisch und Deutsch sowie die Berichtigung der Bundesgesetzblatt-Ausgabe der deutschen Übersetzung bekannt gemacht.

Berlin, den 11. November 2003

Bundesministerium
für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen
Im Auftrag
H. Rein

RID 2003 – Erratum N° 1

Remarque:

La plupart de ces corrections ont été intégrées dans la version 2003. Celles qui ne l'ont pas été sont signalées par un «*»:

Sommaire

- 4.1.1 Remplacer «autres que ceux des classes 2, 6.2 ou 7» par «dans des emballages»*)
- 6.2.3.2 Remplacer «gaz dissous sous pression» par «gaz dissous»

Partie 1

- 1.1.3.1 c) La fin de la phrase introductive doit se lire «... ni les quantités maximales spécifiées au 1.1.3.6»;
Remplacer «Les exemptions selon cet alinéa c)» par «Ces exemptions»
- 1.1.3.6.3 Supprimer le dernier alinéa qui fait double emploi avec le 1.1.3.6.4*)
- 1.2.1 Aérosols: remplacer «6.2.2» par «6.2.4»
Bouteille: «récipient à pression» = en italique
Cadre de bouteilles: «bouteilles» = en italique
Emballage de secours: «emballage» et «colis» = en italique
Fût à pression: «récipient à pression» = en italique
Pression d'épreuve: «citerne» = en italique
Pression de service: NOTA: «citernes» = en italique*)
Récipient cryogénique: ajouter «à pression» après «récipient»
et mettre en italique
Température critique: le NOTA doit figurer sous a)*)
Tube: «récipient à pression» = en italique
Pression de service: NOTA: «citernes» = en italique*)
- 1.4.2.2.1 Note 4): remplacer «...» par «1^{er} janvier 2003»*)
- 1.6.1.1 Note de bas de page 5) devient 7) (2x)
La modification au NOTA 1 est sans objet (5.4.1.1.12 demeure*)
- 1.6.3.19 Devient 1.6.3.20*)
- 1.6.3.20 Devient 1.6.3.19*)
- 1.8.5.3 classe 7, c): «fait qu'il» = «lorsqu'il»;
«l'emballage» = «le colis»
- 1.8.5.4 7.: «Cause d'exploitation» = «Cause due à l'exploitation»;
8.: ajouter trois fois «impliquées» après «marchandises dangereuses»
- 1.10 Le renvoi «12)» à la note du bas de page 12 doit être placé à la fin du titre du chapitre 1.10*)

Partie 2

- 2.2.2.1.6 d) et e): biffer «à éjecter»
- 2.2.41.4 Note 9: ajouter «de la Partie II» avant «du Manuel ...»*)
- 2.2.61.3 «3361» doit être ajouté avant «2927» sous TC1
- 2.2.9.2 1^{er} tiret: biffer «287»*)

Partie 3

- 3.2.1 Dans la note explicative pour la colonne 10 «4.2.4.2.1», «4.2.4.2.4», «4.2.4.2.6» et «4.2.4.2.5» remplacer par «4.2.5.2.1...», «4.2.5.2.4», «4.2.5.2.6» et «4.2.5.2.5». «4.2.3» remplacer par «4.2.4»
Dans la note explicative pour la colonne 11 «4.2.4.3» remplacer par «4.2.5.3»
Tableau A: colonne 10, titre = «4.2.5.2», colonne 11 = «4.2.5.3»
Tableau A:
1361: ajouter «Groupe d'emballage II et III»
1374: ajouter «B4» dans la colonne 9a*)
1702: «1,1,2,2-TETRACHLORETHANE»
1950: 5T, 5TC, 5TF, 5TFC, 5TO, 5TOC, colonne 18: ajouter «CW28»

- 2031: supprimer la modification de la colonne 8 (P001 au lieu de P 802 pour les 2 rubriques*)
- 2478 II: ajouter «539» dans la colonne 6*)
III: biffer «539» dans la colonne 6*)
- 2579: ajouter «TP30» dans la colonne 11*)
- 2790 II: biffer «647» dans la colonne 6*)
III: ajouter «647» dans la colonne 6*)
- 2907: inverser les indications dans la colonne 9a
- 3027 I à III: biffer les mentions dans les colonnes 10 et 11*)
- 3269: biffer 640 dans la colonne 6 pour les 2 rubriques GE III;
biffer «(non visqueux)» pour la 2^{ème} rubrique GE III
- 3313: ajouter «Groupe d'emballage II»
- 3372: groupe d'emballage III, ajouter «W12» après «W1» dans la colonne 16
- 3375: l'ajout «liquide» ou «solide» doit être inséré à la fin
- 3376: remplacer «II» par «I» dans la colonne biffer «28» dans la colonne 6
- 3.3.1** DS 647: a) = «et de l'acide acétique»
d) «la personne responsable de l'emballage et/ou du remplissage» = «l'emballleur et/ou le remplisseur»
Remplacer «297– 499 (réservé)» par «311– 499 (réservé)» et placer cette mention après la DS 310.

Partie 4

- 4.1.4.1** P200, tableau 2, no ONU 1012: lire cis-BUTYLENE-2 et trans-BUTYLENE-2
no ONU 1060: modifier «2» en «2F»
- P406: ajouter le No 3376 sous PP26
- P802 (5): remplacer «tubes» par «bouteilles»*)
- 4.2.5.3** Ajouter: TP30 Cette matière doit être transportée en citerne avec isolation thermique.*)
TP31 Cette matière ne peut être transportée en citerne qu'à l'état solide.*)
- 4.3.3.2.5** 1982, 2036 et 2193: ajouter «2A» dans la 3^{ème} colonne
- 4.3.4.1.2** Le début de la présentation de la 3^{ème} phrase reçoit la teneur suivante:
«Des citernes ayant d'autres codes-citernes que ceux indiqués dans ce tableau ou dans le tableau A du chapitre 3.2 peuvent également être utilisées à condition
- que la première partie du code (L ou S) demeure inchangée et
 - que chaque autre élément ...» (reste inchangé)

Partie 5

- 5.3.1.2** Supprimer «différentes» après «marchandises dangereuses»
- 5.3.1.4** Même modification
- 5.4.1.1.6** 2^{ème} modification, ajouter «de la dernière marchandise chargée» après «classe»
- 5.4.1.1.14** Ajouter avant 5.4.1.1.14: «5.4.1.1.13 (réservé)» .

Partie 6

- 6.5.2.1.1** La phrase supplémentaire ne doit pas être ajoutée à la fin, mais avant les exemples
- 6.7.2.19.1** Remplacer la 3^{ème} norme «Deutsche Bahn AG» par «Deutsche Bahn AG/DB Systemtechnik, Minden/Verifikation und Versuche, TZF 96.2/Portable tanks, longitudinal impact test.» (modification nouvelle)
- 6.7.3.15.1** Même modification
- 6.7.4.14.1** Même modification
- 6.7.5.12.1** Même modification
- 6.8.2.5.1** et Remplacer dans le texte «10)» par «12)»*)
- 6.8.2.5.2**
- 6.8.2.5.2** Remplacer dans le texte et au bas de la page «11)» par «13)»*)
- 6.8.3** et Toutes les notes (dans le texte et au bas des pages) sont renumérotées (2 unités de plus).*)
- 6.8.4**
(sections)
- 6.8.3.5.7** Dernier tiret: Biffer «sous pression» après «dissous»
- 6.8.4** TT8 doit être placé dans la colonne de gauche
- 7.4** Ajouter «dangereuse» après «marchandise»*)
- Chapitres 4.3, 4.4, 6.8 et 6.9, NOTA:** ajouter: «et CGEM certifiés UN» après «citernes mobiles»*)

Nouvelles corrections à l'édition 2001

- 2.2.2.3** 2A, 1078, NOTA: remplacer partout „gaz réfrigérant R...” par «réfrigérant R...»
- 2.2.52.4** PEROXYDICARBONATE D'ETHYL-2 HEXYLE >62%: biffer «(en GRV)» (no 3117)
- 2.2.61.1.13** Remplacer «2.2.61.1.4 à 2.2.61.1.10» par «2.2.61.1.6 à 2.2.61.1.11»
- 3.2.1** Tableaux A et B
- 0042, 0060, 0283: remplacer «P132» par «P132a P132b»
- 0190, 2908, 2909, 2910, 2911: biffer le contenu de la colonne 5
- 1010*), 1133, 1139, 1169, 1197, 1210, 1224, 1263, 1266, 1267, 1268, 1286, 1287, 1306, 1308, 1863, 1866, 1987, 1989, 1993, 1999, 2059 et 3336:
- remplacer le cas échéant «tension de vapeur» par «pression de vapeur»
- 1112: le pluriel doit être maintenu (correction à l'erratum 6)
- 1790, I, plus de 85 %, colonne 13: ajouter «TE1»
- 1709: ajouter «TE15» dans la colonne 13
- 2315 et 3151: ajouter «LQ26» dans la colonne 7*)
- 2672: remplacer «aqueuse» par «AQUEUSE»
- 2672, 3318: ajouter «relative» après «densité»
- 2817: remplacer «DIFLUORURE ACIDE D'AMMONIUM EN SOLUTION» par «HYDROGENODIFLUORURE D'AMMONIUM EN SOLUTION» (voir 1727)
- 2912, colonne (12): inverser l'ordre des codes
- 2969: «TORTEAUX» = «TOURTEAUX»
- 2984: (erratum 6) lire «ajouter PP10 avant B5»
- 3207, III: (erratum 6) lire «biffer PR1»
- 3298, 3299: remplacer «avec» par «contenant»
- 3350: ajouter «TE15» dans la colonne 13
- Tableau B: Biffer (3x) la rubrique «Acide chloroacétique, voir....»
- 1602, 2801, 3143 et 3147: remplacer le code NHM par «32++++»
- 3.3.1** DS 513 (Erratum 6): ajouter «oxyde de baryum» après «1884»
- 4.1.4.1** P906 (Erratum no 6):
- (1) Remplacer la modification comme suit: après «PCB» ajouter «ou biphényles ou terphényles polyhalogénés»
- (2) Même modification
- 6.1.5.9.2** Remplacer «prescriptions correspondantes» par «prescriptions pertinentes»
- 6.8.3.5.11** colonne de gauche: biffer (2x) « /CGEM»
- colonne de droite: biffer (2x) « /wagon-batterie»
- 6.8.4** Nota 2: ôter les crochets en regard de «[citernes]»
- b) «T20» = «TE20»*)
- 7.5.2.1** (Erratum no 6): cette modification est sans objet

RID 2003 – Erratum N° 2

Page de couverture

Sous «Etats membres», après «Royaume-Uni», remplacer «République fédérale de Yougoslavie» par «Serbie et Monténégro»

Biffer à la fin «République de Yougoslavie» et ajouter «et» avant «Turquie»

Sommaire

Chapitre 7.4: Le texte doit figurer en caractère gras

Partie 1

- 1.1.3.6.3** La 1^{ère} ligne ne doit pas être en caractères gras
- 1.6.4.12** Remplacer «1^{er} janvier 2001» par «1^{er} juillet 2001»

Partie 2

- 2.1.3.4** Sous «classe 6.1» ajouter «EN SOLUTION AQUEUSE» après «ACIDE CYANHYDRIQUE» pour le No ONU 1613
- 2.1.3.9** Dans le NOTA 1 sous «Méthode», 2^{ème} ligne, remplacer «8 l LIQ donne 8 l» par «8 l donne 8 l LIQ.»
- 2.2.2.2.2** Il faut «3 A, 3 O ou 3 F» au 3^{ème} tiret actuel et un tiret «-» avant «No ONU 2455»

- 2.2.2.3** Avant «2 A» insérer une colonne horizontale avec pour titre «Gaz liquéfiés»
Remplacer «1 0», «2 0» et «3 0» par «1 O», «2 O» et «3 O»;
«6A» et «6F» deviennent «6 A» et «6 F» (avec espace)
- 2.2.42.1.4** Remplacer «de la» par «du» en regard de «2.2.42.3»
- 2.2.52.3** Sous «P1», après «PEROXYDE ORGANIQUE DE TYPE A, LIQUIDE» ajouter «PEROXYDE ORGANIQUE DE TYPE A, SOLIDE»
- 2.2.52.4** Les nos de page «2.32» sur toutes les pages du tableau reçoivent les nos «2.60 à 2.67»
- 2.2.61.1.5** Remplacer «de la» par «du» en regard de «2.2.61.3»
- 2.2.7.7.2.1** Note de bas de page «b)»: la ligne «TI-208 (036), Po-212 (064)» doit être ajoutée à la fin de la ligne «U-232»
- 2.2.9.1.14** NOTA: remplacer «et» par «,» avant «3335» et insérer «3363 MARCHANDISES DANGEREUSES CONTENUES DANS DES MACHINES ou 3363 MARCHANDISES DANGEREUSES CONTENUES DANS DES APPAREILS» avant «qui figurent...»
- 2.2.9.3** Sous «M11» biffer les 2 rubriques 3363

Chapitre 3.1

3.1.2.81.3 Doit se lire «3.1.2.8.1.3»

3.1.2.9 Ajouter la sous-section suivante:

Mélanges et solutions contenant une matière dangereuse

Lorsque des mélanges et des solutions doivent être considérés comme la matière dangereuse nommément mentionnée conformément aux prescriptions du 2.1.3.3 relatives à la classification, le qualificatif «SOLUTION» ou «MÉLANGE», selon le cas, sera intégré à la désignation officielle de transport, par exemple «ACÉTONE EN SOLUTION». En outre, la concentration de la solution ou du mélange peut aussi être indiquée, par exemple «ACÉTONE EN SOLUTION à 75 %».

Chapitre 3.2, Tableau A

No ONU 2078: Remplacer «DISOCYANATE DE TOLUYLENE» par «DIISOCYANATE DE TOLUENE» et dans le Tableau B également

No ONU 2785: Remplacer «THIA-4-PENTANAL (...)» par «4-THIAPENTANAL (...)»

No ONU 3344: Biffer «PP80» dans la colonne 9a

Nos ONU 2570 et 3283, GE II: Remplacer «IBC 07» par «IBC 08» dans la colonne 8, ajouter «B4» dans la colonne 9a et remplacer «W12» par «W11» dans la colonne 16

Nos ONU 2570 et 3283, GE III: Remplacer «IBC 07» par «IBC 08» et ajouter «LP02» dans la colonne 8, ajouter «B3» dans la colonne 9a et biffer «W12» dans la colonne 16

No ONU 3284, GE III: Ajouter «LP02» dans la colonne 8

No ONU 3285, GE III: Ajouter «LP02» dans la colonne 8 et «B3» dans la colonne 9

No ONU 3350: Ajouter «TE15» dans la colonne 13 pour GE II (voir Erratum No 1)

No ONU 1327: Biffer «W1» dans la colonne 16

No ONU 1374: Ajouter «B4» dans la colonne 9a

No ONU 1376: Biffer «B4» dans la colonne 9a

No ONU 1442: Ajouter «W11» dans la colonne 16

No ONU 1541: Ajouter «TE21» dans la colonne 13

Nos ONU 1544 et 1557, GE III: Biffer «W10» dans la colonne 16

Nos ONU 1740, GE III, 1749, 1757, GE II, 1760 (2x), 1761, GE II, 1771, 1773, 1774, 1775, 1776, 1796 GE I:

Biffer «W11» dans la colonne 16

Nos ONU 2033, 2212, 2590, 2907, 2969:

Biffer «B2» dans la colonne 9a

Nos ONU 1859, 2036, 2193, 2203, 2417, 3318:

Transférer «TM6» de la colonne 11 à la colonne 13

Nos ONU 2573, 2727: Ajouter «W12» dans la colonne 16

Nos ONU 1541, 2757, 2762: Ajouter «TE21» dans la colonne 13 pour GE I

No ONU 2451: Biffer «TM6» dans la colonne 11

No ONU 2257: Remplacer «W10» par «W1» dans la colonne 16

No ONU 2928, GE II: Remplacer «W1» par «W11» dans la colonne 16

No ONU 3250: Transférer «TP28» de la colonne 9b à la colonne 11

Nos ONU 3256, 3257: Biffer «TE2» dans la colonne 13

No ONU 3268: Transférer «LP902» de la colonne 7 à la colonne 8

No ONU 3349, GE III: Remplacer «B4» par «B3» dans la colonne 9a

Chapitre 3.2, Tableau B

Biffer: ENGRAIS AU NITRATE D'AMMONIUM, N.S.A. No ONU 2072

Modifier: HYPOCHLORITE DE CALCIUM....No ONU 2880, double rubrique: remplacer «10 %» par «16 %»

Ajouter: les 13 dernières rubriques de la version du 1.7.2001 à partir de «XYLENES» et «ZIRCONIUM SEC, sous forme2858 ...810910» et «ZIRCONIUM EN SUSPENSION DANS UN LIQUIDE INFLAMMABLE1308 ...810910»

Partie 4

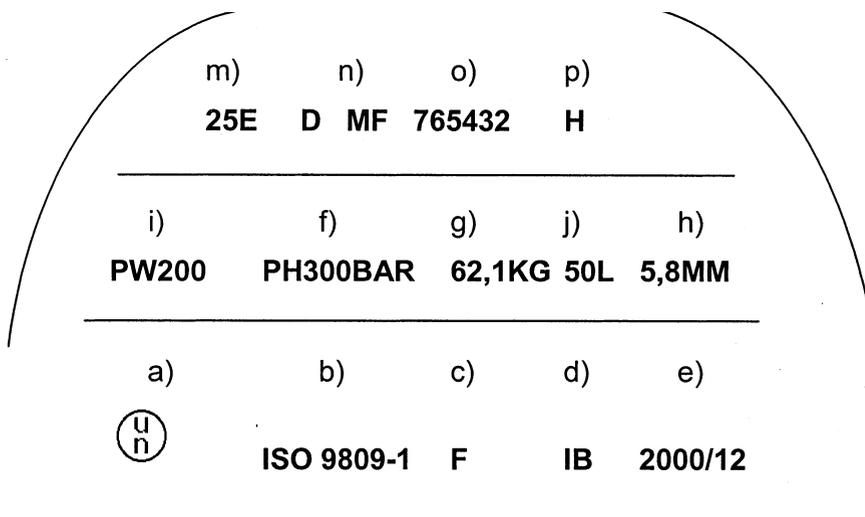
- 4.1.4.1 P003:** Biffer «PP18»
- P112 a, PP45:** Remplacer «exigés» par «nécessaires»
- P200 (9):** Sous «z» le début du 3^{ème} alinéa reçoit la teneur suivante:
«Sauf disposition contraire spécifiée dans le tableau de cette instruction d'emballage, les matières toxiques ayant ...»; dans le tableau 2, No ONU 1067, ajouter un «X» dans la colonne «Fûts à pression»
- P406, PP26:** Remplacer «3376 et 3344» par «et 3376»
- PP80:** Remplacer «les Nos ONU 2907 et 3344» par «le no ONU 2907»
- 4.1.4.4 PR7:** Remplacer «6.1.5.21» par «6.1.4.21» au paragraphe (4)
- 4.2.4.6 T50, page 4.2-11:** Ajouter sous le titre «Cette instruction s'applique aux gaz liquéfiés non réfrigérés. Les dispositions générales de la section 4.2.2 et les prescriptions de la section 6.7.3 doivent être satisfaites.»
- 4.3 NOTA sous le titre:** Ajouter «et CGEM certifiés UN» après «citernes mobiles»
- 4.4 NOTA sous le titre:** Ajouter «et CGEM certifiés UN» après «citernes mobiles»

Partie 5

- 5.1.5.4** Tableau sous «Référence»: insérer «1.7.4.2» en regard de «Arrangement spécial» et «1.6.6.1» en regard de «Modèles de colis...»
- 5.4.1.1.6** Ajouter «précédé des lettres «UN»» après «numéro ONU» dans le 3^{ème} alinéa
- 5.4.1.2.1 a)** La 2^{ème} phrase doit être insérée avant la 1^{ère} phrase

Partie 6

- 6.2.1.2 d):** emplacer «P200 (12)» par «P200 (9)»
- 6.2.5.7.4** La figure doit se présenter comme suit:



- 6.3.2.9 a):** Biffer «de chute» après «épreuves» et remplacer «6.3.2.5 a)» par «6.3.2.3»
- 6.8** NOTA sous le titre: ajouter «et CGEM certifiés UN» après «citernes mobiles»
- 6.9** NOTA sous le titre: ajouter «et CGEM certifiés UN» après «citernes mobiles»

RID 2003 – Fehlerverzeichnis 1

Anmerkung:

Änderungsanweisungen aus dem Fehlerverzeichnis 1 der OTIF, die nicht in diese Berichtigung übernommen wurden, sind bereits in einem der Fehlerverzeichnisse zum RID 2001 (s. a. BGBl. 2003 II S. 32) oder in der Anlage zur 10. RID-Änderungsverordnung vom 7. Januar 2003 (s. a. BGBl. 2003 II S. 50) enthalten.

Inhaltsverzeichnis

6.2.3.2 „unter Druck gelöste Gase“ ändern in:
„gelöste Gase“.

Teil 1

1.4.2.2.1 In der Fußnote „[...]“ ändern in:
„1. Januar 2003“.

Teil 2

Kapitel 2.2

2.2.61.1.13 „2.2.61.1.10“ ändern in:
„2.2.61.1.11“.

Teil 3

3.2.1 In der erläuternden Bemerkung zu Spalte 10 „4.2.4.2.1“, „4.2.4.2.4“, „4.2.4.2.6“, „4.2.4.2.5“ und „4.2.3“ ändern in:
„4.2.5.2.1“, „4.2.5.2.4“, „4.2.5.2.6“, „4.2.5.2.5“ und „4.2.4“.
In der erläuternden Bemerkung zu Spalte 11 „4.2.4.3“ ändern in:
„4.2.5.3“.

Kapitel 3.2 Tabelle A

In der Spaltenüberschrift zu **Spalte 10** „4.2.4.2“ ändern in:
„4.2.5.2“.

In der Spaltenüberschrift zu **Spalte 11** „4.2.4.3“ ändern in:
„4.2.5.3“.

Bei UN-Nummer **3269** Verpackungsgruppe III, zweite Eintragung in Spalte 6 streichen:
„640“.

UN-Nummer	Spalte	Änderung
0190	5	streichen: „siehe 2.2.1.1.3“. [Die Korrekturen aus den Fehlerverzeichnissen 4 und 5 zur 9. RID-Änderungsverordnung werden damit rückgängig gemacht. Begründung: Die Sondervorschrift 16 verweist bereits auf die von der zuständigen Behörde festzulegenden Beförderungsvorschriften.]
0219	2	„mindestens“ ändern in: „weniger als“.
1112	2	„AMYLNITRAT“ ändern in: „AMYLNITRATE“.
1709	13	hinzufügen: „TE15“.
1790, I, mit mehr als 85% Fluorwasserstoff	13	hinzufügen: „TE1“.
2908, 2909, 2910, 2911	5	streichen: „keine“. [Die Korrektur aus Fehlerverzeichnis 4 zur 9. RID-Änderungsverordnung wird damit rückgängig gemacht. Begründung: siehe Sondervorschrift 290.]
3350, Verpackungsgruppe II	13	hinzufügen: „TE15“.

Kapitel 3.2 Tabelle B

„FARBE, FEST, GIFTIG, N.A.G.“ (UN-Nummer 3143) ändern in:

„FARBSTOFF, FEST, GIFTIG, N.A.G.“. Den NHM-Code ändern in:

„32++++“.

„FARBE, FLÜSSIG, GIFTIG, N.A.G.“ (UN-Nummer 1602) ändern in:

„FARBSTOFF, FLÜSSIG, GIFTIG, N.A.G.“. Den NHM-Code ändern in:

„32++++“ und den zweiten NHM-Code streichen.

Für „FARBSTOFF, FEST, ÄTZEND, N.A.G.“ den NHM-Code ändern in:

„32++++“.

Für „FARBSTOFF, FLÜSSIG, ÄTZEND, N.A.G.“ den NHM-Code ändern in:

„32++++“.

„NITROGLYCEROL IN ALKOHOLISCHER LÖSUNG mit ...“ ändern in:

„NITROGLYCEROL, LÖSUNG IN ALKOHOL mit ...“.

„STYPHNINSÄURE, trocken oder angefeuchtet mit mindestens 20 % Wasser oder einer Alkohol/Wasser-Mischung“ (UN-Nummer 0219) ändern in:

„STYPHNINSÄURE, trocken oder angefeuchtet mit weniger als 20 % Wasser oder einer Alkohol/Wasser-Mischung“.

„TRINITRORESORCINOL, trocken oder angefeuchtet mit mindestens 20 % Wasser oder einer Alkohol/Wasser-Mischung“ (UN-Nummer 0219) ändern in:

„TRINITRORESORCINOL, trocken oder angefeuchtet mit weniger als 20 % Wasser oder einer Alkohol/Wasser-Mischung“.

Kapitel 3.3

242 Nach „Pellets,“ einfügen:

„Pastillen“.

Teil 4

Kapitel 4.1

4.1.4.1

P 906 Die Korrekturanweisung in Fehlerverzeichnis 6 zur 9. RID-Änderungsverordnung ist wie folgt zu ersetzen:

In Absatz (1) nach „PCB“ einfügen:

„oder polyhalogenierte Biphenyle oder Terphenyle“.

In Absatz (2) nach „PCB“ einfügen:

„oder polyhalogenierten Biphenyle oder Terphenyle“.

Kapitel 4.2

4.2.5.3 Folgende neue Sondervorschriften hinzufügen:

„**TP 30** Dieser Stoff muss in wärmeisolierten Tanks befördert werden.

TP 31 Dieser Stoff darf nur in festem Zustand in Tanks befördert werden.“

Teil 5

Kapitel 5.4

5.2.2.2.2 Bei den Gefahrzetteln Nr. 7A, 7B, 7C und 7D Maßangaben streichen.

Teil 6

Kapitel 6.8

6.8.3.5.6 In der Fußnote 16) im zweiten Spiegelstrich „Gemische“ ändern in:

„Gemisch“.

Teil 7

7.5.2.1 Die Änderung aus Fehlerverzeichnis 6 zur 9. RID-Änderungsverordnung („In der Fußnote b) zur Tabelle „(UN-Nummern 2990 und 3072)“ ändern in: „(UN-Nummern 2990, 3072 und 3268)“.) ist gegenstandslos.

RID 2003 – Fehlerverzeichnis 2

Anmerkung:

Änderungsanweisungen aus dem Fehlerverzeichnis 2 der OTIF, die nicht in diese Berichtigung übernommen wurden, sind bereits in einem der Fehlerverzeichnisse zum RID 2001 (s. a. BGBl. 2003 II S. 32) oder in der Anlage zur 10. RID-Änderungsverordnung vom 7. Januar 2003 (s. a. BGBl. 2003 II S. 50) enthalten.

Titelblatt

Unter „Mitgliedstaaten des COTIF“ streichen:

„Bundesrepublik Jugoslawien“.

Nach „Schweiz,“ einfügen:

„Serbien und Montenegro“.

Teil 2

2.1.3.4 Im zweiten Spiegelstrich nach „CYANWASSERSTOFFSÄURE“ einfügen:

„, WÄSSERIGE LÖSUNG“.

2.1.3.9 In Bem. 1 unter „Vorgehensweise“ „Spalte 8 I LIQ ergibt 8 I“ ändern in:

„Spalte 8 I ergibt 8 I LIQ“.

2.2.42.1.3 Der zweite Satz erhält am Anfang folgenden Wortlaut:

„Eine Selbstentzündung tritt auf, ...“.

2.2.9.1.14 Am Ende der Bem. hinzufügen:

„, UN 3363 GEFÄHRLICHE GÜTER IN MASCHINEN oder UN 3363 GEFÄHRLICHE GÜTER IN GERÄTEN.“

2.2.9.3 Unter M11 streichen:

„3363 GEFÄHRLICHE GÜTER IN MASCHINEN oder
3363 GEFÄHRLICHE GÜTER IN GERÄTEN“.

Teil 3

Kapitel 3.1

3.1.2.8.1.3 Nach „METALLALKYLE,“ einfügen:

„MIT WASSER REAGIEREND,“.

Kapitel 3.2 Tabelle A

UN 1613 In Spalte 2 nach „CYANWASSERSTOFFSÄURE“ einfügen:

„, WÄSSERIGE LÖSUNG“.

UN 2078 Die Stoffbenennung in Spalte 2 erhält folgenden Wortlaut:

„TOLUENDIISOCYANAT“.

UN 2570, Verpackungsgruppe II: In Spalte 8 „IBC07“ ändern in: „IBC08“.

In Spalte 9a einfügen: „B4“.

In Spalte 16 „W12“ ändern in: „W11“.

UN 2570, Verpackungsgruppe III: In Spalte 8 „IBC07“ ändern in: „IBC08“.

In Spalte 8 hinzufügen: „LP02“.

In Spalte 9a einfügen: „B3“.

In Spalte 16 streichen: „W12“.

UN 3283, Verpackungsgruppe II: In Spalte 8 „IBC07“ ändern in: „IBC08“.

In Spalte 9a einfügen: „B4“.

In Spalte 16 „W12“ ändern in: „W11“.

UN 3283, Verpackungsgruppe III: In Spalte 8 „IBC07“ ändern in: „IBC08“.

In Spalte 8 hinzufügen: „LP02“.

In Spalte 9a einfügen: „B3“.

In Spalte 16 streichen: „W12“.

UN 3284, Verpackungsgruppe III: In Spalte 8 einfügen: „LP02“.

UN 3285, Verpackungsgruppe III: In Spalte 8 einfügen: „LP02“.

In Spalte 9a einfügen: „B3“.

UN 3344 In Spalte 9a streichen: „PP80“.

Kapitel 3.2 Tabelle B

- UN 1613** In Spalte 1 nach „CYANWASSERSTOFFSÄURE“ einfügen:
„, WÄSSERIGE LÖSUNG“.
- UN 2078** Die Stoffbenennung in Spalte 1 erhält folgenden Wortlaut:
„TOLUENDIISOCYANAT“.

Teil 4

Kapitel 4.1

- P 200** In Absatz (9) erhält der dritte Unterabsatz der Sondervorschrift „z“ am Anfang folgenden Wortlaut:
„Sofern in den Tabellen dieser Verpackungsanweisung nichts anderes festgelegt ist, dürfen giftige Stoffe mit einem LC₅₀-Wert von höchstens 200 ml/m³ nicht in ...“.
- In der Tabelle 2 bei UN-Nummer 1067 in der Spalte „Druckfässer“ ein Kreuz einfügen.
- P 406** In der Sondervorschrift für die Verpackung PP 26 streichen:
„, 3344“.
- Die Sondervorschrift für die Verpackung PP 80 erhält am Anfang folgenden Wortlaut:
„Für die UN-Nummer 2907 müssen ...“.
- P 801a** Der Absatz (5) b) erhält am Anfang folgenden Wortlaut:
„in gedeckten oder offenen Wagen mit Decken ...“.

4.1.4.4

- PR 7** In Absatz (4) „6.1.5.21“ ändern in:
„6.1.4.21“.

Teil 5

Kapitel 5.1

- 5.1.5.4** Unter „Sondereinbarung – Beförderung“ in der Spalte „Verweis“ einfügen:
„1.7.4.2,“.
- Unter „zugelassene Versandstückmuster, die Übergangsvorschriften unterliegen“ in der Spalte „Verweis“ einfügen:
„1.6.6.1,“.

Kapitel 5.4

- 5.4.1.1.6** Im dritten Unterabsatz nach „UN-Nummer“ einfügen:
„der die Buchstaben «UN» vorangestellt sind,“.

Teil 6

Kapitel 6.2

- 6.2.1.2 d)** „P 200 (12)“ ändern in:
„P 200 (9)“.

Kapitel 6.3

- 6.3.2.9 a)** „der Fallprüfung nach Unterabschnitt 6.3.2.5 a)“ ändern in:
„den Prüfungen nach Unterabschnitt 6.3.2.3“.

Kapitel 6.4

- 6.4.8.7** Der vorletzte Satz erhält am Ende folgenden Wortlaut:
„... anzuwenden, mit der Ausnahme, dass für Krypton-85 ein effektiver A₂(i)-Wert von 10 A₂ verwendet werden darf.“
- 6.4.10.3** Der vorletzte Satz erhält am Ende folgenden Wortlaut:
„... anzuwenden, mit der Ausnahme, dass für Krypton-85 ein effektiver A₂(i)-Wert von 10 A₂ verwendet werden darf.“
- 6.4.11.8** „das umgebende Material der Verpackung“ ändern in:
„das die Verpackung umgebende Material“.

Teil 7

- 7.3.3 VW 8** Im zweiten Unterabsatz nach „aus Holz“ einfügen:
„oder einem anderen brennbaren Werkstoff“.

Berichtigung der deutschen Übersetzung
der Anlage zur 9. RID-Änderungsverordnung,
geändert durch die Anlage zur 10. RID-Änderungsverordnung

Teil 1

- 1.1.3.6.3** Unter der Beförderungskategorie 0 erhält der Eintrag für die Klasse 4.3 am Ende folgenden Wortlaut:
„... 3148, 3207 und 3372“.
- 1.6.2.3** „Gefäße“ ändern in:
„Druckgefäße“.

Teil 2

- 2.1.3.3** Im letzten Unterabsatz vor „namentlich genannter Stoff“ einfügen:
„nicht“.
- 2.2.9.3** In der Eintragung für UN-Nummer 3268 unter dem Klassifizierungscode M 5 streichen:
„ pyrotechnisch“ (dreimal).

Teil 3

Kapitel 3.2 Tabelle A

- UN 1043** In Spalte 3b einfügen:
„4A“.

Kapitel 3.3

- 291** In der Sondervorschrift 291 „Bestandteilen“ ändern in:
„Bauteilen“ und
„Bestandteile“ ändern in:
„Bauteile“ (zweimal).

Teil 4

- 4.1.4.1**
P 115 **PP 45** erhält am Ende folgenden Wortlaut:
„... sind keine Zwischenverpackungen erforderlich.“
- 4.1.5.16** „in den Unterschiede“ ändern in:
„in denen Unterschiede“.

Kapitel 4.3

- In der Bem. nach der Überschrift „UN-zertifizierte MEGC“ ändern in:
„UN-zertifizierte Gascontainer mit mehreren Elementen (MEGC)“.

Kapitel 4.4

- In der Bem. nach der Überschrift „UN-zertifizierte MEGC“ ändern in:
„UN-zertifizierte Gascontainer mit mehreren Elementen (MEGC)“.

Teil 6

Kapitel 6.1

- 6.1.1.2** In Satz 3 „ebenso wirksam“ ändern in:
„gleichwertig“.
- 6.1.5.9.2** „entsprechenden Vorschriften“ ändern in:
„anwendbaren Vorschriften“.

Kapitel 6.7

- 6.7.2.1**
6.7.3.1
6.7.4.1 und
6.7.5.1 Die Begriffsbestimmungen alphabetisch sortieren.
- 6.7.4.5.2** „die zweite“ und „die dritte“ ändern in:
„der zweite“ und „der dritte“.
- 6.7.4.5.3** „die zweite“ ändern in:
„der zweite“.

Kapitel 6.8

In der Bem. nach der Überschrift „UN-zertifizierte MEGC“ ändern in:
„UN-zertifizierte Gascontainer mit mehreren Elementen (MEGC)“.

6.8.4 a) In der Sondervorschrift TC 4 „des Tankkörper“ ändern in:
„des Tankkörpers“.

Kapitel 6.9

In der Bem. nach der Überschrift „UN-zertifizierte MEGC“ ändern in:
„UN-zertifizierte Gascontainer mit mehreren Elementen (MEGC)“.

**Bekanntmachung
der Neufassung der Anlagen A und B
zu dem Europäischen Übereinkommen über die
internationale Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße (ADR)**

Vom 27. November 2003

Auf Grund des Artikels 2 der 16. ADR-Änderungsverordnung vom 14. Dezember 2002 (BGBl. 2002 II S. 2922) wird in der Anlage*) die amtliche deutsche Übersetzung der Anlagen A und B zu dem Europäischen Übereinkommen vom 30. September 1957 über die internationale Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße (ADR) in der seit dem 1. Januar 2003 geltenden Fassung bekannt gemacht.

Die Neufassung berücksichtigt:

1. die Fassung der Bekanntmachung vom 12. Oktober 1998 (BGBl. II S. 2731; 1999 II S. 447; 2000 II S. 888),
2. den am 1. Juli 2001 in Kraft getretenen Artikel 1 der Verordnung vom 15. Juni 2001 (BGBl. 2001 II S. 654),
3. die Berichtigung zu 2. vom 13. Dezember 2002 (BGBl. II S. 2920),
4. den am 1. Januar 2003 in Kraft getretenen Artikel 1 der eingangs genannten Verordnung,
5. die Berichtigung zu 4. vom 4. September 2003 (BGBl. II S. 958).

Die Rechtsvorschriften zu 2. und 4. wurden erlassen auf Grund des Artikels 2 Abs. 1 des Gesetzes vom 18. August 1969 zu dem Europäischen Übereinkommen vom 30. September 1957 über die internationale Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße (BGBl. 1969 II S. 1489).

Berlin, den 27. November 2003

Der Bundesminister
für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen
In Vertretung
Nagel

*) Die Anlage wird als Anlageband zu dieser Ausgabe des Bundesgesetzblatts ausgegeben. Innerhalb des Abonnements werden Anlagebände auf Anforderung gemäß den Bezugsbedingungen des Verlags übersandt. Außerhalb des Abonnements erfolgt die Lieferung gegen Kostenerstattung.

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. – Druck: M. DuMont Schauberg, Köln

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH., Postfach 10 05 34, 50445 Köln

Telefon: (02 21) 9 76 68-0, Telefax: (02 21) 9 76 68-3 36

E-Mail: bgbl@bundesanzeiger.de

Internet: www.bundesgesetzblatt.de bzw. www.bgbl.de

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 45,00 €. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,40 € zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 2003 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Konto der Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. (Kto.-Nr. 399-509) bei der Postbank Köln (BLZ 370 100 50) oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe ohne Anlageband: 8,05 € (7,00 € zuzüglich 1,05 € Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 8,65 €.

Preis des Anlagebandes: 85,10 € (81,20 € zuzüglich 3,90 € Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 86,00 €.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

ISSN 0341-1109

Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. · Postfach 10 05 34 · 50445 Köln

Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · G 1998 · Entgelt bezahlt

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des Zusatzabkommens zum deutsch-belgischen Abkommen vom 11. April 1967
zur Vermeidung der Doppelbesteuerungen und zur Regelung verschiedener anderer
Fragen auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen
einschließlich der Gewerbesteuer und der Grundsteuern
sowie zum dazugehörigen Schlussprotokoll**

Vom 1. Dezember 2003

Nach Artikel 3 Abs. 2 des Gesetzes vom 12. November 2003 zu dem Zusatzabkommen vom 5. November 2002 zum Abkommen vom 11. April 1967 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien zur Vermeidung der Doppelbesteuerungen und zur Regelung verschiedener anderer Fragen auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen einschließlich der Gewerbesteuer und der Grundsteuern (BGBl. 2003 II S. 1615) wird bekannt gemacht, dass das Zusatzabkommen nach seinem Artikel 5 Abs. 2 Satz 1

am 28. Dezember 2003

in Kraft tritt.

Nach seinem Artikel 5 Abs. 2 Satz 2 findet das Zusatzabkommen Anwendung auf die Steuern, die auf Einkünfte entfallen, die ab dem 1. Januar 2004 gezahlt oder zugerechnet werden.

Die Ratifikationsurkunden sind in Berlin am 28. November 2003 ausgetauscht worden.

Berlin, den 1. Dezember 2003

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Läufer